Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9877**

18. Wahlperiode 30.09.2016

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“

A. Problem und Ziel

Gegenstand des Gesetzes ist die Schaffung der Voraussetzung für die Ratifikation des Protokolls vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen (BGBl. 1962 II S. 2273, 2274). Seit der letzten Änderung des Übereinkommens 1981, die am 1. Januar 1986 in Kraft getreten ist (BGBl. 1984 II S. 69, 71), hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten der Organisation EUROCONTROL mehr als vervierfacht. Ihre Aufgaben sind gewachsen und haben sich verändert. Die Neufassung des Übereinkommens dient im Wesentlichen folgenden Zielen:

- der Anpassung der Ziele der Organisation an zukünftige Aufgaben,
- der Schaffung einer neuen Organisationsstruktur, bestehend aus einer Generalversammlung, einem Rat und der Agentur,
- der Übertragung weitreichender Managementverantwortung auf den Generaldirektor als Leiter der Agentur,
- der Ausweitung der Aufgaben der Organisation zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems,
- der effektiveren Beschlussfassung der Organe durch die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen,

– der Einführung der Möglichkeit für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, insbesondere der Europäischen Union, EUROCONTROL beizutreten.

Im Hinblick auf die 2004 in Kraft getretenen Single European Sky-Verordnungen (Verordnungen (EG) Nr. 549/2004, 550/2004, 551/2004 und 552/2004) der Europäischen Union hat Deutschland bislang das Protokoll zur Neufassung des Übereinkommens noch nicht ratifiziert.

Die Europäische Kommission hat allerdings gegen Deutschland wegen der noch nicht erfolgten Ratifikation ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Verletzung des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit (Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) eingeleitet.

Die Bundesregierung hat der Europäischen Kommission zugesagt, das Ratifikationsverfahren durchzuführen. Diese Zusage wird mit dem Gesetz umgesetzt.

B. Lösung

Vertragsgesetz als Voraussetzung der Ratifikation des Protokolls zur Neufassung des Übereinkommens.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Kein Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen keine sonstigen zusätzlichen, direkten Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 20. September 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt "EUROCONTROL"

mit Begründung und Vorblatt (Anlage).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Der Bundesrat hat in seiner 948. Sitzung am 23. September 2016 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Angela Merkel

Entwurf

Gesetz zu dem Protokoll vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 27. Juni 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen und den der Schlussakte vom 27. Juni 1997 beigefügten Änderungen durch die Diplomatische Konferenz vom 27. Juni 1997 sowie dem Zusatzprotokoll vom 27. Juni 1997 betreffend den Übergang von der Regelung nach der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren zu der Regelung nach den einschlägigen Bestimmungen der Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ aufgrund der 1997 in Brüssel vorgenommenen Änderungen, einschließlich ihrer Anlage IV, wird zugestimmt. Das Protokoll und die Schlussakte sowie das Zusatzprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die nach Artikel 3 Satz 2 Buchstabe b und c der Anlage IV zum Übereinkommen („Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem“) gefassten Beschlüsse sind in ihrer jeweils geltenden, in der Bundesrepublik Deutschland angewendeten Fassung vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

(2) Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Abweichungen von einem Beschluss nach Absatz 1 festzulegen, wenn der Beschluss dieses vorsieht.

Artikel 3

Die Einziehung der Gebühr gemäß den Artikeln 6 und 7 der Anlage IV zum Übereinkommen wird auf dem Verwaltungsweg durch die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Zu dem Zweck gilt die Gebühr gemäß Artikel 4 der Anlage IV zum Übereinkommen als öffentlich-rechtliche Geldforderung des Bundes. Das Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 201-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. November 2014 (BGBl. I S. 1770) geändert worden ist, findet Anwendung.

Artikel 4

Änderung des Luftverkehrsgesetzes

Das Luftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2016 (BGBl. I S. 1548) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 31b Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69)“ die Wörter „sowie bei der Einziehung der Gebühr nach Artikel 3 des Gesetzes vom … [einfügen: Datum dieses Gesetzes] in Verbindung mit den Artikeln 6 und 7 der Anlage IV des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ (BGBl. … II S. …, … [einfügen: Fundstelle dieses Gesetzes])“ eingefügt.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel II Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Allgemeiner Teil

Gegenstand des Gesetzes ist die Schaffung der Voraussetzung für die Ratifikation des Protokolls vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL" entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen, geändert durch das Zusatzprotokoll vom 6. Juli 1970, das seinerseits durch das Protokoll vom 21. November 1978 geändert wurde, in der Fassung des Protokolls vom 12. Februar 1981. Seit seiner letzten Änderung 1981, die am 1. Januar 1986 in Kraft getreten ist, hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten der Organisation EUROCONTROL mehr als vervierfacht. Ihre Aufgaben sind gewachsen und haben sich verändert. Die Neufassung des Übereinkommens dient mehreren Zielen:

- der Anpassung der Ziele der Organisation an zukünftige Aufgaben,
- der Schaffung einer neuen Organisationsstruktur, bestehend aus einer Generalversammlung, einem Rat und der Agentur,
- der Übertragung weitreichender Managementverantwortung auf den Generaldirektor als Leiter der Agentur,
- der effektiveren Beschlussfassung der Organe durch die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen,
- der Einführung der Möglichkeit für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, insbesondere der Europäischen Union, EUROCONTROL beizutreten.

Die Europäische Kommission hat gegen Deutschland wegen der noch nicht erfolgten Ratifikation ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Verletzung des Grundsatzes der loyalen Zusammenarbeit (Artikel 4 Absatz 3 des Vertrags über die Europäische Union – EUV) eingeleitet. Die Bundesregierung hat zugesagt, die Voraussetzungen für die Ratifikation zu schaffen. Dazu dient das vorliegende Vertragsgesetz.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll und die der Schlussakte beigefügten Änderungen sowie das Zusatzprotokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den nach den Artikeln 22, 23 und Anlage III des Übereinkommens betroffenen Steuern nach Artikel 106 Absatz 2 des Grundgesetzes (Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Schenkungsteuer gemäß Artikel 22 Absatz 2 und 3) und Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes (Körperschaftssteuer gemäß Artikel 22 Absatz 1; Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer gemäß Artikel 1 der Anlage III des Übereinkommens sowie Einkommensteuer gemäß Artikel 3 Absatz 1 Satz 2 der Anlage III des Übereinkommens) ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht. Diese Vergünstigungen sollen nach Artikel 38 der Neufassung des Übereinkommens auf unbestimmte Zeit, mindestens jedoch über einen Zeitraum von 20 Jahren, gelten.

Die Vertragsstaaten haben einvernehmlich eine Neufassung der Bestimmungen formuliert, um ihre Anwendbarkeit zu erleichtern. Sie wird mit dem Protokoll zur Neufassung des Übereinkommens im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift entspricht weitgehend dem bisherigen Recht (Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 zu dem Protokoll vom 12. Februar 1981 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL" vom 13. Dezember 1960 und zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (BGBl. 1984 II S. 69)).

Zwecks Berechnung der Gebühr für jeden einzelnen Flug gemäß Artikel 3 der Anlage IV der Neufassung des Übereinkommens hat der Rat bestimmte Beschlüsse zu fassen. Diese sind nach Artikel 8 Absatz 4 der Neufassung des Übereinkommens grundsätzlich für jeden Vertragsstaat verbindlich und gelten unmittelbar. Ihre Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt trägt dem Erfordernis Rechnung, geltendes Recht ordnungsgemäß zur Kenntnis zu bringen.

Sofern ein Beschluss für einen Vertragsstaat die Möglichkeit vorsieht, von dem Beschluss abzuweichen, wird das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ermächtigt, davon durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Gebrauch zu machen.

Zu Artikel 3

Die Vorschrift entspricht weitgehend dem bisherigen Recht (Artikel 3 des Gesetzes vom 2. Februar 1984 (BGBl. 1984 II S. 69)).

Für das gemeinsame System der Festlegung und Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren werden die auf einen internationalen Flug entfallenden nationalen Gebühren als eine einheitliche Gebühr von EUROCONTROL angesehen. Im Falle der zwangsweisen Einziehung gemäß den Artikeln 6 und 7 der Anlage IV der Neufassung des Übereinkommens auf deutschem Territorium erfolgt die Einziehung auf dem Verwaltungswege. Die gesamte EUROCONTROL-Forderung erhält zu diesem Zweck den Rechtscharakter einer öffentlich-rechtlichen Forderung des Bundes. Den Leistungsbescheid als Voraussetzung für die Verwaltungsvollstreckung erlässt die beliehene Flugsicherungsorganisation, zurzeit die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, gemäß § 31b Absatz 3 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG).

Zu Artikel 4

Diese Rechtsänderung stellt lediglich eine Aktualisierung des Verweises im LuftVG auf dieses Gesetz dar. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 6 des Grundgesetzes.

Zu Artikel 5

Zu Absatz 1

Die Bestimmung entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Zu Absatz 2

Der Zeitpunkt, zu dem das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen und die sozialen Sicherungssysteme, entstehen keine sonstigen zusätzlichen, direkten Kosten. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen von gleichstellungspolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten.

Die Managementregeln und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Das Gesetz berührt keine Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.

Schlussakte
der Diplomatischen Konferenz
über das Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens
vom 13. Dezember 1960
über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“
entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen

(Brüssel, den 27. Juni 1997)

Acte final
de la conférence diplomatique
sur le Protocole coordonnant la Convention internationale
de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»
du 13 décembre 1960
suite aux differentes modifications intervenues

(Bruxelles, le 27 juin 1997)

Die Bevollmächtigten

der Bundesrepublik Deutschland,

der Republik Österreich,

des Königreichs Belgien,

der Republik Bulgarien,

der Republik Zypern,

der Republik Kroatien,

des Königreichs Dänemark,

des Königreichs Spanien,

der Französischen Republik,

des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,

der Hellenischen Republik,

der Republik Ungarn,

Irlands,

der Italienischen Republik,

des Großherzogtums Luxemburg,

der Republik Malta,

des Fürstentums Monaco,

des Königreichs Norwegen,

des Königreichs der Niederlande,

der Portugiesischen Republik,

Rumäniens,

der Slowakischen Republik,

der Republik Slowenien,

des Königreichs Schweden,

der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

der Tschechischen Republik,

der Republik Türkei,

die am 27. Juni 1997 in Brüssel zusammengetreten sind,

haben beschlossen, in dem 1981 in Brüssel geänderten Internationalen Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ die in Anlage 1 dieser Schlussakte enthaltenen Änderungen vorzunehmen;

Les plénipotentiaires:

de la République fédérale d’Allemagne,

de la République d’Autriche,

du Royaume de Belgique,

de la République de Bulgarie,

de la République de Chypre,

de la République de Croatie,

du Royaume du Danemark,

du Royaume d’Espagne,

de la République française,

du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d’Irlande du Nord,

de la République hellénique,

de la République de Hongrie,

de l’Irlande,

de la République italienne,

du Grand-Duché de Luxembourg,

de la République de Malte,

de la Principauté de Monaco,

du Royaume de Norvège,

du Royaume des Pays-Bas,

de la République portugaise,

de la Roumanie,

de la République slovaque,

de la République de Slovénie,

du Royaume de Suède,

de la Confédération suisse,

de la République tchèque,

de la République de Turquie,

Réunis à Bruxelles le 27 juin 1997;

Ont décidé d’apporter à la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL», amendée à Bruxelles en 1981, les amendements qui figurent en Annexe 1 au présent Acte final;

haben den Wortlaut des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ angenommen, das am 27. Juni 1997 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und dieser Schlussakte als Anlage 2 beigefügt ist;

haben folgende Erklärung des Königreichs der Niederlande zur Kenntnis genommen, die im Namen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft abgegeben wurde, die Mitglieder der EUROCONTROL sind:

„Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die Mitglieder der EUROCONTROL sind, erklären hiermit, dass durch die Unterzeichnung des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, das am 27. Juni 1997 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde und dieser Schlussakte als Anlage 2 beigefügt ist, die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft in einigen von dem genannten Übereinkommen erfassten Bereichen und der Beitritt der Gemeinschaft zu EUROCONTROL mit dem Ziel, eine solche ausschließliche Zuständigkeit wahrzunehmen, in keiner Weise berührt wird.“;

haben folgende Erklärung des Königreichs Belgien zur Kenntnis genommen:

„Das Königreich Belgien unterzeichnet diesen Text zwar ohne formellen Vorbehalt, erklärt jedoch hiermit, dass es besonderen Wert auf die Gliederung des Luftraums in der Weise legt, dass der Zugang zu seinen Flughäfen ohne jede Diskriminierung gewährleistet ist, und auch der Förderung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern besondere Bedeutung beimisst“;

haben folgende Erklärung der Hellenischen Republik zur Kenntnis genommen:

„Die Hellenische Republik unterzeichnet die Schlussakte der Diplomatischen Konferenz über das Protokoll zur Neufassung des internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ vom 13. Dezember 1960 unter der Voraussetzung, dass die Umsetzung und Anwendung der Bestimmungen des obengenannten Protokolls mit den rechtlichen Rahmenbestimmungen der ICAO und den entsprechenden Verfahren in Einklang stehen.“;

haben folgende Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis genommen:

„Die Bundesrepublik Deutschland hält es für erforderlich, dass die künftige Datenschutzregelung der Organisation EUROCONTROL jedenfalls dem Standard der EG-Datenschutzrichtlinie entspricht.

Es ist auch zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die von der Organisation an eine Vertragspartei übermittelt werden, dort einen Schutz genießen, der den Bestimmungen des Statuts entspricht.“;

haben folgende Erklärungen angenommen:

I. Entschließung mit dem Ziel, die Mitgliedstaaten zu veranlassen, das Protokoll zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu ratifizieren

Die Konferenz

zusammengetreten in Brüssel am 27. Juni 1997 mit dem Ziel der Annahme des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“;

nach einstimmiger Annahme des genannten Protokolls;

in der Erwägung, dass es in hohem Maße wünschenswert ist, dass das genannte Protokoll so schnell wie möglich in Kraft tritt –

ersucht alle Vertragsparteien, das Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur

Ont adopté le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL», qui a été ouvert à la signature le 27 juin 1997 et qui figure en Annexe 2 au présent Acte final;

Ont pris acte de la déclaration suivante du Royaume des Pays-Bas, faite au nom des Etats membres de la Communauté européenne qui sont membres d’EUROCONTROL:

«Les Etats membres de la Communauté européenne qui sont membres d’EUROCONTROL déclarent que la signature du Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL», ouvert à la signature le 27 juin 1997 et joint en Annexe 2 au présent Acte final, n’affecte en rien la compétence exclusive de la Communauté dans certains domaines couverts par ladite Convention ni l’adhésion de la Communauté à EUROCONTROL aux fins d’exercer une telle compétence exclusive.»;

Ont pris acte de la déclaration suivante du Royaume de Belgique:

«En signant ce texte sans réserve formelle, la Belgique déclare qu’elle attache une importance particulière à l’agencement de l’espace aérien garantissant l’accès non discriminatoire de ses aéroports et à la promotion du dialogue entre partenaires sociaux.»;

Ont pris acte de la déclaration suivante de la République hellénique:

«La République hellénique signe l’Acte final de la Conférence diplomatique sur le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, étant entendu que la mise en œuvre et l’application des dispositions dudit Protocole devront être conformes au cadre juridique et aux procédures de l’OACI.»;

Ont pris acte de la déclaration suivante de la République fédérale d’Allemagne:

«La République fédérale d’Allemagne estime qu’il est indispensable que la Règlement relatif à la protection des données élaboré par l’Organisation EUROCONTROL corresponde en tout cas à la norme établie par l’Union européenne dans sa directive relative à la protection des données.

Il convient également de garantir que les données à caractère personnel transmises par l’Organisation à une Partie contractante bénéficient sur le territoire de cette dernière, d’une protection conforme aux dispositions de ladite règlementation.»;

Ont adopté les résolutions suivantes:

I. Résolution invitant les Etats membres à ratifier le Protocole à leur meilleure convenance

La Conférence,

Réunie le 27 juin 1997 à Bruxelles dans le but d’adopter le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»;

Ayant adopté ledit Protocole à l’unanimité;

Considérant qu’il est hautement souhaitable que le Protocole susvisé entre en vigueur dans les meilleurs délais;

Prie toutes les Parties contractantes de ratifier, d’accepter ou d’approuver dans les meilleurs délais le Protocole coordonnant

Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ so bald wie möglich zu ratifizieren, anzunehmen oder zu genehmigen;

bittet den Generaldirektor der EUROCONTROL, in Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien alle praktischen Maßnahmen im Rahmen des Verfahrens der Ratifizierung, Annahme oder Genehmigung des genannten Protokolls zu ergreifen, um gegebenenfalls Unterstützung zu gewähren.

II. Entschließung zur vorzeitigen Umsetzung des Protokolls

Die Konferenz

zusammengetreten in Brüssel am 27. Juni 1997 mit dem Ziel der Annahme des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“;

nach einstimmiger Annahme des genannten Protokolls;

nach Kenntnisnahme von den Beschlüssen der Verkehrsminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC) auf ihrer Tagung am 14. Februar 1997 in Kopenhagen betreffend die ECAC-Strategie;

nach Kenntnisnahme von der Aufforderung der Verkehrsminister der ECAC-Staaten an die Ständige Kommission der EUROCONTROL, Vereinbarungen hinsichtlich einer vorzeitigen Umsetzung des revidierten EUROCONTROL-Übereinkommens in Erwägung zu ziehen, wie in der ECAC-Strategie vorgeschlagen;

in der Erkenntnis, dass es erforderlich ist, einige Bestimmungen des revidierten Übereinkommens vorzeitig umzusetzen, um der Organisation EUROCONTROL und insbesondere ihrer Agentur die Rolle und die Aufgaben zu übertragen, die in der institutionellen Strategie der ECAC vorgesehen sind;

in Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, durch die Bestimmungen des revidierten Übereinkommens und in enger Zusammenarbeit mit allen betreffenden Parteien ein sicheres und leistungsfähiges europäisches Flugverkehrs-Managementsystem sowie ein wirksames gemeinsames Flugsicherungs-Streckengebührensystem zu schaffen –

ersucht alle Vertragsparteien, so weit wie möglich die vorzeitige Umsetzung einiger Bestimmungen des revidierten Übereinkommens in Angriff zu nehmen.

haben folgende gemeinsame Erklärungen angenommen:

I. Gemeinsame Erklärung zum Entwurf der EUROCONTROL-Datenschutzregelung

Die Konferenz

zusammengetreten in Brüssel am 27. Juni 1997 mit dem Ziel der Annahme des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“;

nach einstimmiger Annahme des genannten Protokolls;

nach Kenntnisnahme von dem Entwurf der EUROCONTROL-Datenschutzregelung –

gibt folgende gemeinsame Erklärung ab:

Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich sicherzustellen, dass der Rat zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine interne Datenschutzregelung der Organisation EUROCONTROL genehmigt.

II. Gemeinsame Erklärung über die Maßnahmen, die erforderlich sind, damit der Rechnungsprüfungsausschuss eine „Transparenzfunktion“ wahrnehmen kann und diese Funktion im Rahmen der vorzeitigen Umsetzung einiger Bestimmungen des Protokolls eingeführt wird

Die Konferenz

zusammengetreten in Brüssel am 27. Juni 1997 mit dem Ziel der Annahme des Protokolls zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“;

nach einstimmiger Annahme des vorgenannten Protokolls;

la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»;

Invite le Directeur général d'EUROCONTROL à prendre toutes dispositions pratiques, en coopération avec les Parties contractantes, pour fournir, le cas échéant, une assistance dans le cadre de la procédure de ratification, d'acception ou d'approbation dudit Protocole.

II. Résolution relative à la mise en œuvre anticipée du Protocole

La Conférence,

Réunie le 27 juin 1997 à Bruxelles dans le but d'adopter le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»;

Ayant adopté ledit Protocole à l'unanimité;

Ayant pris acte des décisions arrêtées par les ministres de Transports des Etats membres de la Conférence européenne de l'Aviation civile (CEAC), réunis le 14 février 1997 à Copenhague, au sujet de la Stratégie de la CEAC;

Ayant noté que les ministres des Transports de la CEAC ont invité la Commission permanente d'EUROCONTROL à envisager les dispositions à prendre aux fins de la mise en œuvre anticipée de la Convention EUROCONTROL révisée, comme il est proposé dans la Stratégie de la CEAC;

Constatant qu'une mise en œuvre anticipée de certaines dispositions de la Convention révisée est nécessaire pour confier à l'Organisation EUROCONTROL, et en particulier à son Agence, le rôle et les attributions évoqués dans la Stratégie institutionnelle de la CEAC;

Réitérant son attachement à mettre en place, par la voie des dispositions de la Convention révisée et en étroite collaboration avec toutes les parties intéressées, un système européen de gestion de la circulation aérienne qui soit sûr et efficace, ainsi qu'un système commun de redevances de route également efficace;

Prie toutes les Parties contractantes d'œuvrer, dans toute la mesure possible, à la mise en œuvre anticipée de certaines dispositions de la Convention révisée.

A adopté les déclarations communes suivantes:

I. Déclaration commune sur le projet de Règlement EUROCONTROL sur la protection des données

La Conférence,

Réunie à Bruxelles le 27 juin 1997 pour adopter le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»;

Ayant adopté ledit Protocole à l'unanimité;

Ayant pris acte du projet de Règlement EUROCONTROL relatif à la protection des données;

Fait la déclaration commune suivante:

Les Etats signataires s'engagent à faire en sorte qu'un Règlement interne relatif à la protection des données de l'Organisation EUROCONTROL soit approuvé par le Conseil dans les meilleurs délais.

II. Déclaration commune sur les mesures nécessaires pour que la Mission d'audit du Conseil puisse exercer une fonction «transparence» et que cette fonction soit instaurée dans le contexte de la mise en œuvre anticipée de certaines dispositions du Protocole

La Conférence,

Réunie à Bruxelles le 27 juin 1997 pour adopter le Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL»;

Ayant adopté ledit Protocole à l'unanimité;

nach Kenntnisnahme von den im vorgenannten Protokoll enthaltenen Bestimmungen über die Schaffung einer wirksamen und unabhängigen Verwaltungsstruktur für die Agentur EUROCONTROL, die zur Gewährleistung einer wirksamen, straffen und transparenten Beschlussfassungsregelung im Bereich des Flugverkehrsmanagements in Europa gemäß der institutionellen Strategie der ECAC beiträgt;

nach Kenntnisnahme von der Tatsache, dass die Agentur EUROCONTROL das zuständige Gremium für die Erreichung der gesetzten Ziele und die Erfüllung der im Übereinkommen enthaltenen bzw. durch die Entscheidungsgremien der EUROCONTROL festgelegten Aufgaben ist;

in der Erkenntnis, dass es wünschenswert ist, die Agentur EUROCONTROL in die Lage zu versetzen, mittels eines Rechnungsprüfungsausschusses mit einer entsprechenden Aufgabenstellung einen angemessenen Stand der Transparenz in Bezug auf ihre Verwaltung zu sichern –

gibt folgende gemeinsame Erklärung ab:

Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung einer Transparenzfunktion für den in Artikel 7 Absatz 5 des Übereinkommens genannten Rechnungsprüfungsausschuss des Rates zu ergreifen und darüber hinaus sicherzustellen, dass diese Funktion im Rahmen der vorzeitigen Umsetzung einiger Bestimmungen des Protokolls zur Neufassung des Übereinkommens eingeführt wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diese Schlussakte unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 27. Juni 1997 in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift.

Ayant pris acte des dispositions dudit Protocole relatives à la création d'une structure de gestion efficace et autonome pour l'Agence EUROCONTROL, propre à favoriser la mise en place d'un mécanisme de décision efficace, rationnel et transparent pour la gestion de la circulation aérienne en Europe, conformément à la Stratégie institutionnelle de la CEAC;

Ayant noté qu'il appartient à l'Agence EUROCONTROL d'atteindre les objectifs et d'exécuter les tâches énoncés dans la Convention ou par les instances dirigeants d'EUROCONTROL;

Reconnaissant qu'il est souhaitable de permettre à l'Agence EUROCONTROL de garantir un niveau adéquat de transparence dans sa gestion par l'intermédiaire d'une Mission d'audit dotée d'un mandat approprié;

Fait la déclaration commune suivante:

Les Etats signataires s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour que la Mission d'audit du Conseil visée à l'Article 7.5 de la Convention puisse exercer une fonction «transparence», et à faire en sortie que cette fonction soit instaurée dans le contexte de la mise en œuvre anticipée de certaines dispositions du Protocole coordonnant la Convention.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont signé le présent Acte final.

Fait à Bruxelles, le 27 juin 1997, en un seul exemplaire, qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique, qui en communiquera copie conforme aux Gouvernements des autres Etats signataires.

Anlage 1 zur Schlussakte

Änderungen
durch die Diplomatische Konferenz vom 27. Juni 1997

Annexe 1 à l'Acte final

Amendements
apportés par la conférence diplomatique du 27 juin 1997

Artikel I

Das Internationale Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL", geändert durch das Zusatzprotokoll vom 6. Juli 1970, das seinerseits durch das Protokoll vom 21. November 1978 geändert wurde, in der Fassung des Protokolls vom 12. Februar 1981, im Folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet, wird nach Maßgabe der folgenden Artikel geändert.

Artikel II

Artikel 1 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 1

1. Um die zur Einrichtung eines einheitlichen Europäischen Flugverkehrs-Managementsystems erforderliche Harmonisierung und Integration zu verwirklichen, kommen die Vertragsparteien überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Flugsicherung zu verstärken und ihre gemeinsamen Tätigkeiten auf diesem Gebiet weiterzuentwickeln; dabei werden sie die Verteidigungserfordernisse gebührend berücksichtigen, im Rahmen der Bereitstellung kostenwirksamer Flugsicherungsdienste ein Höchstmaß an Handlungsfreiheit, das mit dem erforderlichen Sicherheitsgrad zu vereinbaren ist, für alle Luftraumbenutzer gewährleisten und der Notwendigkeit Rechnung tragen, nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten, soweit dies insbesondere in betrieblicher, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht möglich ist.

Bei der Verfolgung dieser Ziele müssen der Grundsatz der vollen und ausschließlichen Souveränität eines jeden Staates im Luftraum über seinem Hoheitsgebiet sowie die Möglichkeit eines jeden Staates, seine Befugnisse im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung in seinem nationalen Luftraum auszuüben, unberührt bleiben.

Sie vereinbaren zu diesem Zweck,

a) eine europäische Politik auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements festzulegen und dabei Strategien und Programme zu dem Zweck zu definieren, die Kapazität zu entwickeln, die notwendig ist, um den Erfordernissen aller zivilen und militärischen Benutzer unter Wahrung des erforderlichen Sicherheitsgrads in kostenwirksamer Weise zu entsprechen;

b) sich zur Festlegung spezifischer Zielvorgaben hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Flugverkehrsmanagementbetriebs in den in Anlage II aufgeführten Fluginformationsgebieten zu verpflichten, für welche die Staaten entsprechend den einschlägigen Bestimmungen des Abkommens von Chikago über die Internationale Zivilluftfahrt die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten zugesagt haben, unbeschadet der Grundsätze der Freiheit des Verkehrs in den nicht der Souveränität der Staaten unterstehenden Lufträumen, wie sie sich aus Übereinkommen, sonstigen internationalen Übereinkünften und den Regeln oder Grundsätzen des Völkergewohnheitsrechts ergeben;

Article I

La Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, telle que modifiée par le Protocole additionnel du 6 juillet 1970, modifié lui-même par le Protocole du 21 novembre 1978, le tout amendé par le Protocole du 12 février 1981, ci-après dénommée «la Convention», est amendée selon les dispositions des articles suivants.

Article II

Les paragraphes 1 et 2 de l'article 1 de la Convention sont remplacés par les dispositions suivantes:

«Article 1

1. Afin de réaliser l'harmonisation et l'intégration nécessaires à la mise en place d'un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne, les Parties contractantes conviennent de renforcer leur coopération et de développer leurs activités communes dans le domaine de la navigation aérienne, en tenant dûment compte des nécessités de la défense, tout en assurant à tous les usagers de l'espace aérien le maximum de liberté compatible avec le niveau de sécurité requis dans le cadre de la fourniture de services de la circulation aérienne économiquement efficaces, et en tenant compte de la nécessité de minimiser, lorsque cela est possible, notamment sur les plans opérationnel, technique et économique, toute incidence négative sur l'environnement.

Ces objectifs seront poursuivis sans qu'il soit porté atteinte au principe de souveraineté complète et exclusive de chaque Etat sur l'espace aérien au-dessus de son territoire et à la capacité, pour chaque Etat, d'exercer ses prérogatives en matière de sécurité et de défense dans son espace aérien national.

Elles conviennent à cette fin:

(a) de fixer une politique européenne dans le domaine de la gestion de la circulation aérienne comprenant la définition de stratégies et de programmes dont le but est de développer la capacité nécessaire pour répondre aux besoins de tous les utilisateurs civils et militaires, d'une manière économiquement efficace tout en maintenant le niveau de sécurité requis;

(b) de s'engager à fixer des objectifs spécifiques quant à l'efficacité des opérations de gestion de la circulation aérienne dans les Régions d'information de vol telles que décrites à l'Annexe II de la présente Convention dans lesquelles les Etats ont, en conformité avec les dispositions pertinentes de la Convention relative à l'Aviation civile internationale, accepté d'assurer les services de la circulation aérienne, sans porter atteinte aux principes de liberté de circulation dans les espaces aériens non soumis à la souveraineté des Etats tels qu'ils découlent des conventions, accords internationaux, règles ou principes du droit international public coutumier;

c) ein System zur Leistungsüberprüfung und Leistungszielsetzung für das Flugverkehrsmanagement einzuführen;

d) einen gemeinsamen Konvergenz- und Implementierungsplan für die Flugsicherungsdienste und -einrichtungen in Europa durchzuführen;

e) gemeinsame Normen und Spezifikationen anzunehmen und anzuwenden;

f) die Regelungen im Bereich der Flugsicherungsdienste zu harmonisieren;

g) die verfügbare Kapazität weiterzuentwickeln, um der Nachfrage im Luftverkehr entsprechen zu können und durch die gemeinsame Einrichtung, den gemeinsamen Betrieb und die gemeinsame Weiterentwicklung eines gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems im Rahmen der Einführung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems eine möglichst wirksame Nutzung dieser Kapazität sicherzustellen;

h) die gemeinsame Beschaffung von Flugsicherungssystemen und -einrichtungen zu fördern;

i) bei der Festlegung und Berechnung der den Benutzern der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste auferlegten Gebühren, im Folgenden als „Flugsicherungs-Streckengebühren“ bezeichnet, gemeinsam vorzugehen;

j) getrennt von der Bereitstellung von Diensten einen Mechanismus zur multilateralen Entwicklung und Harmonisierung einer Sicherheitsregelung auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements innerhalb eines die gesamte Luftfahrt umfassenden Sicherheitssystemkonzepts einzurichten;

k) sich an der Planung, der Einrichtung und der Überwachung eines globalen Satelliten-Navigationssystems zu beteiligen;

l) neue Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln auf dem Gebiet der Planung, der Einrichtung, der Überwachung oder des Betriebs von Systemen und Diensten in der Flugsicherung zu bestimmen;

m) im Rahmen eines „Gate-to-Gate“-Konzepts eine umfassende Politik und einen angemessenen leistungsfähigen Mechanismus für die strategische Gestaltung und Planung der Strecken und des Luftraums zu entwickeln.

2. Sie gründen zu diesem Zweck eine „Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL)“, im Folgenden als „Organisation“ bezeichnet, die in Zusammenarbeit mit den zivilen und militärischen Stellen der Staaten sowie den Benutzerorganisationen handelt. Diese Organisation besteht aus drei Organen:

a) einer Generalversammlung als dem zuständigen Organ für die Festlegung und die Genehmigung des allgemeinen Vorgehens der Organisation, einschließlich

   i) des gemeinsamen Vorgehens hinsichtlich der Flugsicherungs-Streckengebühren und der anderen Tätigkeiten der Organisation im Gebührenbereich;

   ii) der Leistungsüberprüfungs- und Bewertungsfunktionen der Organisation;

   iii) der Festlegung der Ziele der Organisation einschließlich derjenigen in den Bereichen Normung, Planung, Leistung und Sicherheitsregelung;

   iv) der Auswahl der größeren Rahmenprogramme für die Zusammenarbeit nach technischen und finanziellen Kriterien;

   v) der Außenbeziehungen zu Staaten und Organisationen und der Anträge auf Beitritt zu diesem Übereinkommen;

b) einem Rat als dem für die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung zuständigen Organ, das vorbehaltlich der dieser übertragenen Befugnisse über alle an die Vertragsparteien gerichteten und für diese verbindlichen Maßnahmen entscheidet sowie die Aufsicht über die Arbeit der Agentur ausübt;

(c) d’instaurer un système d’examen des performances et de fixation d’objectifs de la gestion de la circulation aérienne;

(d) d’appliquer un plan commun de convergence et de mise en œuvre portant sur les services et installations de navigation aérienne en Europe;

(e) d’adopter et d’appliquer des normes et spécifications communes;

(f) d’harmoniser les réglementations applicables aux services de la circulation aérienne;

(g) de développer la capacité disponible pour répondre à la demande de trafic aérien et d’en assurer l’utilisation la plus efficace possible par la création, l’exploitation et le développement conjoints d’un système commun de gestion des courants de trafic aérien en Europe, dans le cadre de la mise en œuvre d’un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(h) de favoriser l’acquisition commune de systèmes et d’installations de la circulation aérienne;

(i) de mettre en œuvre une politique commune pour l’établissement et le calcul des redevances imposées aux usagers des installations et services de navigation aérienne en route, ci-après dénommées «redevances de route»;

(j) de mettre en œuvre un mécanisme, distinct de la fourniture de services, pour l’élaboration et l’harmonisation multilatérales d’un régime de réglementation de la sécurité dans le domaine de la gestion de la circulation aérienne, dans l’optique d’un système intégré de sécurité aéronautique;

(k) de participer à la conception, à la mise en œuvre et au suivi d’un système mondial de navigation par satellite;

(l) de recenser les possibilités nouvelles d’actions communes dans le domaine de la conception, de la mise en œuvre, du suivi ou de l’exploitation de systèmes et services de navigation aérienne;

(m) dans le contexte d’un concept «de porte à porte», d’élaborer une politique globale et un mécanisme efficace approprié de conception et de planification stratégiques des routes et de l’espace aérien.

2. Elles instituent à cet effet une «Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL)», ci-après dénommée «l’Organisation», qui agira en coopération avec les autorités nationales civiles et militaires ainsi que les organisations d’usagers. Celle-ci comporte trois organes:

(a) une Assemblée générale qui constitue l’organe responsable de l’élaboration et de l’approbation de la politique générale de l’Organisation, y compris:

   (i) la politique commune relative aux redevances de route et les autres activités de l’Organisation dans le domaine des redevances;

   (ii) les fonctions d’examen et d’évaluation des performances de l’Organisation;

   (iii) la définition des objectifs de l’Organisation, notamment les objectifs en matière de normalisation, de planification, de performance et de réglementation de la sécurité;

   (iv) le choix des grands programmes cadres de coopération selon des critères techniques et financiers;

   (v) les relations extérieures avec les Etats et organisations et les demandes d’adhésion à la présente Convention;

(b) un Conseil qui constitue l’organe chargé d’exécuter les décisions de l’Assemblée générale et, sous réserve des pouvoirs conférés à cette dernière, de prendre toutes les mesures ayant force d’obligation à l’égard des Parties contractantes, ainsi que de superviser les travaux de l’Agence;

c) einer Agentur, deren Satzung diesem Übereinkommen als Anlage I beigefügt ist, als dem Organ, das die Aufgaben der Organisation entsprechend den nachstehenden Artikeln sowie die ihm von der Generalversammlung oder vom Rat übertragenen Aufgaben durchführt, Initiativen für die entsprechenden Vorschläge ergreift und die technischen, finanziellen und personellen Mittel zur Erreichung der festgelegten Ziele einsetzt.“

Artikel III

Artikel 2 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 2

1. Die Organisation ist mit folgenden Aufgaben betraut:

a) Erarbeitung und Genehmigung detaillierter Pläne zur Harmonisierung und Integration der Flugsicherungsdienste und -systeme der Vertragsparteien, insbesondere der boden- und bordseitigen Flugnavigationssysteme, mit dem Ziel der Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems;

b) Koordinierung der Implementierungspläne der Vertragsparteien, um zu einer Konvergenz in Richtung auf ein einheitliches europäisches Flugverkehrs-Managementsystem zu gelangen;

c) Prüfung und Koordinierung von Fragen auf dem Gebiet der Flugsicherung, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) oder anderen mit der Zivilluftfahrt befassten Organisationen untersucht werden, im Namen der Vertragsparteien sowie Koordinierung und Vorlage von Änderungen oder Vorschlägen bei diesen Einrichtungen;

d) Definition, Konzeption, Entwicklung, Erprobung und Organisation der Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems;

e) Entwicklung und Betrieb eines gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems in einem gemeinsamen internationalen Zentrum im Rahmen des Buchstabens d;

f) Ausarbeitung, Annahme und Fortschreibung gemeinsamer Normen, Spezifikationen und Verfahrensweisen für Flugverkehrs-Managementsysteme und -dienste;

g) Ausarbeitung und Genehmigung von Verfahren mit dem Ziel einer Strategie zur gemeinsamen Beschaffung von Flugsicherungssystemen und -einrichtungen;

h) Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Vertragsparteien, die sich auf neue Techniken auf dem Gebiet der Flugsicherung beziehen, Sammlung und Verteilung der Ergebnisse sowie Förderung und gemeinsame Durchführung von Untersuchungen, Versuchen und angewandter Forschung sowie einschlägigen technischen Entwicklungen;

i) Einrichtung eines unabhängigen Systems zur Leistungsüberprüfung, das sich auf alle Aspekte des Flugverkehrsmanagements, einschließlich allgemeines Vorgehen und Planung, Sicherheitsmanagement auf Flughäfen und in deren Umgebung sowie im Luftraum, sowie auf finanzielle und wirtschaftliche Aspekte der geleisteten Dienste erstreckt, und Festlegung von Zielen, die sich auf all diese Aspekte beziehen;

j) Prüfung und Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Kostenwirksamkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung;

k) Ausarbeitung und Genehmigung gemeinsamer Kriterien, Verfahren und Methoden zur Gewährleistung einer größtmöglichen Leistungsfähigkeit und Qualität der Flugverkehrs-Managementsysteme und der Flugsicherungsdienste;

(c) une Agence, dont les Statuts figurent à l’Annexe I à la présente Convention, qui constitue l’organe chargé d’accomplir les tâches de l’Organisation conformément aux dispositions des articles suivants de cette Convention, ainsi que les tâches qui lui sont confiées par l’Assemblée générale ou le Conseil, d’établir des propositions appropriées et de mettre en œuvre les ressources techniques et financières et les moyens en personnel pour atteindre les objectifs fixés.»

Article III

L’article 2 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 2

1. L’Organisation est chargée des tâches suivantes:

(a) élaborer et approuver des plans détaillés d’harmonisation et d’intégration des services et systèmes de circulation aérienne des Parties contractantes, en particulier les systèmes de navigation au sol et embarqués, en vue de la mise en place d’un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(b) coordonner les plans de mise en œuvre élaborés par les Parties contractantes, de manière à assurer la convergence vers un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(c) examiner et coordonner pour le compte des Parties Contractantes les questions relevant du domaine de la navigation aérienne étudiées par l’Organisation de l’Aviation Civile Internationale (OACI) ou d’autres organisations internationales traitant de l’aviation civile et coordonner et soumettre à ces organes des amendements ou des propositions;

(d) définir, concevoir, mettre au point, valider et organiser la mise en œuvre d’un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(e) mettre au point et exploiter un système européen commun de gestion des courants de trafic aérien au sein d’un centre international commun dans le cadre de l’alinéa (d) ci-dessus;

(f) élaborer, adopter et tenir à l’étude des normes, des spécifications et des pratiques communes pour les systèmes et services de gestion de la circulation aérienne;

(g) élaborer et approuver des procédures en vue de la mise en œuvre d’une stratégie d’acquisition en commun de systèmes et d’installations de la circulation aérienne;

(h) coordonner les programmes de recherche et développement des Parties contractantes relatifs aux nouvelles techniques dans le domaine de la navigation aérienne, en rassembler et en diffuser les résultats, et promouvoir et exécuter en commun des études, des essais et des recherches appliquées, ainsi que des développements techniques dans ce domaine;

(i) établir un système indépendant d’examen des performances qui traitera de tous les aspects de la gestion du trafic aérien, notamment la politique générale et la planification, la gestion de la sécurité sur le site et aux alentours des aéroports et dans l’espace aérien, ainsi que les aspects financiers et économiques des services fournis et fixer des objectifs qui traiteront de tous ces aspects;

(j) étudier et promouvoir les mesures propres à accroître l’efficacité et le rendement dans le domaine de la navigation aérienne;

(k) élaborer et approuver des critères, procédures et méthodes communs de façon à garantir une efficacité et une qualité optimales des systèmes de gestion de la circulation aérienne et des services de la circulation aérienne;

l) Erarbeitung von Vorschlägen zur Harmonisierung der europäischen Vorschriften für Flugsicherungsdienste;

m) Unterstützung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Flexibilität bei der Nutzung des Luftraums durch zivile und militärische Benutzer;

n) Entwicklung und Genehmigung koordinierter oder gemeinsamer Vorgehensweisen zur Verbesserung des Flugverkehrsmanagements auf Flughäfen und in deren Umgebung;

o) Erarbeitung und Genehmigung gemeinsamer Auswahlkriterien und gemeinsamer Vorgehensweisen bei der Ausbildung, Zulassung und Prüfung der Befähigung von Flugsicherungspersonal;

p) Entwicklung, Einrichtung und Betrieb der Elemente der künftigen gemeinsamen europäischen Systeme, die ihr von den Vertragsparteien übertragen werden;

q) Festlegung, Fakturierung und Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren im Auftrag der am gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem beteiligten Vertragsparteien nach Maßgabe der Anlage IV;

r) Einrichtung und Anwendung eines Mechanismus zur multilateralen Entwicklung und Harmonisierung einer Sicherheitsregelung auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements;

s) Erfüllung aller sonstigen Aufgaben, die sich auf die Grundsätze und Ziele dieses Übereinkommens beziehen.

2. Die Organisation kann auf Antrag einer oder mehrerer Vertragsparteien auf der Grundlage einer oder mehrerer besonderer Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien folgende Aufgaben wahrnehmen:

a) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Planung, der Spezifikation und dem Aufbau von Flugsicherungssystemen und -diensten;

b) Bereitstellung und Betrieb der Gesamtheit oder eines Teiles der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste im Auftrag dieser Vertragsparteien;

c) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Festlegung, Fakturierung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Vertragsparteien auferlegten Gebühren, die nicht der Anlage IV unterliegen.

3. Die Organisation kann

a) mit Nichtvertragsparteien, die daran interessiert sind, sich an der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben zu beteiligen, besondere Vereinbarungen schließen;

b) auf Antrag von Nichtvertragsparteien oder anderen internationalen Organisationen in deren Auftrag aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen ihr und den betreffenden Parteien alle anderen Aufgaben durchführen, die in diesem Artikel vorgesehen sind.

4. Die Organisation stellt so weit wie möglich sicher, dass ihre Aufgaben hinsichtlich der Bereitstellung von Diensten, insbesondere die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben e, g, p und q, Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b genannten, unabhängig von ihren Regelungsaufgaben wahrgenommen werden.

5. Zur Erleichterung der Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Organisation auf Beschluss der Generalversammlung Unternehmen gründen, die durch spezifische, entweder auf dem Völkerrecht oder auf dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei beruhende Satzungen geregelt werden, oder eine Mehrheitsbeteiligung an solchen Unternehmen erwerben.“

(l) mettre au point des propositions en vue d'une harmonisation de la réglementation européenne applicable aux services de la circulation aérienne;

(m) appuyer l'amélioration de l'efficacité et de la souplesse de l'utilisation de l'espace aérien par les usagers civils et militaires;

(n) élaborer et approuver des politiques coordonnées ou communes pour améliorer la gestion de la circulation aérienne sur le site et aux alentours des aéroports;

(o) élaborer et approuver des critères communs de sélection et des politiques communes pour la formation, l'octroi des licences et l'évaluation des aptitudes du personnel des services de la circulation aérienne;

(p) concevoir, mettre en place et exploiter les éléments des futurs systèmes européens communs qui lui sont confiés par les Parties contractantes;

(q) établir, facturer et percevoir les redevances de route, pour le compte des Parties contractantes participant au système commun de redevances de route, dans les conditions prévues à l'Annexe IV;

(r) établir et mettre en œuvre un mécanisme permettant de développer et d'harmoniser, au niveau multilatéral, la réglementation en matière de sécurité dans le domaine de la gestion du trafic aérien;

(s) exécuter toute autre tâche relevant des principes et objectifs de la présente Convention.

2. L'Organisation peut, à la demande d'une ou de plusieurs Parties contractantes, et sur la base d'un ou de plusieurs accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties contractantes intéressées:

(a) assister lesdites Parties contractantes dans la planification, la spécification et la création de systèmes et de services de la circulation aérienne;

(b) fournir et exploiter, en totalité ou en partie, les installations et les services de la circulation aérienne, pour le compte desdites Parties contractantes;

(c) assister lesdites Parties contractantes en ce qui concerne l'établissement, la facturation et la perception des redevances qu'elles imposent aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Annexe IV à la présente Convention.

3. L'Organisation peut:

(a) conclure des accords particuliers avec les Parties non contractantes intéressées à participer à l'exécution des tâches prévues au paragraphe 1 de l'article 2;

(b) à la demande de Parties non contractantes ou d'autres organisations internationales exécuter, en leur nom, toute autre tâche relevant du présent Article, sur la base d'accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties intéressées.

4. L'Organisation veille à ce que, dans la mesure du possible, ses fonctions de prestation de services, en particulier celles prévues aux alinéas (e), (g), (p) et (q) du paragraphe 1 de l'article 2, au paragraphe 2 de l'article 2 et à l'alinéa (b) du paragraphe 3 de l'article 2, soient exercées indépendamment de ses fonctions de réglementation.

5. Pour faciliter l'exécution de ses tâches, l'Organisation peut, sur décision de l'Assemble générale, créer des entreprises qui seront régies par des statuts spécifiques relevant soit du droit international public, soit du droit national d'une Partie contractante, ou prendre une participation majoritaire dans de telles entreprises.»

Artikel IV

Artikel 3 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 3

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Flugsicherungs-Streckendienste und die damit verbundenen Dienste im Bereich der Anflug- und Platzkontrolle in den in der Anlage II aufgeführten Fluginformationsgebieten.

2.

a) Jede Änderung, die eine Vertragspartei an der Liste ihrer Fluginformationsgebiete in Anlage II vorzunehmen beabsichtigt, bedarf eines mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses der Generalversammlung, wenn sie eine Änderung der Grenzen des von diesem Übereinkommen erfassten Luftraums zur Folge hat.

b) Dessen ungeachtet wird jede Änderung, die sich nicht in dieser Weise auswirkt, der Organisation durch die betroffene Vertragspartei notifiziert.

3. Im Sinne dieses Übereinkommens bezieht sich der Ausdruck „Luftverkehr“ auf Zivil- sowie auf Militär-, Zoll- und Polizeiluftfahrzeuge, welche die Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation beachten.

Auf der Grundlage einer besonderen Vereinbarung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehen ist, kann eine Vertragspartei beantragen, dass der Ausdruck „Luftverkehr“ auch auf den übrigen Luftverkehr in ihrem Hoheitsgebiet angewendet wird.“

Artikel V

In Artikel 4 des Übereinkommens wird die Bezugnahme auf die beigefügte Satzung durch die Bezugnahme auf die Satzung in Anlage I ersetzt, und in der englischen Fassung des Artikels 4 werden die Worte „in the present Convention“ durch „in this Convention“ ersetzt.

Artikel VI

Artikel 5 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 5

1. Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Vertragsparteien auf Ministerebene. Jede Vertragspartei kann insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung mehrere Delegierte bestellen, hat jedoch nur ein Stimmrecht.

2. Der Rat besteht aus Vertretern der Vertragsparteien auf der Ebene der Leiter der Abteilungen für Zivilluftfahrt. Jede Vertragspartei kann insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung mehrere Delegierte bestellen, hat jedoch nur ein Stimmrecht.

3. Bei der Behandlung von Fragen, die das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem betreffen, bestehen die Generalversammlung und der Rat aus den Vertretern der Vertragsparteien, die nach Maßgabe der Anlage IV am gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem beteiligt sind.

4. Die Vertreter von internationalen Organisationen, die zur Arbeit der Organisation beitragen können, werden bei Bedarf von der Generalversammlung oder dem Rat eingeladen, als Beobachter in Arbeitsgremien der Organisation mitzuarbeiten.“

Article IV

L’article 3 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 3

1. La présente Convention s’applique aux services de navigation aérienne en route et aux services connexes d’approche et d’aérodrome afférents à la circulation aérienne dans les Régions d’information de vol énumérées à l’Annexe II.

2.

(a) Toute modification qu’une Partie contractante souhaite apporter à la liste de ses Régions d’information de vol figurant à l’Annexe II, fait l’objet d’une décision de l’Assemblée générale à l’unanimité des suffrages exprimés lorsqu’elle aurait pour effet de modifier les limites de l’espace aérien couvert par la présente Convention.

(b) Toute modification qui n’a pas un tel effet sera néanmoins notifiée à l’Organisation par la Partie contractante intéressée.

3. Au sens de la présente Convention, l’expression «circulation aérienne» vise celle des aéronefs civils, ainsi que des aéronefs militaires, de douane et de police qui se conforment aux procédures de l’Organisation de l’Aviation Civile Internationale.

Sur la base d’un accord particulier, tel que les accords visés à l’alinéa (b) du paragraphe 2 de l’article 2, une Partie contractante peut demander que l’expression «circulation aérienne» s’applique au reste du trafic évoluant sur son territoire.»

Article V

Dans l’article 4 de la Convention, la référence aux Statuts ci-annexés est remplacée par une référence aux Statuts figurant en Annexe I et dans le texte en langue anglaise dudit article 4, les mots «in the present Convention» sont remplacés par «in this Convention».

Article VI

L’article 5 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 5

1. L’Assemblée générale est composée de représentants des Parties contractantes au niveau ministériel. Chaque Partie contractante peut désigner plusieurs délégués afin, en particulier, de permettre la représentation des intérêts tant de l’aviation civile que de la défense nationale, mais ne dispose que d’un seul droit de vote.

2. Le Conseil est composé de représentants des Parties contractantes au niveau des Directeurs généraux de l’Aviation civile. Chaque Partie contractante peut désigner plusieurs délégués afin, en particulier, de permettre la représentation des intérêts tant de l’aviation civile que de la défense nationale, mais ne dispose que d’un seul droit de vote.

3. Pour les questions relatives au système commun de redevances de route, l’Assemblée générale et le Conseil sont composés des représentants des Parties contractantes participant au système commun de redevances de route dans les conditions prévues à l’Annexe IV.

4. Les représentants d’organisations internationales qui peuvent contribuer au travail de l’Organisation sont, en tant que de besoin, invités par l’Assemblée générale ou par le Conseil, à participer en tant qu’observateurs aux structures de travail de l’Organisation.»

Artikel VII

Artikel 6 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 6

1. Die Generalversammlung fasst Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien, den Rat und die Agentur insbesondere in den in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a genannten Fällen.

Außerdem trifft sie folgende Maßnahmen:

a) Sie ernennt auf Empfehlung des Rates den Generaldirektor der Agentur;

b) sie erteilt in den in Artikel 34 genannten Fällen die Ermächtigung, im Namen der Organisation Verfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag einzuleiten;

c) sie erarbeitet die Grundsätze für den Betrieb des in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems;

d) sie genehmigt die Änderungen der Anlage I nach Maßgabe der in Artikel 8 Absatz 1 vorgesehenen Abstimmungsregeln;

e) sie genehmigt die Änderungen der Anlagen II und IV nach Maßgabe der in Artikel 8 Absatz 3 vorgesehenen Abstimmungsregeln;

f) sie überprüft die Aufgaben der Organisation in regelmäßigen Zeitabständen.

2. Zur Festlegung des gemeinsamen Vorgehens hinsichtlich der Flugsicherungs-Streckengebühren hat die Generalversammlung insbesondere die Aufgabe,

a) die Grundsätze für die Ermittlung der Kosten zu bestimmen, die den Benutzern von den Vertragsparteien und von der Organisation für die ihnen zur Verfügung gestellten Streckennavigationseinrichtungen und -dienste aufzuerlegen sind;

b) die Formel zur Berechnung der Flugsicherungs-Streckengebühren festzulegen;

c) die Grundsätze für Befreiungen von den Flugsicherungs-Streckengebühren festzulegen, wobei sie darüber hinaus entscheiden kann, dass bei bestimmten Kategorien von Flügen, die auf diese Weise von der Zahlung der Flugsicherungs-Streckengebühren nach Anlage IV befreit werden, die angefallenen Kosten für Streckennavigationseinrichtungen und -dienste unmittelbar von den Vertragsparteien eingezogen werden können;

d) die Berichte des Rates über Flugsicherungs-Streckengebühren zu genehmigen.

3. Die Generalversammlung kann

a) jede in ihre Zuständigkeit fallende Frage zur Prüfung an den Rat verweisen;

b) in den nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a in ihre allgemeine Zuständigkeit fallenden Fragen die Befugnis zur Beschlussfassung erforderlichenfalls dem Rat übertragen;

c) andere nachgeordnete Organe einsetzen, soweit sie dies für erforderlich hält.“

Artikel VIII

Artikel 7 des Übereinkommens wird Artikel 8 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 8

1. Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien, die von der Generalversammlung insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe a und des Artikels 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder vom Rat insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe b und des Artikels 7 Absatz 1 gefasst werden, be-

Article VII

L'article 6 de la Convention est remplacé par les dispositions suivantes:

«Article 6

1. L'Assemblée générale prend des décisions à l'égard des Parties contractantes, du Conseil et de l'Agence, en particulier dans les cas mentionnés à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1.

En outre, l'Assemblée générale:

(a) nomme le Directeur général de l'Agence sur recommandation du Conseil;

(b) autorise la présentation de recours au nom de l'Organisation devant la Cour permanente d'arbitrage de La Haye dans les cas mentionnés à l'article 34;

(c) établit les principes régissant l'exploitation du système européen commun de gestion des courants de trafic aérien prévu à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2;

(d) approuve les amendements à l'Annexe I dans les conditions de vote prévues au paragraphe 1 de l'article 8;

(e) approuve les amendements aux Annexes II et IV dans les conditions de vote prévues au paragraphe 3 de l'article 8;

(f) procède à une revue périodique des tâches de l'Organisation.

2. Pour formuler la politique commune relative aux redevances de route, l'Assemblée générale, notamment:

(a) établit les principes régissant la détermination des coûts imputables par les Parties contractantes et l'Organisation aux usagers pour les installations et services de navigation aérienne en route mis à leur disposition;

(b) arrête la formule de calcul des redevances de route;

(c) détermine les principes applicables en matière d'exonération de redevances de route et peut en outre décider que, pour certaines catégories de vols ainsi exonérés du paiement des redevances de route qui relèvent de l'Annexe IV, les coûts encourus au titre des installations et services de navigation aérienne en route puissent être recouvrés directement par les Parties contractantes;

(d) approuve les rapports du Conseil relatifs aux redevances de route.

3. L'Assemblée générale peut:

(a) renvoyer pour étude au Conseil toute question relevant de sa compétence;

(b) déléguer, lorsque nécessaire, au Conseil le pouvoir de prendre des décisions dans les matières relevant de sa compétence générale, visées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1;

(c) établir tout autre organe subsidiaire qu'elle juge nécessaire.»

Article VIII

L'article 7 de la Convention devient l'article 8 ainsi rédigé:

«Article 8

1. Les décisions prise à l'égard des Parties contractantes par l'Assemblée générale, notamment sur la base de l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1 et du premier alinéa du paragraphe 1 de l'article 6, ou par le Conseil, notamment sur la base de l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 1 et du paragraphe 1 de l'article 7,

dürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Mehrheit mindestens drei Viertel der abgegebenen gewogenen Stimmen nach der in Artikel 11 vorgesehenen Wägung und mindestens drei Viertel der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss.

Diese Regel gilt auch für Beschlüsse, die in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben i, p, r und s und Absatz 5, Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a, c und d, Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b, Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben d, j und k und Absätze 3, 6 und 7, Artikel 12 und Artikel 13 Absätze 2 und 3 genannten Fällen gefasst werden.

Diese Regel gilt ferner für Beschlüsse, die nach Artikel 3 der Anlage IV gefasst werden. Bei der Festlegung der in Artikel 3 Buchstabe c der Anlage IV genannten Gebührensätze, Tarife und Anwendungsbedingungen für das Flugsicherungs-Streckengebührensystem gilt der Beschluss nicht für eine Vertragspartei, die dagegen gestimmt hat und beschließt, entsprechend zu verfahren. In diesem Fall muss diese Vertragspartei jedoch ihre Gründe dafür darlegen und kann das in Artikel 6 Absatz 2 festgelegte gemeinsame Vorgehen nicht in Frage stellen.

2. Beschlüsse in Bezug auf die Agentur, die von der Generalversammlung insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstaben a und c sowie des Artikels 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder vom Rat insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstaben b und c gefasst werden, bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Mehrheit mehr als die Hälfte der abgegebenen gewogenen Stimmen nach der in Artikel 11 vorgesehenen Wägung und mehr als die Hälfte der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss. In Fällen von besonderer Bedeutung muss die Mehrheit mindestens drei Viertel statt mehr als die Hälfte der abgegebenen gewogenen Stimmen umfassen, sofern mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Vertragsparteien einen entsprechenden Antrag stellt.

Diese Regel gilt auch für Beschlüsse, die in den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a, b, c und e bis i sowie l und m, Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 2 genannten Fällen gefasst werden.

3. Jedoch werden die Beschlüsse in Bezug auf Anträge auf Beitritt zur Organisation nach Artikel 39, auf etwaige Änderungen der Anlage II, mit Ausnahme des in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten Falles, und der Anlage IV sowie auf die in Artikel 36 Absätze 4 und 5 und Artikel 38 Absätze 3 und 4 genannten Bedingungen des Rücktritts beziehungsweise des Beitritts mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefasst.

4. Die von der Generalversammlung und vom Rat gefassten Beschlüsse sind vorbehaltlich des Artikels 9 für die Vertragsparteien und für die Agentur bindend.“

Artikel IX

Ein neuer Artikel 7 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 7

1. Der Rat kann aufgrund der ihm durch dieses Übereinkommen übertragenen Befugnisse im Hinblick auf die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien fassen.

2. Der Rat hat aufgrund der ihm durch dieses Übereinkommen übertragenen Aufsichtsbefugnisse gegenüber der Agentur folgende Aufgaben:

a) Er genehmigt nach Konsultierung der von ihm anerkannten Organisationen, welche die Luftraumbenutzer vertreten, die Fünfjahres- und Jahres-Arbeitsprogramme der Agentur, die

sont acquises à la majorité des suffrages exprimés sous réserve que cette majorité représente au moins trois-quarts des suffrages pondérés exprimés selon la pondération prévue à l’article 11, et au moins trois-quarts des Parties contractantes exprimant un suffrage.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises dans les cas mentionnés aux alinéas (i), (p), (r) et (s) du paragraphe 1 de l’article 2, au paragraphe 5 de l’article 2, aux alinéas (a), (c) et (d) du paragraphe 1 de l’article 6, au paragraphe 2 de l’article 6, à l’alinéa (b) du paragraphe 3 de l’article 6, aux alinéas (d), (j), (k) du paragraphe 2 de l’article 7, aux paragraphes 3, 6 et 7 de l’article 7, à l’article 12 et aux paragraphes 2 et 3 de l’article 13.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises en application de l’article 3 de l’Annexe IV. Dans les cas de détermination des taux unitaires, des tarifs et des conditions d’application du système de redevances de route mentionnés à l’alinéa (c) de l’article 3 de l’Annexe IV, une décision ne s’applique pas à une Partie contractante qui, ayant voté contre, en décide ainsi. Dans ce cas, cette Partie contractante a cependant l’obligation de présenter un exposé de ses raisons et ne peut remettre en cause la politique commune telle qu’elle est définie au paragraphe 2 de l’article 6.

2. Les décisions prises à l’égard de l’Agence par l’Assemblée générale, notamment sur la base des alinéas (a) et (c) du paragraphe 2 de l’article 1 et du premier alinéa du paragraphe 1 de l’article 6, ou par le Conseil, notamment sur la base des alinéas (b) et (c) du paragraphe 2 de l’article 1, sont acquises à la majorité des suffrages exprimés sous réserve que cette majorité représente plus de la moitié des suffrages pondérés exprimés selon la pondération prévue à l’article 11 et plus de la moitié des Parties contractantes exprimant un suffrage. Dans les cas d’une importance particulière et à condition qu’au moins un tiers des Parties contractantes ayant voix délibérative en fassent la demande, la majorité doit représenter au moins trois-quarts des suffrages pondérés exprimés au lieu de plus de la moitié.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises dans les cas mentionnés à l’alinéa (b) du paragraphe 1 de l’article 6, à l’alinéa (a) du paragraphe 3 de l’article 6, aux alinéas (a) à (c) et (e) à (i), (l) et (m) du paragraphe 2 de l’article 7, au paragraphe 2 de l’article 9 et au paragraphe 2 de l’article 10.

3. Toutefois, les décisions sont prises à l’unanimité des suffrages exprimés en ce qui concerne les demandes d’adhésion à l’Organisation mentionnées à l’article 39, les modifications éventuelles apportées à l’Annexe II, à l’exception du cas visé à l’alinéa (b) du paragraphe 2 de l’article 3, et à l’Annexe IV, et les conditions de retrait ou d’adhésion mentionnées aux paragraphes 4 et 5 de l’article 36 et aux paragraphes 3 et 4 de l’article 38.

4. Les décisions prises par l’Assemblée générale et le Conseil ont force d’obligation à l’égard des Parties contractantes et de l’Agence sous réserve des dispositions de l’article 9.»

Article IX

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 7 ainsi rédigé:

«Article 7

1. Le Conseil, en vertu des pouvoirs que lui confère la présente Convention, peut prendre des décisions à l’égard des Parties contractantes, en ce qui concerne les tâches mentionnées au paragraphe 1 de l’article 2.

2. Le Conseil, en vertu des pouvoirs de tutelle que lui confère la présente Convention à l’égard de l’Agence:

(a) approuve, après avoir consulté les organisations représentatives des usagers de l’espace aérien qu’il a reconnues, les programmes de travail quinquennaux et annuels de l’Agence

ihm von dieser zur Erfüllung der in Artikel 2 genannten Aufgaben vorgelegt werden, sowie den Fünfjahres-Finanzplan und den Haushaltsplan einschließlich der finanziellen Verpflichtungen, den Tätigkeitsbericht der Agentur und die nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 11 Absatz 1 der Satzung der Agentur vorgelegten Berichte;

b) er genehmigt die für den allgemeinen Aufbau der Agentur geltenden Grundsätze;

c) er beaufsichtigt die Tätigkeit der Agentur im Bereich der Flugsicherungs-Streckengebühren;

d) er legt nach Konsultierung der von ihm anerkannten Organisationen, welche die Luftraumbenutzer und die Flughäfen vertreten, die allgemeinen Bedingungen für den Betrieb des in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems unter gebührender Berücksichtigung der von den Staaten ausgeübten Befugnisse in Bezug auf ihr Luftraum-Management fest. Diese allgemeinen Bedingungen müssen insbesondere die anzuwendenden Vorschriften sowie die Verfahren zur Feststellung der Nichtbeachtung dieser Vorschriften enthalten;

e) er erteilt der Agentur Richtlinien aufgrund der von ihr regelmäßig erstatteten Berichte oder wann immer er dies zur Erfüllung der der Agentur zugewiesenen Aufgaben für erforderlich hält, und genehmigt die Modalitäten für die Zusammenarbeit zwischen der Agentur und den betreffenden innerstaatlichen Organisationen, um die Agentur in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Vorschläge vorzubereiten;

f) er benennt auf Vorschlag des Generaldirektors das Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das den Rechnungsprüfungsausschuss bei der Prüfung der Konten der gesamten Einnahmen und Ausgaben unterstützt;

g) er kann verlangen, dass die Dienste der Agentur verwaltungsmäßigen und technischen Überprüfungen unterzogen werden;

h) er erteilt dem Generaldirektor Entlastung für seine Haushaltsführung;

i) er genehmigt die vom Generaldirektor vorgenommene Ernennung der Direktoren der Agentur;

j) er genehmigt das Statut des Generaldirektors, das Personalstatut, die Haushaltsordnung und die Verdingungsordnung;

k) er kann seine Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen durch die Agentur hinsichtlich der in Artikel 2 genannten besonderen Vereinbarungen erteilen und nimmt die ausgehandelten Vereinbarungen an, bevor er sie der Generalversammlung zur Genehmigung vorlegt oder sie schließt, falls ihm eine solche Befugnis nach Artikel 13 Absatz 3 übertragen wurde;

l) er genehmigt eine Regelung über den Datenschutz;

m) er legt bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f vorgesehenen Aufgaben die Regelungen und Verfahren fest, die für die Normen, Spezifikationen und Verfahrensweisen in Bezug auf die Flugverkehrs-Managementsysteme und -dienste gelten.

3. Der Rat setzt eine Kommission für Leistungsüberprüfung und eine Kommission für Sicherheitsregelung ein. Diese Kommissionen ergreifen Initiativen für die entsprechenden Vorschläge an den Rat; sie erhalten verwaltungsmäßige Unterstützung von den Diensten der Agentur, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben über die nötige Unabhängigkeit verfügen.

4. Der Rat setzt einen Ständigen Ausschuss für die Schnittstelle ziviler Bereich/militärischer Bereich ein.

5. Der Rat setzt einen Rechnungsprüfungsausschuss ein, dem er Aufgaben und – im Rahmen einer spezifischen Aufgabenstellung – Befugnisse übertragen kann.

que lui soumet cette dernière pour l'accomplissement des tâches visées à l'article 2, ainsi que le plan financier quinquennal et le budget, y compris les obligations financières, le rapport d'activité de l'Agence et les rapports présentés en application de l'alinéa (c) du paragraphe 2 de l'article 2, du paragraphe 3 de l'article 10 et du paragraphe 1 de l'article 11 des Statuts de l'Agence;

(b) approuve les principes qui régissent la structure générale de l'Agence;

(c) supervise les activités de l'Agence dans le domaine des redevances de navigation aérienne;

(d) détermine, après avoir consulté les organisations représentatives des usagers de l'espace aérien et des aéroports qu'il a reconnues, les conditions générales d'exploitation du système européen commun de gestion des courants de trafic aérien prévue à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2, en tenant dûment compte des prérogatives exercées par les Etats dans la gestion de leur espace aérien. Ces conditions générales doivent notamment prévoir les règles applicables, ainsi que les procédures de constatation du non-respect de ces règles;

(e) formule des directives à l'intention de l'Agence, au vu des comptes rendus réguliers fournis par celle-ci, ou chaque fois qu'il le juge nécessaire pour l'accomplissement des tâches confiées à l'Agence, et approuve les modalités de la coopération entre l'Agence et les structures nationales concernées pour permettre à l'Agence de préparer les propositions appropriées;

(f) désigne, sur proposition du Directeur général, la société d'auditeurs-conseil qui prête son concours à la Mission d'audit pour l'examen des comptes de l'ensemble des recettes et des dépenses;

(g) peut demander que les services de l'Agence fassent l'objet d'inspections administratives et techniques;

(h) donne décharge au Directeur général de sa gestion relative au budget;

(i) approuve la nomination par le Directeur général des Directeurs de l'Agence;

(j) approuve le Statut du Directeur général, le Statut administratif du personnel, le Règlement financier et le Règlement des marchés;

(k) peut autoriser l'ouverture par l'Agence de négociations relatives aux accords particuliers visés à l'article 2, adopte les accords négociés avant de les soumettre à l'approbation de l'Assemblée générale ou les conclut s'il bénéficie d'une délégation en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 13;

(l) approuve un Règlement sur la protection des données;

(m) dans l'accomplissement des tâches visées à l'alinéa (f) du paragraphe 1 de l'article 2, fixe les règles et procédures applicables aux normes, spécifications et pratiques relatives aux systèmes et services de gestion de la circulation aérienne.

3. Le Conseil établit une Commission d'examen des performances et une Commission de réglementation de la sécurité. Ces Commissions font des propositions au Conseil et bénéficient de l'assistance et de l'appui administratif des services de l'Agence, qui disposent d'une indépendance suffisante pour exercer leurs fonctions.

4. Le Conseil établit un Comité permanent d'interface civile-militaire.

5. Le Conseil établit une Mission d'audit à laquelle il peut accorder une délégation d'attribution et, dans des limites précises, une délégation de pouvoirs.

6. Der Rat kann sich in anderen Tätigkeitsbereichen der Organisation von weiteren Ausschüssen unterstützen lassen.

7. Der Rat kann dem Ständigen Ausschuss für die Schnittstelle ziviler Bereich/militärischer Bereich und anderen Ausschüssen, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eingesetzt werden, Aufgaben und – im Rahmen einer spezifischen Aufgabenstellung – Befugnisse übertragen. Die Übertragung von Aufgaben oder Befugnissen schließt nicht aus, dass der Rat jederzeit eine bestimmte Frage im Rahmen seiner allgemeinen Aufsichtsaufgabe aufgreifen kann.“

6. Le Conseil peut se faire assister par d'autres comités dans d'autres domaines d'activité de l'Organisation.

7. Le Conseil peut accorder une délégation d'attribution et dans des limites précises, une délégation de pouvoirs au Comité permanent d'interface civile-militaire et à tout comité créé après l'entrée en vigueur de la présente Convention. Ces délégations d'attributions ou de pouvoirs ne font pas obstacle à la faculté pour le Conseil d'évoquer à tout moment une affaire dans le cadre de sa mission de supervision générale.»

Artikel X

Artikel 8 des Übereinkommens wird Artikel 11 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 11

1. Die in Artikel 8 vorgesehene Wägung richtet sich nach folgender Tabelle:

Prozentsatz des Jahresbeitrags einer Vertragspartei im Verhältnis zu den Jahresbeiträgen aller Vertragsparteien	Stimmenzahl
Weniger als 1 %	1
1 bis weniger als 2 %	2
2 bis weniger als 3 %	3
3 bis weniger als 4½ %	4
4½ bis weniger als 6 %	5
6 bis weniger als 7½ %	6
7½ bis weniger als 9 %	7
9 bis weniger als 11 %	8
11 bis weniger als 13 %	9
13 bis weniger als 15 %	10
15 bis weniger als 18 %	11
18 bis weniger als 21 %	12
21 bis weniger als 24 %	13
24 bis weniger als 27 %	14
27 bis weniger als 30 %	15
30 %	16

2. Die anfängliche Festsetzung der Stimmenzahl erfolgt für den Zeitraum ab dem Inkrafttreten des 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls nach der vorstehenden Tabelle entsprechend der Regel über die Festsetzung der Jahresbeiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Organisation in Artikel 10.

3. Beim Beitritt eines Staates wird die Stimmenzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

4. Die Stimmenzahl wird alljährlich nach den obigen Bestimmungen neu festgesetzt.“

Article X

L'article 8 de la Convention devient l'article 11 ainsi rédigé:

«Article 11

1. La pondération prévue à l'article 8 est déterminée selon le tableau suivant:

Pourcentage de la contribution annuelle d'une Partie contractante par rapport aux contributions annuelles de l'ensemble des Parties contractantes	Nombre de voix
Inférieur à 1 %	1
De 1 à moins de 2 %	2
De 2 à moins de 3 %	3
De 3 à moins de 4½ %	4
De 4½ à moins de 6 %	5
De 6 à moins de 7½ %	6
De 7½ à moins de 9 %	7
De 9 à moins de 11 %	8
De 11 à moins de 13 %	9
De 13 à moins de 15 %	10
De 15 à moins de 18 %	11
De 18 à moins de 21 %	12
De 21 à moins de 24 %	13
De 24 à moins de 27 %	14
De 27 à moins de 30 %	15
30 %	16

2. La fixation initiale du nombre de voix est faite, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, par référence au tableau ci-dessus et conformément à la règle de détermination des contributions annuelles des Parties contractantes au budget de l'Organisation qui figure à l'article 10 ci-dessus.

3. En cas d'adhésion d'un Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties contractantes.

4. Il est procédé chaque année à une nouvelle fixation du nombre des voix, selon les dispositions prévues ci-dessus.»

Artikel XI

Artikel 9 des Übereinkommens wird Artikel 12 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 12

Die Generalversammlung und der Rat geben sich eine Geschäftsordnung, in der auch Regeln für die Wahl eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten sowie die Anwendungsregeln für das Abstimmungsverfahren und die Beschlussfähigkeit festgelegt werden.“

Article XI

L'article 9 de la Convention devient l'article 12 ainsi rédigé:

«Article 12

L'Assemblée générale et le Conseil établissent leur Règlement intérieur, qui fixe notamment les règles régissant l'élection d'un Président et d'un Vice-Président, ainsi que les règles d'application de la procédure de scrutin et du quorum.»

Artikel XII

Ein neuer Artikel 9 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 9

1. Notifiziert eine Vertragspartei der Generalversammlung oder dem Rat, dass sie aus zwingenden Gründen nationaler Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen an der Ausführung eines nach Maßgabe des Artikels 8 Absatz 1 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses gehindert ist, so kann sie von diesem Beschluss abweichen; jedoch hat sie der Generalversammlung oder dem Rat die Gründe dafür mitzuteilen und anzugeben, ob

a) es sich um eine Frage handelt, bei der kein Einwand dagegen besteht, dass der Beschluss für die anderen Vertragsparteien wirksam wird, wobei dargelegt werden muss, dass diese Vertragspartei ihrerseits den Beschluss nicht oder nur teilweise ausführen wird;

b) es sich um eine Frage von derart großer Bedeutung für ihre nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen handelt, dass der Beschluss überhaupt nicht umgesetzt werden darf, ohne dass zuvor nach dem in Absatz 2 Buchstabe b beschriebenen Verfahren ein zweiter Beschluss gefasst wird.

2.

a) Findet das Verfahren des Absatzes 1 Buchstabe a Anwendung, so berichtet der Generaldirektor der Generalversammlung oder dem Rat mindestens einmal jährlich über den Fortschritt der Arbeiten, die darauf abzielen, dass keine Vertragspartei abweicht.

b) Findet das Verfahren des Absatzes 1 Buchstabe b Anwendung, so wird die Umsetzung des betreffenden Beschlusses ausgesetzt und dieser wird innerhalb einer zu bestimmenden Frist der Generalversammlung zu einer zweiten Beschlussfassung vorgelegt, selbst wenn es sich bei dem ersten Beschluss um einen Beschluss des Rates handelte. Wird aufgrund der erneuten Prüfung der erste Beschluss durch den zweiten bestätigt, so kann eine Vertragspartei nach Maßgabe des Absatzes 1 Buchstabe a abweichen. Die Generalversammlung überprüft den ersten Beschluss innerhalb eines Zeitraums von höchstens einem Jahr.

3. Im Fall eines Krieges oder eines Konflikts wird die Handlungsfreiheit keiner der beteiligten Vertragsparteien durch dieses Übereinkommen beeinträchtigt. Derselbe Grundsatz gilt für Krisensituationen oder im Fall des Staatsnotstands. Insbesondere kann jede Vertragspartei aus zwingenden Gründen des nationalen Interesses, besonders auf dem Gebiet der Verteidigung, die Verantwortlichkeit für die Flugsicherungsdienste in dem ihrer Zuständigkeit unterstehenden Luftraum vorübergehend wieder ganz oder teilweise übernehmen. Die Architektur des europäischen Flugverkehrs-Managementsystems muss die wirksame Wiederübernahme dieser Dienste entsprechend den Erfordernissen der Vertragsparteien gestatten.“

Artikel XIII

Artikel 10 des Übereinkommens wird gestrichen, und es wird ein neuer Artikel mit folgendem Wortlaut in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 10

1. Der jährliche Beitrag der einzelnen Vertragsparteien zum Haushalt wird für jedes Haushaltsjahr nach folgendem Verteilungsschlüssel bestimmt:

a) ein erster Teil von 30 % des Beitrags wird im Verhältnis der Höhe des Bruttosozialprodukts der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie es in Absatz 2 definiert ist;

Article XII

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 9 ainsi rédigé:

«Article 9

1. Si une Partie contractante notifie à l'Assemblée générale ou au Conseil que des raisons impératives d'intérêt national touchant la défense nationale ou la sécurité l'empêchent de donner suite à une décision prise à la majorité des suffrages exprimés dans les conditions prévues au paragraphe 1 de l'article 8 ci-dessus, elle peut déroger à ladite décision sous réserve de présenter à l'Assemblée générale ou au Conseil un exposé de ces raisons et une déclaration précisant si:

(a) il s'agit d'une question telle qu'il n'y a pas d'objection à ce que la décision prenne effet pour les autres Parties contractantes, étant précisé que pour sa part, ladite Partie contractante n'appliquera pas la décision ou l'appliquera seulement en partie;

(b) il s'agit d'une question d'une importance telle pour ses intérêts nationaux de défense et de sécurité que la décision ne doit pas être mise en œuvre du tout sans la prise d'une seconde décision, selon les modalités énoncées à l'alinéa (b) du paragraphe 2 ci-après.

2.

(a) Dans le cas où les modalités énoncées à l'alinéa (a) du paragraphe 1 sont d'application, le Directeur général rend compte, à l'Assemblée générale ou au Conseil, au moins une fois par an, de l'avancement des travaux visant à ce qu'aucune Partie contractante ne déroge.

(b) Dans le cas où les modalités énoncées à l'alinéa (b) du paragraphe 1 sont d'application, la mise en œuvre de la décision est suspendue et celle-ci est, dans un délai à déterminer, soumise à l'Assemblée générale pour une deuxième décision, même si la première est une décision du Conseil. Si comme suite à ce nouvel examen, la deuxième décision confirme la première, une Partie contractante peut y déroger dans les conditions prévues à l'alinéa (a) du paragraphe 1 ci-dessus. L'Assemblée générale réexaminera la première décision dans un délai ne pouvant excéder un an.

3. En cas de guerre ou de conflit, les dispositions de la présente Convention ne peuvent porter atteinte à la liberté d'action d'aucune des Parties contractantes affectées. Le même principe est d'application en cas de situation de crise ou d'urgence nationale. Chaque Partie contractante peut notamment reprendre temporairement la responsabilité, en tout ou en partie, des services de la circulation aérienne dans l'espace aérien relevant de sa compétence pour des raisons impératives d'intérêt national, notamment dans le domaine de la défense. L'architecture du système européen de gestion de la circulation aérienne doit permettre la reprise effective de ces services en conformité avec les besoins des Parties contractantes.»

Article XIII

L'article 10 de la Convention et abrogé et il est inséré dans la Convention un nouvel article ainsi rédigé:

«Article 10

1. La contribution annuelle de chacune des Parties contractantes au budget est, pour chaque exercice, déterminée selon la formule de répartition ci-après:

(a) une première fraction, à concurrence de 30 % de la contribution, est calculée proportionnellement à la valeur du produit national brut de la Partie contractante tel qu'il est défini au paragraphe 2 ci-dessous;

b) ein zweiter Teil von 70 % des Beitrags wird im Verhältnis der Erhebungsgrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie sie in Absatz 3 definiert ist.

2. Das hierbei zugrunde gelegte Bruttosozialprodukt ergibt sich aus den Statistiken der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder, wenn diese nicht vorliegen, aus denjenigen einer anderen Stelle, die gleichwertige Garantien bietet und aufgrund eines Beschlusses des Rates bezeichnet wurde, indem das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre errechnet wird, für welche diese Statistiken vorliegen. Es handelt sich um das Bruttosozialprodukt nach Faktorkosten und laufenden Preisen in der geeigneten europäischen Rechnungseinheit.

3. Die hierbei angewendete Erhebungsgrundlage für die Flugsicherungs-Streckengebühren ist diejenige, die für das vorletzte Jahr vor dem betreffenden Haushaltsjahr maßgebend war."

(b) une deuxième fraction, à concurrence de 70 % de la contribution, est calculée proportionnellement à la valeur de l'assiette des redevances de route de la Partie contractante telle qu'elle est définie au paragraphe 3 ci-dessous.

2. Le produit national brut qui est pris en compte est celui qui résulte des statistiques établies par l'Organisation de coopération et de développement économiques – ou à défaut par tout organisme offrant des garanties équivalentes et désigné en vertu d'une décision du Conseil – en calculant la moyenne arithmétique des trois dernières années pour lesquelles ces statistiques sont disponibles. Il s'agit du produit national brut au coût des facteurs et aux prix courants exprimé dans l'unité de compte européenne appropriée.

3. L'assiette des redevances de route qui est prise en compte est celle établie pour la pénultième année précédant l'exercice budgétaire en question.»

Artikel XIV

Artikel 11 des Übereinkommens wird Artikel 13 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 13

1. Die Organisation unterhält zu den in Betracht kommenden Staaten und anderen internationalen Organisationen die Beziehungen, die zur Verwirklichung ihres Zieles erforderlich sind.

2. Unbeschadet des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe k, des Absatzes 3 des vorliegenden Artikels und des Artikels 15 ist die Generalversammlung allein dafür zuständig, im Namen der Organisation die besonderen Vereinbarungen zu schließen, die zur Erfüllung der in Artikel 2 vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind.

3. Auf Vorschlag des Rates kann die Generalversammlung diesem die Entscheidung über den Abschluss besonderer Vereinbarungen übertragen, die für die Erfüllung der in Artikel 2 vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind."

Article XIV

L'article 11 de la Convention devient l'article 13 ainsi rédigé:

«Article 13

1. L'Organisation entretient avec les Etats et les autres organisations internationales intéressés les relations utiles à la réalisation de son objet.

2. L'Assemblée générale est, sans préjudice des dispositions de l'alinéa (k) du paragraphe 2 de l'article 7, du paragraphe 3 du présent article et de l'article 15, seule compétente pour conclure au nom de l'Organisation les accords particuliers nécessaires à l'exécution des tâches prévues à l'article 2.

3. L'Assemblée générale peut, sur proposition du Conseil, déléguer à ce dernier la décision de conclure les accords particuliers nécessaires à l'exécution des tâches prévues à l'article 2.»

Artikel XV

Artikel 12 des Übereinkommens wird Artikel 14 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 14

In den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 2 sind die jeweiligen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien der Vereinbarungen sowie die Finanzierungsbedingungen und die zu treffenden Maßnahmen festzulegen. Die Verhandlungen können von der Agentur nach den in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe k festgelegten Regeln geführt werden."

Article XV

L'article 12 de la Convention devient l'article 14 ainsi rédigé:

«Article 14

Les accords particuliers prévus à l'article 2 doivent fixer les tâches, droit et obligations respectifs des Parties aux accords ainsi que les conditions de financement et déterminer les mesures à prendre. Ils peuvent être négociés par l'Agence dans les conditions prévues à l'alinéa (k) du paragraphe 2 de l'article 7.»

Artikel XVI

Artikel 13 des Übereinkommens wird Artikel 15 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 15

Die Agentur kann im Rahmen der vom Rat erteilten Richtlinien die für die Koordinierung des Luftverkehrs und für die Tätigkeit ihrer eigenen Dienste unerlässlichen Verbindungen zu den in Frage kommenden öffentlichen und privaten technischen Diensten der Vertragsparteien, von Nichtvertragsparteien und von internationalen Organen herstellen. Sie kann zu diesem Zweck vorbehaltlich einer Mitteilung an den Rat im Namen der Organisation Verträge ausschließlich verwaltungsmäßiger, technischer oder kaufmännischer Art schließen, soweit dies für ihre Tätigkeit erforderlich ist."

Article XVI

L'article 13 de la Convention devient l'article 15 ainsi rédigé:

«Article 15

Dans le cadre des directives données par le Conseil, l'Agence peut établir avec les services techniques intéressés, publics ou privés, relevant des Parties contractantes, de Parties non contractantes ou d'organismes internationaux, les relations indispensables à la coordination de la circulation aérienne et au fonctionnement de ses propres services. Elle peut conclure à cet effet, au nom de l'Organisation, sous réserve d'en informer le Conseil, des contrats de caractère purement administratif, technique ou commercial dans la mesure où ils sont nécessaires à son fonctionnement.»

Artikel XVII

Artikel 14 des Übereinkommens wird Artikel 16.

Article XVII

L'article 14 de la Convention devient l'article 16.

In der niederländischen Fassung des Artikels 14 Absatz 1 des Übereinkommens, der zu Artikel 16 Absatz 1 wird, wird der Satzteil „de onroerende goederen“ durch „die onroerende goederen“ ersetzt, und in Absatz 2 des genannten Artikels wird das Wort „verreberichtgeving“ durch „telecommunicatie“ ersetzt.

Dans le texte en langue néerlandaise du paragraphe 1 de l'article 14 de la Convention, devenant le paragraphe 1 de l'article 16, les mots «de onroerende goederen» sont remplacés par «die onroerende goederen» et dans le paragraphe 2 dudit article, le mot «verreberichtgeving» est remplacé par «telecommuncatie».

Artikel XVIII

Artikel 15 des Übereinkommens wird Artikel 17 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 17

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben wendet die Agentur die Bestimmungen an, die in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien und in den Lufträumen gelten, für die letzteren die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten durch internationale Übereinkünfte übertragen ist, deren Vertragspartei sie sind.“

Article XVIII

L'article 15 de la Convention devient l'article 17 ainsi rédigé:

«Article 17

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence applique les règlements en vigueur sur les territoires des Parties contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels la fourniture des services de la circulation aérienne leur est confiée en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.»

Artikel XIX

Artikel 16 des Übereinkommens wird Artikel 18 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 18

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben erteilt die Agentur im Rahmen der den Flugsicherungsdiensten übertragenen Befugnisse den verantwortlichen Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den in Artikel 17 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die verantwortlichen Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.“

Article XIX

L'article 16 de la Convention devient l'article 18 ainsi rédigé:

«Article 18

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants de bord toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés à l'article précédent.»

Artikel XX

Artikel 17 des Übereinkommens wird Artikel 20 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 20

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e sowie gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben werden Zuwiderhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Agentur diese Aufgaben wahrnimmt, von Bediensteten, welche die Agentur hierzu besonders beauftragt hat, durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art, das den Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die obengenannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie die Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art befugt sind.“

Article XX

L'article 17 de la Convention devient l'article 20 ainsi rédigé:

«Article 20

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace aérien où l'Agence exerce ces tâches sont constatées dans les procès-verbaux par des agents spécialement commissionnées par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus ont devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.»

Artikel XXI

Die Artikel 18 und 19 des Übereinkommens werden Artikel 21 und 22.

In der englischen Fassung des Artikels 18 Absatz 2, der zu Artikel 21 Absatz 2 wird, werden die Worte „not less“ durch „no less“ ersetzt.

In Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens, der zu Artikel 22 Absatz 1 wird, werden die Worte „die Organisation ist in dem Staat, in dem sie ihren Sitz hat, und im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien“ durch „Die Organisation ist im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien“ ersetzt.

In Artikel 19 Absatz 3 des Übereinkommens, der zu Artikel 22 Absatz 3 wird, werden die Worte „für sich selbst, ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und Einkünfte“ durch „für sich selbst sowie für ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und ihre Einkünfte“ ersetzt.

Article XXI

Les articles 18 et 19 de la Convention deviennent les articles 21 et 22.

Dans le texte en langue anglaise du paragraphe 2 de l'Article 18 de la Convention, devenant le paragraphe 2 de l'Article 21, les mots «not less» sont remplacés par «no less».

Dans le paragraphe 1 de l'article 19 de la Convention, devenant le paragraphe 1 de l'article 22, les mots «L'Organisation est exonérée, dans l'Etat du siège et sur le territoire des Parties contractantes,» sont remplacés par «L'Organisation est exonérée sur le territoire des Parties contractantes,».

Dans le paragraphe 3 de l'article 19 de Convention, devenant le paragraphe 3 de l'article 22, les mots «à ses biens, avoirs et revenus» sont remplacés par «ainsi qu'à ses biens, avoirs et revenus».

In der englischen Fassung des Artikels 19 Absätze 2, 3 und 4 des Übereinkommens, der zu Artikel 22 Absätze 2, 3 und 4 wird, werden die Worte „The Organisation shall be“ durch „It shall be“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 19 Absatz 6 des Übereinkommens, der zu Artikel 22 Absatz 6 wird, werden die Worte „öffentlicher Versorgungsbetriebe“ durch „der öffentlichen Versorgung“ ersetzt, und in der englischen Fassung des genannten Absatzes 6 werden die Worte „for public utility services“ durch „for general utilities“ ersetzt.

Dans le texte en langue anglaise des paragraphes 2, 3, et 4 de l’article 19 de la Convention devenant les paragraphes 2, 3 et 4 de l’article 22, les mots «The Organisation shall be» sont remplacés par «It shall be».

Dans le texte en langue allemande du paragraphe 6 de l’article 19 de la Convention, devenant le paragraphe 6 de l’article 22, les mots «öffentlicher Versorgungsbetriebe» sont remplacés par «der öffentlichen Versorgung» et dans le texte en langue anglaise dudit paragraphe 6, les mots «for public utility services» sont remplacés par «for general utilities».

Artikel XXII

Ein neuer Artikel 19 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 19

1. Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen Aufgaben bestimmt die Organisation gemäß den in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d vorgesehenen allgemeinen Bedingungen die erforderlichen Regelungsmaßnahmen und teilt sie den Luftfahrzeughaltern und den entsprechenden Flugsicherungsdiensten mit. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Luftfahrzeughalter, verantwortlichen Luftfahrzeugführer und entsprechenden Flugsicherungsdienste diese Maßnahmen beachten, es sei denn, dass zwingende Sicherheitsgründe sie daran hindern.

2. Für die Beachtung der in Absatz 1 genannten allgemeinen Bedingungen oder Regelungsmaßnahmen durch die Flugsicherungsdienste einer Vertragspartei ist ausschließlich diese Vertragspartei verantwortlich.

3. Bei Nichtbeachtung der in Absatz 1 genannten allgemeinen Bedingungen oder Regelungsmaßnahmen durch einen Luftfahrzeughalter oder verantwortlichen Luftfahrzeugführer kann auf Ersuchen der Organisation das Verfahren zur Verfolgung eines Zuwiderhandelnden eingeleitet werden

a) von der Vertragspartei, bei der die Nichtbeachtung festgestellt wurde, in ihrem Hoheitsgebiet;

b) von der Organisation entsprechend den in Artikel 35 festgelegten Zuständigkeiten, wenn die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Verfahren eingeleitet werden soll, damit einverstanden ist.

4. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, in ihr innerstaatliches Recht Bestimmungen aufzunehmen, welche die Beachtung der in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d vorgesehenen allgemeinen Bedingungen sicherstellen.“

Article XXII

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 19 ainsi rédigé:

«Article 19

1. Dans l’exercice des tâches prévues à l’alinéa (e) du paragraphe 1 de l’article 2, l’Organisation détermine, conformément aux conditions générales prévues à l’alinéa (d) du paragraphe 2 de l’article 7, les mesures de régulation nécessaires, et les communique aux exploitants d’aéronefs et aux services appropriés de la circulation aérienne. Les Parties contractantes veillent à ce que les exploitants d’aéronefs, les commandants de bord et les services appropriés de la circulation aérienne se conforment à ces mesures, sauf raisons impérieuses de sécurité.

2. Le respect, par les services de la circulation aérienne d’une Partie contractante, des conditions générales ou des mesures de régulation mentionnées au paragraphe 1 du présent article relève de la responsabilité exclusive de ladite Partie contractante.

3. A la requête de l’Organisation, en cas d’inobservation des conditions générales ou des mesures de régulation mentionnées au paragraphe 1 du présent article par un exploitant d’aéronef ou un commandant de bord, la procédure de poursuite d’un contrevenant peut être engagée:

(a) par la Partie contractante où l’inobservation a été constatée, sur son territoire;

(b) par l’Organisation conformément aux chefs de compétence énoncés à l’article 35, si la Partie contractante sur le territoire de laquelle la procédure doit être engagée en est d’accord.

4. Les Parties contractantes sont tenues d’incorporer dans leur législation nationale des dispositions assurant le respect des conditions générales prévues à l’alinéa (d) du paragraphe 2 de l’article 7.»

Artikel XXIII

Die Artikel 20, 21, 22 und 23 des Übereinkommens werden Artikel 23, 24, 25 und 26.

In der französischen Fassung des Artikels 20 Absatz 1 des Übereinkommens, der zu Artikel 23 Absatz 1 wird, werden die Worte „tous droits de douane et taxes d’effet équivalent, autres que des redevances ou impositions représentatives de services rendus“ durch „tous droits de douane et taxes ou redevances d’effet équivalent, autres que des redevances représentatives de services rendus“ ersetzt.

In Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens, der zu Artikel 23 Absatz 2 wird, werden in der englischen Fassung die Worte „in the territory of the State into which“ durch „in the territory of the Contracting Party into which“ und in der französischen Fassung die Worte „sur le territoire de la Partie dans laquelle“ durch „sur le territoire de la Partie contractante dans laquelle“ sowie die Worte „à moins que ce ne soit dans des conditions“ durch „sauf dans les conditions“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 20 Absatz 3 des Übereinkommens, der zu Artikel 23 Absatz 3 wird, werden die Worte „wurden, an diese ausgeliefert und für ihre Liegenschaften, ihre

Article XXIII

Les articles 20, 21, 22 et 23 de la Convention deviennent les articles 23, 24, 25 et 26.

Dans le texte en langue française du paragraphe 1 de l’article 20 de la Convention, devenant le paragraphe 1 de l’article 23, les mots «tous droits de douane et taxes d’effet équivalent, autres que des redevances ou impositions représentatives de services rendus» sont remplacés par «tous droits de douane et taxes ou redevances d’effet équivalent, autres que des redevances représentatives de services rendus».

Dans le paragraphe 2 de l’article 20 de la Convention, devenant le paragraphe 2 de l’article 23, les mots «sur le territoire de la Partie dans laquelle» sont remplacés par «sur le territoire de la Partie contractante dans laquelle» et dans le texte en langue française dudit paragraphe 2, les mots «à moins que ce ne soit, dans des conditions» sont remplacées par «sauf dans les conditions».

Dans le texte en langue allemande du paragraphe 3 de l’article 20 de la Convention, devenant le paragraphe 3 de l’article 23, les mots «wurden, an diese ausgeliefert und für ihre Liegenschaften,

dienstlichen Anlagen“ durch „wurden, tatsächlich an diese ausgeliefert und für ihre dienstlichen Liegenschaften oder Anlagen“ ersetzt.

In Artikel 20 Absatz 4 des Übereinkommens, der zu Artikel 23 Absatz 4 wird, werden die Worte „ist ferner von“ durch „ist von“ ersetzt, und die Bezugnahme auf Artikel 25 der Satzung wird durch eine Bezugnahme auf Artikel 13 der Satzung ersetzt; in der niederländischen Fassung des genannten Absatzes 4 wird das Wort „publikaties“ durch „publicaties“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 22 Absatz 2 des Übereinkommens, der zu Artikel 25 Absatz 2 wird, werden die Worte „die in den Haushalten des Personals lebenden“ durch „die mit dem Personal im gemeinsamen Haushalt lebenden“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 22 Absatz 3 Buchstabe a des Übereinkommens, der zu Artikel 25 Absatz 3 Buchstabe a wird, werden die Worte „in seinen Haushalten lebenden“ durch „mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 22 Absatz 5 Buchstabe b des Übereinkommens, der zu Artikel 25 Absatz 5 Buchstabe b wird, werden die Worte „seine Kraftfahrzeuge“ durch „sein privates Kraftfahrzeug“ ersetzt.

In der französischen Fassung des Artikels 22 Absatz 7 des Übereinkommens, der zu Artikel 25 Absatz 7 wird, werden die Worte „Directeur Général“ durch „Directeur général“ ersetzt; in der englischen Fassung des genannten Absatzes 7 werden die Worte „done by him in the exercise of his functions“ und „driven by him“ durch „done by him/her in the exercise of his/her functions“ beziehungsweise „driven by him/her“ ersetzt, und in der deutschen Fassung des genannten Absatzes 7 werden die Worte „Vorrechten, Erleichterungen und Befreiungen“ durch „Vorrechten, Befreiungen und Erleichterungen“ ersetzt.

In der deutschen Fassung des Artikels 23 des Übereinkommens, der zu Artikel 26 wird, wird das Wort „Tagungsort“ durch „Sitzungsort“ ersetzt.

Artikel XXIV

Artikel 24 des Übereinkommens wird Artikel 27 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 27

Aufgrund des der Organisation eigenen Systems der Sozialen Sicherheit sind die Organisation, der Generaldirektor und das Personal unbeschadet der zwischen der Organisation und einer Vertragspartei bei Inkrafttreten des 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls bestehenden Regelung von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit.“

Artikel XXV

Artikel 25 des Übereinkommens wird Artikel 28.

Artikel XXVI

Artikel 26 des Übereinkommens wird Artikel 29. Absatz 2 erhält folgenden Wortlaut:

„2. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation können nur aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein. Diese gerichtliche Entscheidung kann nur unter der Bedingung ergehen, dass die Organisation vorab mit einer ausreichenden Frist von dem entsprechenden Verfahren unterrichtet wurde und dass ihr angemessene Mittel zu ihrer Verteidigung zur Verfügung standen. Die Anlagen der Organisation können jedoch weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein.“

ihre dienstlichen Anlagen» sont remplacés par «wurden, tatsächlich an diese ausgeliefert und für ihre dienstlichen Liegenschaften oder Anlagen».

Dans le paragraphe 4 de l’article 20 de la Convention, devenant le paragraphe 4 de l’article 23, les mots «est en outre exonérée» sont remplacés par «est exonérée» et la référence à l’article 25 des Statuts est remplacée par une référence à l’article 13 des Statuts; dans le texte en langue néerlandaise dudit paragraphe 4, le mot «publikaties» est remplacé par «publicaties».

Dans le texte en langue allemande du paragraphe 2 de l’article 22 de la Convention, devenant le paragraphe 2 de l’article 25, les mots «die in den Haushalten des Personals lebenden» sont remplacés par «die mit dem Personal im gemeinsamen Haushalt lebenden».

Dans le texte en langue allemande de l’alinéa (a) du paragraphe 3 de l’article 22 de la Convention, devenant l’alinéa (a) du paragraphe 3 de l’article 25, les mots «in seinen Haushalten lebenden» sont remplacés par «mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden».

Dans le texte en langue allemande de l’alinéa (b) du paragraphe 5 de l’article 22 de la Convention, devenant l’alinéa (b) du paragraphe 5 de l’article 25, les mots «seine Kraftfahrzeuge» sont remplacés par «sein privates Kraftfahrzeug».

Dans le texte en langue française du paragraphe 7 de l’article 22 de la Convention, devenant le paragraphe 7 de l’article 25, les mots «Directeur Général» sont remplacés par «Directeur général»; dans le texte en langue anglaise dudit paragraphe 7, les mots «done by him in the exercise of his functions» et «driven by him» sont remplacés par «done by him/her in the exercise of his/her functions» et «driven by him/her» et dans le texte en langue allemande dudit paragraphe 7, les mots «Vorrechten, Erleichterungen und Befreiungen» sont remplacés par «Vorrechten, Befreiungen und Erleichterungen».

Dans le texte en langue allemande de l’article 23 de la Convention, devenant l’article 26, le mot «Tagungsort» est remplacé par «Sitzungsort».

Article XXIV

L’article 24 de la Convention devient l’article 27 ainsi rédigé:

«Article 27

En raison de son régime propre de prévoyance sociale, l’Organisation, le Directeur général et le personnel de l’Organisation sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, sans préjudice des arrangements existant entre l’Organisation et une Partie contractante lors de l’entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997.»

Article XXV

L’article 25 de la Convention devient l’article 28.

Article XXVI

L’article 26 de la Convention devient l’article 29. Son paragraphe 2 est remplacé par les dispositions suivantes:

«2. Les biens et avoirs de l’Organisation ne peuvent être saisis ni faire l’objet de mesures d’exécution forcée, si ce n’est par décision de justice. Cette décision de justice ne pourra être prise qu’à la condition que l’Organisation ait été informée dans un délai raisonnable de la procédure en question et qu’elle ait pu disposer de moyens adéquats pour développer sa défense. Toutefois, les installations de l’Organisation ne peuvent être saisies ni faire l’objet de mesures d’exécution forcée.»

In der französischen Fassung des Artikels 26 Absatz 3 des Übereinkommens, der zu Artikel 29 Absatz 3 wird, werden die Worte „dans leur territoire respectif“ durch „sur leur territoire respectif“ und die Worte „Directeur Général“ durch „Directeur général“ ersetzt.

Dans le texte en langue française du paragraphe 3 de l’article 26 de la Convention, devenant le paragraphe 3 de l’article 29, les mots «dans leur territoire respectif» sont remplacés par «sur leur territoire respectif» et les mots «Directeur Général» par «Directeur général».

Artikel XXVII

Artikel 27 des Übereinkommens wird Artikel 30.

In der deutschen Fassung des Artikels 27 Absatz 1 des Übereinkommens, der zu Artikel 30 Absatz 1 wird, werden die Worte „um die reibungslose Ausübung der Gerichtsbarkeit“ durch „um die ordnungsgemäße Rechtspflege“ und die Worte „Vorrechte, Befreiungen, Ausnahmen oder Erleichterungen“ durch „Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen oder Erleichterungen“ ersetzt; in der englischen Fassung des genannten Absatzes 1 werden die Worte „in the present Convention“ durch „in this Convention“ ersetzt.

Article XXVII

L’article 27 de la Convention devient l’article 30.

Dans le texte en langue allemande du paragraphe 1 de l’article 27 de la Convention, devenant le paragraphe 1 de l’article 30, les mots «um die reibungslose Ausübung der Gerichtsbarkeit» sont remplacés par «um die ordnungsgemäße Rechtspflege» et les mots «Vorrechte, Befreiungen, Ausnahmen oder Erleichterungen» par «Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen oder Erleichterungen» et dans le texte en langue anglaise dudit paragraphe 1, les mots «in the present Convention» sont remplacés par «in this Convention».

Artikel XXVIII

Artikel 28 des Übereinkommens wird Artikel 31 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 31

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e und gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben sind die internationalen Übereinkünfte und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der betreffenden Vertragsparteien für die Agentur verbindlich; diese trifft alle für die Anwendung dieser Übereinkünfte und Vorschriften notwendigen Maßnahmen.“

Article XXVIII

L’article 28 de la Convention devient l’article 31 ainsi rédigé:

«Article 31

Dans l’exercice des tâches prévues à l’alinéa (e) du paragraphe 1 de l’article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l’alinéa (b) du paragraphe 2 de l’article 2 les accords internationaux et les réglementations nationales relatives à l’accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties contractantes concernées sont obligatoires pour l’Agence qui prend toutes mesures nécessaires à leur application.»

Artikel XXIX

Artikel 29 des Übereinkommens wird Artikel 32 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 32

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e und gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben ist die Agentur verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, von denen sie in Ausübung ihrer Tätigkeit in Bezug auf den Luftraum der betreffenden Vertragspartei Kenntnis erhält, damit die betreffenden Vertragsparteien die Anwendung der internationalen Übereinkünfte und der innerstaatlichen Vorschriften überwachen können.“

Article XXIX

L’article 29 de la Convention devient l’article 32 ainsi rédigé:

«Article 32

Dans l’exercice des tâches prévues à l’alinéa (e) du paragraphe 1 de l’article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l’alinéa (b) du paragraphe 2 de l’article 2, l’Agence est tenue de donner aux Parties contractantes qui en formulent la demande toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l’exercice de ses fonctions liées à l’espace aérien de la Partie contractante concernée, afin de permettre auxdites Parties contractantes concernées de contrôler l’application des accords internationaux et des réglementations nationales.»

Artikel XXX

Artikel 30 des Übereinkommens wird Artikel 33 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 33

Die Vertragsparteien erkennen an, dass die Agentur ihr finanzielles Gleichgewicht erlangen muss, und verpflichten sich, ihr in den Grenzen und zu den Bedingungen, die in diesem Übereinkommen und in der als Anlage I beigefügten Satzung der Agentur festgelegt sind, angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.“

Article XXX

L’article 30 de la Convention devient l’article 33 ainsi rédigé:

«Article 33

Les Parties contractantes reconnaissent la nécessité pour l’Agence de réaliser son équilibre financier, et s’engagent à mettre à sa disposition les moyens financiers appropriés dans les limites et conditions définies par la présente Convention et les Statuts de l’Agence figurant en Annexe I.»

Artikel XXXI

Artikel 31 des Übereinkommens wird Artikel 34 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 34

1. Jede Streitigkeit, die zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien oder zwischen einer oder mehreren Vertragsparteien und der Organisation über die Auslegung, Anwendung oder

Article XXXI

L’article 31 de la Convention devient l’article 34 ainsi rédigé:

«Article 34

1. Tout différend survenant entre deux Parties contractantes ou davantage, ou entre une ou plusieurs Parties contractantes et l’Organisation, au sujet de l’interprétation, de l’application ou de

Durchführung dieses Übereinkommens, insbesondere hinsichtlich seines Bestehens, seiner Gültigkeit oder seiner Beendigung, entsteht und die nicht innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten durch unmittelbare Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden kann, wird einem Schiedsverfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag nach dessen fakultativen Verfahrensregeln unterworfen.

2. Die Zahl der Schiedsrichter wird auf drei festgesetzt.

3. Das Schiedsverfahren findet in Den Haag statt. Das Internationale Büro des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag dient als Geschäftsstelle und leistet entsprechend den Weisungen des Ständigen Schiedsgerichtshofs Verwaltungsdienste.

4. Die Entscheidungen des Ständigen Schiedsgerichtshofs sind für die Streitparteien bindend.“

Artikel XXXII

Die Artikel 32 und 33 des Übereinkommens werden gestrichen.

Artikel XXXIII

Artikel 34 des Übereinkommens wird Artikel 37 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 37

Die Vertragsparteien verpflichten sich, zugunsten der Agentur diejenigen geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden, durch welche die ununterbrochene Tätigkeit der öffentlichen Versorgungsdienste sichergestellt werden soll, die für das reibungslose Funktionieren der Betriebsdienste erforderlich ist.“

Artikel XXXIV

Artikel 35 des Übereinkommens wird Artikel 38 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 38

1. Die Geltungsdauer dieses Übereinkommens in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung wird auf unbestimmte Zeit verlängert.

2. Nachdem das so verlängerte Übereinkommen zwanzig Jahre in Kraft war, kann jede Vertragspartei das Übereinkommen für sich durch eine schriftliche Notifikation an die Regierung des Königreichs Belgien beenden, welche die Regierungen der anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens von dieser Notifikation in Kenntnis setzt.

Der Rücktrittsbeschluss wird zum Ende des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem der Rücktritt notifiziert wurde, sofern die in Absatz 3 genannte besondere Vereinbarung bis dahin geschlossen wurde. Andernfalls wird der Rücktrittsbeschluss zu dem in der besonderen Vereinbarung festgelegten Zeitpunkt wirksam.

3. Die Rechte und Pflichten der zurücktretenden Vertragspartei, insbesondere solche finanzieller Art, werden in einer besonderen Vereinbarung zwischen der betreffenden Vertragspartei und der Organisation festgelegt.

Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen, wobei die zurücktretende Vertragspartei nicht an der Abstimmung teilnimmt.

4. Die Organisation kann auf Beschluss der Generalversammlung, der mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefasst wird, aufgelöst werden, wenn die Zahl der Vertragsparteien auf weniger als 50 % der Unterzeichnerparteien des genannten Protokolls von 1997 sinkt.

l’exécution de la présente Convention, notamment en ce qui concerne son existence, sa validité ou sa résiliation, qui n’aura pu être réglé dans un délai de six mois par voie de négociations directes ou par tout autre mode de règlement, est soumis à l’arbitrage de la Cour permanente d’arbitrage de La Haye, conformément au Règlement facultatif d’arbitrage de ladite Cour.

2. Le nombre d’arbitres est fixé à trois.

3. L’arbitrage a lieu à La Haye. Le Bureau international de la Cour permanente d’arbitrage sert de greffe et fournit des services administratifs suivant les instructions données par la Cour permanente d’arbitrage.

4. Les décisions de la Cour permanente d’arbitrage sont obligatoires pour les Parties au différend.»

Article XXXII

Les articles 32 et 33 de la Convention sont abrogés.

Article XXXIII

L’article 34 de la Convention devient l’article 37 ainsi rédigé:

«Article 37

Les Parties contractantes s’engagent à faire bénéficier l’Agence des dispositions légales en vigueur visant à sauvegarder la continuité des services d’utilité générale nécessaires pour le bon fonctionnement des services opérationnels.»

Article XXXIV

L’article 35 de la Convention devient l’article 38 ainsi rédigé:

«Article 38

1. La présente Convention, telle qu’amendée par le Protocole du 12 février 1981, puis par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, est prorogée pour une durée indéterminée.

2. Après que la Convention ainsi prorogée aura été en vigueur pendant vingt ans, toute Partie contractante pourra mettre fin en ce qui la concerne à l’application de la Convention par une notification écrite au gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les gouvernements des autres Etats contractants.

La décision de retrait prendra effet à la fin de l’année suivant celle au cours de laquelle le retrait a été notifié, à condition que l’accord particulier prévu au paragraphe 3 ci-dessous ait été conclu à cette date. A défaut, la décision de retrait prendra effet à la date fixée dans ledit accord particulier.

3. Les droits et obligations, notamment en matière financière, de la Partie contractante se retirant seront déterminés dans un accord particulier conclu entre celle-ci et l’Organisation.

Cet accord devra être approuvé à l’unanimité des suffrages exprimés par l’Assemblée générale, la Partie contractante se retirant ne participant pas au vote.

4. L’Organisation peut être dissoute si le nombre des Parties contractantes se réduit à moins de 50 % des Parties signataires du Protocole de 1997 précité, sous réserve d’une décision de l’Assemblée générale statuant à l’unanimité des suffrages exprimés.

5. Wird die Organisation nach Absatz 4 aufgelöst, so bestehen ihre Rechtspersönlichkeit und ihre Rechtsfähigkeit im Sinne des Artikels 4 für die Zwecke ihrer Liquidation fort.“

5. Si, en application de ce qui précède, l’Organisation est dissoute, sa personnalité et sa capacité juridiques, au sens de l’article 4, subsistent pour les besoins de sa liquidation.»

Artikel XXXV

Ein neuer Artikel 35 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 35

1. Unbeschadet der Anwendung der Bestimmungen der Anlage IV über die Zwangseinziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren sind für Streitigkeiten, die sich zwischen der Organisation, vertreten durch den Generaldirektor der Agentur, und natürlichen oder juristischen Personen bezüglich der Anwendung von Rechtsakten der Organisation ergeben, ausschließlich die Gerichte der Vertragsparteien zuständig.

2. Unbeschadet der Anwendung der Bestimmungen der Anlage IV über die Zwangseinziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren wird das Verfahren in der Vertragspartei anhängig gemacht, in der

a) der Beklagte seinen Wohnsitz oder Sitz hat;

b) der Beklagte eine Geschäftsniederlassung hat, falls sich sein Wohnsitz oder Sitz nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei befindet;

c) der Beklagte Vermögenswerte besitzt, falls keine der unter den Buchstaben a und b genannten Zuständigkeiten begründet ist;

d) EUROCONTROL ihren Sitz hat, falls keine der unter den Buchstaben a bis c genannten Zuständigkeiten begründet ist.“

Article XXXV

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 35 ainsi rédigé:

«Article 35

1. Sans préjuger de l’application des dispositions de l’Annexe IV en matière de recouvrement forcé des redevances de route, les juridictions des Parties contractantes sont seules compétentes pour connaître des différends qui pourront naître entre l’Organisation, représentée par le Directeur général de l’Agence, et toute personne physique ou morale, relatifs à l’application des actes émanant de l’Organisation.

2. Sans préjudice de l’application des dispositions de l’Annexe IV en matière de recouvrement forcé des redevances de route, la procédure est engagée dans la Partie contractante:

(a) où le défendeur a son domicile ou son siège;

(b) où le défendeur a un établissement commercial si son domicile ou son siège ne sont pas situés sur le territoire d’une Partie contractante;

(c) où le défendeur possède des avoirs, en l’absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) et (b) ci-dessus;

(d) où EUROCONTROL a son siège, en l’absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) à (c) ci-dessus.»

Artikel XXXVI

Artikel 36 des Übereinkommens wird Artikel 39 und erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 39

1. Voraussetzung für den Beitritt zu diesem Übereinkommen in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung ist im Fall der Staaten, die das letztgenannte Protokoll nicht unterzeichnet haben, die Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen.

2. Der Beschluss, dem Beitritt zuzustimmen, wird dem Nichtunterzeichnerstaat vom Präsidenten der Generalversammlung notifiziert.

3. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die Regierungen der anderen Staaten hiervon unterrichtet, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

4. Der Beitritt wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.“

Article XXXVI

L’article 36 de la Convention devient l’article 39 ainsi rédigé:

«Article 39

1. L’adhésion à la présente Convention, telle qu’amendée par le Protocole du 12 février 1981 et par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, de tout Etat non signataire de ce dernier Protocole, est subordonnée à l’accord de l’Assemblée générale statuant à l’unanimité des suffrages exprimés.

2. La décision d’accepter l’adhésion est notifiée à l’Etat non signataire par le Président de l’Assemblée générale.

3. L’instrument d’adhésion est déposé auprès du gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les gouvernements des autres Etats signataires et adhérents.

4. L’adhésion prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l’instrument d’adhésion.»

Artikel XXXVII

Ein neuer Artikel 36 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 36

1. Änderungen, die zu den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Bedingungen an der in Anlage I enthaltenen Satzung der Agentur und an Artikel 16 und folgenden der in Anlage IV enthaltenen Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem vorgenommen werden, sind im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien gültig und rechtswirksam.

2. Die in Anlage III enthaltenen steuerlichen Bestimmungen und die Artikel 1 bis 15 der in Anlage IV enthaltenen Bestimmun-

Article XXXVII

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 36 ainsi rédigé:

«Article 36

1. Les amendements apportés dans les conditions prévues à la présente Convention, aux Statuts de l’Agence figurant en Annexe I et aux articles 16 et suivants des dispositions relatives au système commun de redevances de route figurant en Annexe IV sont valables et ont effet sur le territoire des Parties contractantes.

2. Les dispositions fiscales figurant en Annexe III et les articles 1 à 15 inclus des dispositions relatives au système

gen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem dürfen von der Generalversammlung nicht geändert werden.

3. Jede Vertragspartei ist für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet ab dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens, durch Anlage IV gebunden. Diese Dauer verlängert sich ohne Weiteres um jeweils fünf Jahre. Eine Vertragspartei, die der Generalversammlung mindestens zwei Jahre vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums schriftlich notifiziert, dass sie keine Verlängerung wünscht, ist nach Ablauf des jeweiligen Fünfjahreszeitraums durch Anlage IV nicht mehr gebunden.

4. Die Rechte und Pflichten der zurücktretenden Vertragspartei können, falls erforderlich, in einer besonderen Vereinbarung zwischen der betreffenden Vertragspartei und der Organisation festgelegt werden.

Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen, wobei die zurücktretende Vertragspartei nicht an der Abstimmung teilnimmt.

5. Eine Vertragspartei, die durch Anlage IV nicht mehr gebunden ist, kann bei der Generalversammlung jederzeit schriftlich beantragen, wieder durch Anlage IV gebunden zu sein. Die betreffende Vertragspartei ist nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet ab dem Tag, an dem die Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen der am gemeinsamen System teilnehmenden Vertragsparteien diesem Antrag stattgibt, erneut durch Anlage IV gebunden. Sie ist für die Dauer von fünf Jahren durch Anlage IV gebunden, gerechnet ab dem Tag, an dem sie erneut gebunden wird. Diese Dauer verlängert sich ohne Weiteres entsprechend den in Absatz 3 genannten Bedingungen."

Artikel XXXVIII

Ein neuer Artikel 40 mit folgendem Wortlaut wird in das Übereinkommen eingefügt:

„Artikel 40

1. Dieses Übereinkommen in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung steht Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen; die Bedingungen für einen solchen Beitritt sind zwischen den Vertragsparteien und den betreffenden Organisationen, in denen ein oder mehrere Unterzeichnerstaaten Mitglied sind, zu vereinbaren und in ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen aufzunehmen.

2. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die anderen Vertragsparteien hiervon unterrichtet.

3. Der Beitritt einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt, sofern das in Absatz 1 genannte Zusatzprotokoll in Kraft getreten ist."

Artikel XXXIX

Die Anlage I zum Übereinkommen betreffend die Satzung der Agentur wird durch Anlage I zur Neufassung des Übereinkommens ersetzt, die dem 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokoll beigefügt ist.

Artikel XL

Die Anlage II zum Übereinkommen betreffend die Fluginformationsgebiete (Artikel 3 des Übereinkommens) wird durch Anlage II zur Neufassung des Übereinkommens ersetzt, die dem 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokoll beigefügt ist.

commun de redevances de route figurant en Annexe IV ne sont pas susceptibles de modification par l'Assemblée générale.

3. Chaque Partie contractante est liée par l'Annexe IV pour une durée de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Cette durée de cinq ans est automatiquement prorogée par périodes de cinq années. La Partie contractante qui a notifié par écrit à l'Assemblée générale, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours, qu'elle ne souhaite pas de prorogation n'est plus liée par l'Annexe IV à l'expiration de cette période.

4. Les droits et obligations de la Partie contractante se retirant peuvent être déterminés si nécessaire dans un accord particulier conclu entre celle-ci et l'Organisation.

Cet accord devra être approuvé à l'unanimité des suffrages exprimés par l'Assemblée générale, la Partie contractante se retirant ne participant pas au vote.

5. La Partie contractante qui n'est plus liée par l'Annexe IV peut à tout moment notifier à l'Assemblée générale, par écrit, son souhait d'être liée à nouveau par les dispositions de l'Annexe IV. La Partie contractante en question est à nouveau liée par l'Annexe IV six mois à compter du jour où l'Assemblée générale, statuant à l'unanimité des suffrages exprimés des Parties contractantes participant au système commun, aura accepté cette demande. Ladite Partie contractante est liée par l'Annexe IV pour une durée de cinq ans à compter du jour où elle est à nouveau liée par l'Annexe IV. Cette durée est prorogée automatiquement dans les mêmes conditions que celles énoncées au paragraphe 3 ci-dessus.»

Article XXXVIII

Il est inséré dans la Convention un nouvel article 40 ainsi rédigé:

«Article 40

1. L'adhésion à la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole du 12 février 1981 et par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, est ouverte aux organisations régionales d'intégration économique, aux conditions dont conviendront les Parties contractantes et ces organisations, dont un ou plusieurs Etats signataires sont membres, ces conditions devant figurer dans un Protocole additionnel à la Convention.

2. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du gouvernement du Royaume de Belgique, qui en avisera les autres Parties.

3. L'adhésion d'une organisation régionale d'intégration économique prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion, pour autant que le Protocole additionnel mentionné au paragraphe 1 soit entré en vigueur.»

Article XXXIX

L'Annexe I à la Convention, relative aux Statuts de l'Agence, est remplacée par l'Annexe I à la version coordonnée du texte de la Convention qui figure en annexe au Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997.

Article XL

L'Annexe II à la Convention, relative aux Régions d'information de vol (Article 3 de la Convention), est remplacée par l'Annexe II à la version coordonnée du texte de la Convention qui figure en annexe au Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997.

Artikel XLI

Die Anlage III (Steuerliche Bestimmungen) zur Neufassung des Übereinkommens, die dem 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokoll beigefügt ist, wird Anlage III zum Übereinkommen.

Artikel XLII

Die Anlage IV (Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem) zur Neufassung des Übereinkommens, die dem 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokoll beigefügt ist, wird Anlage IV zum Übereinkommen.

Article XLI

L'Annexe III (Dispositions fiscales) à la version coordonnée du texte de la Convention qui figure en annexe au Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, constitue l'Annexe III à la Convention.

Article XLII

L'Annexe IV (Dispositions relatives au système commun de redevances de route) à la version coordonnée du texte de la Convention qui figure en annexe au Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, constitue l'Annexe IV à la Convention.

Anlage 2 zur Schlussakte

Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen

Die Bundesrepublik Deutschland,

die Republik Österreich,

das Königreich Belgien,

die Republik Bulgarien,

die Republik Zypern,

die Republik Kroatien,

das Königreich Dänemark,

das Königreich Spanien,

die Französische Republik,

das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,

die Hellenische Republik,

die Republik Ungarn,

Irland,

die Italienische Republik,

das Großherzogtum Luxemburg,

die Republik Malta,

das Fürstentum Monaco,

das Königreich Norwegen,

das Königreich der Niederlande,

die Portugiesische Republik,

Rumänien,

die Slowakische Republik,

die Republik Slowenien,

das Königreich Schweden,

die Schweizerische Eidgenossenschaft,

die Tschechische Republik,

die Republik Türkei –

in der Erwägung, dass die Zunahme des Luftverkehrs und die Notwendigkeit, das nationale politische Vorgehen der einzelnen Staaten in Europa auf europäischer Ebene zu zentralisieren, sowie die technische Entwicklung im Luftverkehr eine Revision des durch das Änderungsprotokoll vom 12. Februar 1981 geänderten Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ erforderlich machen, um die Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems für die Kontrolle des allgemeinen Flugverkehrs im europäischen Luftraum, auf Flughäfen und in deren Umgebung zu erreichen;

Annexe 2 à l’Acte final

Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960 suite aux différentes modifications intervenues

La République fédérale d’Allemagne,

la République d’Autriche,

le Royaume de Belgique,

la République de Bulgarie,

la République de Chypre,

la République de Croatie,

le Royaume du Danemark,

le Royaume d’Espagne,

la République française,

le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d’Irlande du Nord,

la République hellénique,

la République de Hongrie,

l’Irlande,

la République italienne,

le Grand-Duché de Luxembourg,

la République de Malte,

la Principauté de Monaco,

le Royaume de Norvège,

le Royaume des Pays-Bas,

la République portugaise,

la Roumanie,

la République slovaque,

la République de Slovénie,

le Royaume de Suède,

la Confédération suisse,

la République tchèque,

la République de Turquie,

Considérant que l’accroissement du trafic aérien, la nécessité de centraliser au niveau européen les actions politiques nationales de chaque Etat européen et l’évolution technologique de la circulation aérienne exigent une révision de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, amendée par le Protocole modificatif du 12 février 1981, à l’effet de créer un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne pour le contrôlé de la circulation aérienne générale dans l’espace aérien européen et sur le site et aux alentours des aéroports;

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Rahmen der EUROCONTROL mit dem Ziel der wirksamen Organisation und des sicheren Managements des Luftraums sowohl für zivile als auch für militärische Benutzer und gestützt auf das grundlegende Prinzip, dass der Luftraum von den Luftraumbenutzern als ein nahtloses System wahrgenommen werden soll, insbesondere durch die Ausarbeitung gemeinsamer Vorgehensweisen, gemeinsamer Ziele, gemeinsamer Pläne sowie gemeinsamer Normen und Spezifikationen, einschließlich der Festlegung eines gemeinsamen Vorgehens auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren, in enger Abstimmung mit den Benutzern der Flugsicherungsdienste und unter gebührender Berücksichtigung der Erfordernisse der Verteidigung zu verstärken;

in der Erwägung, dass es erforderlich ist, zu gewährleisten, dass durch Harmonisierung und Integration der für das Flugverkehrsmanagement in Europa zuständigen Dienste allen Luftraumbenutzern die größtmögliche Leistungsfähigkeit bei einem möglichst geringen Kostenaufwand geboten wird, der mit dem erforderlichen Sicherheitsgrad und der Notwendigkeit, Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten, zu vereinbaren ist;

in der Erwägung, dass die Vertragsparteien die Notwendigkeit anerkennen, ihre Flugverkehrs-Managementsysteme zu harmonisieren und zu integrieren, um ein einheitliches europäisches Flugverkehrs-Managementsystem zu schaffen;

in Anbetracht der Bedeutung der örtlichen Initiativen auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements, insbesondere auf Flughafenebene;

in der Erwägung, dass die Einführung eines gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystems entsprechend den Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Ausgewogenheit und Transparenz, die finanziellen Grundlagen des einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems stärkt und die Konsultation mit den Benutzern erleichtert;

in der Erwägung, dass EUROCONTROL für die Vertragsparteien das für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements in Europa zuständige Organ darstellt;

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit mit den an der Erfüllung der Aufgaben der EUROCONTROL interessierten europäischen oder internationalen Institutionen zu erweitern und zu verstärken, um die Leistungsfähigkeit der EUROCONTROL zu erhöhen;

in der Erwägung, dass es daher angebracht ist, ein europäisches Flugverkehrs-Managementsystem zu schaffen, dessen Betrieb sich über die Landesgrenzen der einzelnen Vertragsparteien hinaus auf den gesamten vom Übereinkommen erfassten Luftraum erstreckt;

in der Erwägung, dass es wichtig ist, dass die Vertragsparteien die Organisation mit den rechtlichen Mitteln ausstatten, die erforderlich sind, damit sie ihre Aufgaben, vor allem im Bereich der Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren und der Verkehrsflusssteuerung, erfüllen kann;

in der Erkenntnis, dass die sichere und wirksame Erfüllung der Aufgaben der Organisation gefördert würde, wenn ihre Regelungsaufgaben und ihre Aufgaben hinsichtlich der Bereitstellung von Diensten, soweit dies möglich ist, getrennt werden;

in dem Wunsch, anderen europäischen Staaten einen Anreiz für den Beitritt zu dieser internationalen Organisation zu geben –

haben Folgendes vereinbart:

Considérant qu'il est souhaitable de renforcer la coopération entre les Etats dans le cadre d'EUROCONTROL, en vue d'organiser efficacement et de gérer en toute sécurité l'espace aérien pour les besoins des usagers tant civils que militaires, en partant du principe fondamental que l'espace aérien devrait être considéré comme un système homogène du point de vue des usagers de l'espace aérien, en particulier par l'élaboration de politiques communes, d'objectifs communs, de plans communs et de normes et spécifications communes, ainsi que d'une politique commune dans le domaine des redevances de route, en consultation étroite avec les usagers des services da la circulation aérienne et compte dûment tenu des impératifs de défense;

Considérant la nécessité d'assurer à tous les usagers de l'espace aérien le maximum d'efficacité au coût minimum compatible avec le niveau de sécurité requis et la nécessité de minimiser les incidences négatives sur l'environnement, au moyen d'une harmonisation et d'une intégration des services chargés de la gestion de la circulation aérienne en Europe;

Considérant que les Parties contractantes reconnaissent le besoin d'harmoniser et d'intégrer leurs systèmes de gestion de la circulation aérienne afin de former un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

Considérant l'importance des initiatives locales en matière de gestion de la circulation aérienne, en particulier au niveau des aéroports;

Considérant que la mise en œuvre, conformément aux recommandations de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale, en particulier en termes d'équité et de transparence, d'un système commun de redevances de route, renforce les bases financières du système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne, et facilite la consultation des usagers;

Considérant qu'EUROCONTROL est l'organe de coopération des Parties contractantes dans le domaine de la gestion de la circulation aérienne;

Désireux d'élargir et de renforcer la coopération avec les institutions européennes ou internationales qui sont intéressées à la réalisation des tâches confiées à EUROCONTROL en vue d'améliorer son efficacité;

Considérant en conséquence qu'il est opportun de créer un système européen de gestion de la circulation aérienne dont le fonctionnement s'étende, au-delà des limites territoriales de chaque Partie contractante, à l'ensemble de l'espace aérien couvert par la Convention;

Considérant qu'il importe que les Parties contractantes dotent l'Organisation des moyens juridiques nécessaires au bon accomplissement de ses tâches, principalement dans le domaine du recouvrement des redevances de route et de la gestion des courants de trafic aérien;

Reconnaissant qu'il serait bénéfique, pour permettre à l'Organisation de s'acquitter de ses tâches dans de bonnes conditions de sécurité et d'efficacité, de séparer dans la mesure du possible ses fonctions de réglementation et ses fonctions de prestation de services;

Désireux d'encourager d'autres Etats européens à devenir membres de cette organisation internationale.

Sont convenus des dispositions qui suivent:

Artikel I

Das Internationale Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, geändert durch das Protokoll vom 6. Juli 1970, das seinerseits durch das Protokoll vom 21. November 1978 geändert wurde, in der Fassung des Protokolls vom 12. Februar 1981, im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet, wird durch die beiliegende Neufassung des Übereinkommens ersetzt, in der die weiterhin geltenden Bestimmungen des Übereinkommens und die durch die Diplomatische Konferenz vom 27. Juni 1997 vorgenommenen Änderungen zusammengefasst sind.

Article I

La Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, modifiée par le Protocole du 6 juillet 1970, modifié lui-même par le Protocole du 21 novembre 1978, et amendée par le Protocole du 12 février 1981, ci-après dénommée «la Convention», est remplacée par la version coordonnée du texte de la Convention ci-annexé qui regroupe les textes maintenus en vigueur de la Convention et les amendements introduits par la Conférence diplomatique du 27 juin 1997.

Artikel II

1. Dieses Protokoll liegt am 27. Juni 1997 für alle Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Unterzeichnung auf.

Darüber hinaus liegt es vor seinem Inkrafttreten für jeden anderen Staat zur Unterzeichnung auf, der zu der Diplomatischen Konferenz eingeladen war, auf der es angenommen wurde, oder der durch einstimmigen Beschluss der Ständigen Kommission zur Unterzeichnung zugelassen wurde.

2. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt.

3. Dieses Protokoll tritt am 1. Januar 2000 in Kraft, sofern es alle Vertragsstaaten des Übereinkommens bis dahin ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben. Andernfalls tritt es an dem 1. Juli beziehungsweise 1. Januar in Kraft, der auf die Hinterlegung der letzten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt, je nachdem, ob diese Hinterlegung im ersten oder zweiten Halbjahr erfolgt.

4. Für jeden Unterzeichnerstaat dieses Protokolls, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist und dessen Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach dem Inkrafttreten des Protokolls hinterlegt wird, tritt es am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

5. Jeder Unterzeichnerstaat dieses Protokolls, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, wird durch die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung des Protokolls zugleich Vertragspartei des Übereinkommens.

6. Jede Unterzeichnung des Protokolls, jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde und jeder Tag des Inkrafttretens des Protokolls nach den Absätzen 3 und 4 wird den Regierungen der anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens und jedes Unterzeichnerstaats dieses Protokolls von der Regierung des Königreichs Belgien notifiziert.

Article II

1. Le présent Protocole est ouvert à la signature de tous les Etats parties à la Convention au 27 juin 1997.

Il est également ouvert, avant la date de son entrée en vigueur, à la signature de tout Etat invité à la Conférence diplomatique au cours de laquelle il a été adopté, et de tout autre Etat autorisé à le signer par la Commission permanente statuant à l’unanimité.

2. Le présent Protocole sera soumis à ratification, à acceptation ou à approbation. Les instruments de ratification, d’acceptation ou d’approbation seront déposés auprès du gouvernement du Royaume de Belgique.

3. Le présent Protocole entrera en vigueur le 1er janvier 2000 pour autant que tous les Etats parties à la Convention l’aient ratifié, accepté ou approuvé avant cette date. Si cette condition n’est pas remplie, il entrera en vigueur soit le 1er juillet soit le 1er janvier qui suit la date du dépôt du dernier instrument de ratification, d’acceptation ou d’approbation selon que ce dépôt a eu lieu au cours premier ou du deuxième semestre de l’année.

4. Pour tout Etat signataire du présent Protocole qui n’est pas partie à la Convention et dont l’instrument de ratification, d’acceptation ou d’approbation est déposé après la date de l’entrée en vigueur du présent Protocole, celui-ci entrera en vigueur pour cet Etat le 1er jour du deuxième mois suivant la date de dépôt de son instrument de ratification, d’acceptation ou d’approbation.

5. Tout Etat signataire du présent Protocole qui n’est pas partie à la Convention devient, par la ratification, acceptation ou approbation de ce Protocole, également partie à la Convention.

6. Le gouvernement du Royaume de Belgique notifiera aux gouvernements des autres Etats parties à la Convention et de tout Etat signataire du présent Protocole, toute signature, le dépôt de tout instrument de ratification, d’acceptation ou d’approbation, et toute date d’entrée en vigueur du présent Protocole conformément aux paragraphes 3 et 4 ci-dessus.

Artikel III

Mit Inkrafttreten dieses Protokolls wird das Protokoll vom 6. Juli 1970 in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 21. November 1978, das durch Artikel XXXVIII des Protokolls vom 12. Februar 1981 geändert wurde, durch die Anlage III („Steuerliche Bestimmungen“) der beiliegenden Neufassung des Übereinkommens ersetzt.

Article III

A partir de l’entrée en vigueur du présent Protocole, le Protocole du 6 juillet 1970, tel que modifié par le Protocole du 21 novembre 1978 et par l’article XXXVIII du Protocole du 12 février 1981 est remplacé par l’Annexe III (intitulée «Dispositions fiscales») à la version coordonnée du texte de la Convention ci-annexé.

Artikel IV

Mit Inkrafttreten dieses Protokolls wird die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 außer Kraft gesetzt und durch die einschlägigen Bestimmungen der dem Protokoll beigefügten Neufassung des Übereinkommens einschließlich der dazugehörigen Anlage IV („Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem“) ersetzt.

Article IV

A partir de l’entrée en vigueur du présent Protocole, l’Accord multilatéral relatif aux redevances de route du 12 février 1981 est abrogé et remplacé par les dispositions pertinentes de la version coordonnée du texte de la Convention ci-annexé, y compris son Annexe IV (intitulée «Dispositions relatives au système commun de redevances de route»).

Artikel V

Die Regierung des Königreichs Belgien lässt dieses Protokoll beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chikago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 27. Juni 1997 in deutscher, englischer, bulgarischer, kroatischer, dänischer, spanischer, französischer, griechischer, ungarischer, italienischer, niederländischer, norwegischer, portugiesischer, rumänischer, slowakischer, slowenischer, schwedischer, tschechischer und türkischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

Article V

Le gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Protocole auprès du Secrétaire général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies et auprès du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Protocole.

Fait à Bruxelles, le 27 juin 1997, en langues allemande, anglaise, bulgare, croate, danoise, espagnole, française, grecque, hongroise, italienne, néerlandaise, norvégienne, portugaise, roumaine, slovaque, slovène, suédoise, tchèque et turque, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux Gouvernements des autres Etats signataires. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Neufassung des Übereinkommens, in der die weiterhin geltenden Bestimmungen und die durch die diplomatische Konferenz vom 27. Juni 1997 vorgenommenen Änderungen zusammengefasst sind

Neufassung des materiellen Teiles des Übereinkommens

Version coordonnée regroupant les textes maintenus en vigueur de l'actuelle Convention et les amendements introduits par la conférence diplomatique du 27 juin 1997

Dispositif coordonné de la Convention

Artikel 1

1. Um die zur Einrichtung eines einheitlichen Europäischen Flugverkehrs-Managementsystems erforderliche Harmonisierung und Integration zu verwirklichen, kommen die Vertragsparteien überein, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Flugsicherung zu verstärken und ihre gemeinsamen Tätigkeiten auf diesem Gebiet weiterzuentwickeln; dabei werden sie die Verteidigungserfordernisse gebührend berücksichtigen, im Rahmen der Bereitstellung kostenwirksamer Flugsicherungsdienste ein Höchstmaß an Handlungsfreiheit, das mit dem erforderlichen Sicherheitsgrad zu vereinbaren ist, für alle Luftraumbenutzer gewährleisten und der Notwendigkeit Rechnung tragen, nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten, soweit dies insbesondere in betrieblicher, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht möglich ist.

Bei der Verfolgung dieser Ziele müssen der Grundsatz der vollen und ausschließlichen Souveränität eines jeden Staates im Luftraum über seinem Hoheitsgebiet sowie die Möglichkeit eines jeden Staates, seine Befugnisse im Bereich der Sicherheit und der Verteidigung in seinem nationalen Luftraum auszuüben, unberührt bleiben.

Sie vereinbaren zu diesem Zweck:

a) eine europäische Politik auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements festzulegen und dabei Strategien und Programme zu dem Zweck zu definieren, die Kapazität zu entwickeln, die notwendig ist, um den Erfordernissen aller zivilen und militärischen Benutzer unter Wahrung des erforderlichen Sicherheitsgrads in kostenwirksamer Weise zu entsprechen;

Article 1

1. Afin de réaliser l'harmonisation et l'intégration nécessaires à la mise en place d'un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne, les Parties contractantes conviennent de renforcer leur coopération et de développer leurs activités communes dans le domaine de la navigation aérienne, en tenant dûment compte des nécessités de la défense, tout en assurant à tous les usagers de l'espace aérien le maximum de liberté compatible avec le niveau de sécurité requis dans le cadre de la fourniture de services de la circulation aérienne économiquement efficaces, et en tenant compte de la nécessité de minimiser, lorsque cela est possible, notamment sur les plans opérationnel, technique et économique, toute incidence négative sur l'environnement.

Ces objectifs seront poursuivis sans qu'il soit porté atteinte au principe de souveraineté complète et exclusive de chaque Etat sur l'espace aérien au-dessus de son territoire et à la capacité, pour chaque Etat, d'exercer ses prérogatives en matière de sécurité et de défense dans son espace aérien national.

Elles conviennent à cette fin:

(a) de fixer une politique européenne dans le domaine de la gestion de la circulation aérienne comprenant la définition de stratégies et de programmes dont le but est de développer la capacité nécessaire pour répondre aux besoins de tous les utilisateurs civils et militaires, d'une manière économiquement efficace tout en maintenant le niveau de sécurité requis;

b) sich zur Festlegung spezifischer Zielvorgaben hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des Flugverkehrsmanagementbetriebs in den in Anlage II aufgeführten Fluginformationsgebieten zu verpflichten, für welche die Staaten entsprechend den einschlägigen Bestimmungen des Abkommens von Chikago über die Internationale Zivilluftfahrt die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten zugesagt haben, unbeschadet der Grundsätze der Freiheit des Verkehrs in den nicht der Souveränität der Staaten unterstehenden Lufträumen, wie sie sich aus Übereinkommen, sonstigen internationalen Übereinkünften und den Regeln oder Grundsätzen des Völkergewohnheitsrechts ergeben;

c) ein System zur Leistungsüberprüfung und Leistungszielsetzung für das Flugverkehrsmanagement einzuführen;

d) einen gemeinsamen Konvergenz- und Implementierungsplan für die Flugsicherungsdienste und -einrichtungen in Europa durchzuführen;

e) gemeinsame Normen und Spezifikationen anzunehmen und anzuwenden;

f) die Regelungen im Bereich der Flugsicherungsdienste zu harmonisieren;

g) die verfügbare Kapazität weiterzuentwickeln, um der Nachfrage im Luftverkehr entsprechen zu können und durch die gemeinsame Einrichtung, den gemeinsamen Betrieb und die gemeinsame Weiterentwicklung eines gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems im Rahmen der Einführung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems eine möglichst wirksame Nutzung dieser Kapazität sicherzustellen;

h) die gemeinsame Beschaffung von Flugsicherungssystemen und -einrichtungen zu fördern;

i) bei der Festlegung und Berechnung der den Benutzern der Streckennavigationseinrichtungen und -dienste auferlegten Gebühren, im Folgenden als „Flugsicherungs-Streckengebühren“ bezeichnet, gemeinsam vorzugehen;

j) getrennt von der Bereitstellung von Diensten einen Mechanismus zur multilateralen Entwicklung und Harmonisierung einer Sicherheitsregelung auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements innerhalb eines die gesamte Luftfahrt umfassenden Sicherheitssystemkonzepts einzurichten;

k) sich an der Planung, der Einrichtung und der Überwachung eines globalen Satelliten-Navigationssystems zu beteiligen;

l) neue Möglichkeiten für ein gemeinsames Handeln auf dem Gebiet der Planung, der Einrichtung, der Überwachung oder des Betriebs von Systemen und Diensten in der Flugsicherung zu bestimmen;

m) im Rahmen eines „Gate-to-Gate“-Konzepts eine umfassende Politik und einen angemessenen leistungsfähigen Mechanismus für die strategische Gestaltung und Planung der Strecken und des Luftraums zu entwickeln.

2. Sie gründen zu diesem Zweck eine „Europäische Organisation für Flugsicherung (EUROCONTROL)“, im Folgenden als „Organisation“ bezeichnet, die in Zusammenarbeit mit den zivilen und militärischen Stellen der Staaten sowie den Benutzerorganisationen handelt. Diese Organisation besteht aus drei Organen:

a) einer Generalversammlung als dem zuständigen Organ für die Festlegung und die Genehmigung des allgemeinen Vorgehens der Organisation, einschließlich

i) des gemeinsamen Vorgehens hinsichtlich der Flugsicherungs-Streckengebühren und der anderen Tätigkeiten der Organisation im Gebührenbereich;

ii) der Leistungsüberprüfungs- und Bewertungsfunktionen der Organisation;

iii) der Festlegung der Ziele der Organisation einschließlich derjenigen in den Bereichen Normung, Planung, Leistung und Sicherheitsregelung;

(b) de s’engager à fixer des objectifs spécifiques quant à l’efficacité des opérations de gestion de la circulation aérienne dans les Régions d’information de vol telles que décrites à l’Annexe II de la présente Convention dans lesquelles les Etats ont, en conformité avec les dispositions pertinentes de la Convention relative à l’Aviation civile internationale, accepté d’assurer les services de la circulation aérienne, sans porter atteinte aux principes de liberté de circulation dans les espaces aériens non soumis à la souveraineté des Etats tels qu’ils découlent des conventions, accords internationaux, règles ou principes du droit international public coutumier;

(c) d’instaurer un système d’examen des performances et de fixation d’objectifs de la gestion de la circulation aérienne;

(d) d’appliquer un plan commun de convergence et de mise en œuvre portant sur les services et installations de navigation aérienne en Europe;

(e) d’adopter et d’appliquer des normes et spécifications communes;

(f) d’harmoniser les réglementations applicables aux services de la circulation aérienne;

(g) de développer la capacité disponible pour répondre à la demande de trafic aérien et d’en assurer l’utilisation la plus efficace possible par la création, l’exploitation et le développement conjoints d’un système commun de gestion des courants de trafic aérien en Europe, dans le cadre de la mise en œuvre d’un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(h) de favoriser l’acquisition commune de systèmes et d’installations de la circulation aérienne;

(i) de mettre en œuvre une politique commune pour l’établissement et le calcul des redevances imposées aux usagers des installations et services de navigation aérienne en route, ci-après dénommées «redevances de route»;

(j) de mettre en œuvre un mécanisme, distinct de la fourniture de services, pour l’élaboration et l’harmonisation multilatérales d’un régime de réglementation de la sécurité dans le domaine de la gestion de la circulation aérienne, dans l’optique d’un système intégré de sécurité aéronautique;

(k) de participer à la conception, à la mise en œuvre et au suivi d’un système mondial de navigation par satellite;

(l) de recenser les possibilités nouvelles d’actions communes dans le domaine de la conception, de la mise en œuvre, du suivi ou de l’exploitation de systèmes et services de navigation aérienne;

(m) dans le contexte d’un concept «de porte à porte», d’élaborer une politique globale et un mécanisme efficace approprié de conception et de planification stratégiques des routes et de l’espace aérien.

2. Elles instituent à cet effet une «Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne (EUROCONTROL)», ci-après dénommée «l’Organisation», qui agira en coopération avec les autorités nationales civiles et militaires ainsi que les organisations d’usagers. Celle-ci comporte trois organes:

(a) une Assemblée générale qui constitue l’organe responsable de l’élaboration et de l’approbation de la politique générale de l’Organisation, y compris:

(i) la politique commune relative aux redevances de route et les autres activités de l’Organisation dans le domaine des redevances;

(ii) les fonctions d’examen et d’évaluation des performances de l’Organisation;

(iii) la définition des objectifs de l’Organisation, notamment les objectifs en matière de normalisation, de planification, de performance et de réglementation de la sécurité;

iv) der Auswahl der größeren Rahmenprogramme für die Zusammenarbeit nach technischen und finanziellen Kriterien;

v) der Außenbeziehungen zu Staaten und Organisationen und der Anträge auf Beitritt zu diesem Übereinkommen;

b) einem Rat als dem für die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung zuständigen Organ, das vorbehaltlich der dieser übertragenen Befugnisse über alle an die Vertragsparteien gerichteten und für diese verbindlichen Maßnahmen entscheidet sowie die Aufsicht über die Arbeit der Agentur ausübt;

c) einer Agentur, deren Satzung diesem Übereinkommen als Anlage I beigefügt ist, als dem Organ, das die Aufgaben der Organisation entsprechend den nachstehenden Artikeln sowie die ihm von der Generalversammlung oder vom Rat übertragenen Aufgaben durchführt, Initiativen für die entsprechenden Vorschläge ergreift und die technischen, finanziellen und personellen Mittel zur Erreichung der festgelegten Ziele einsetzt.

3. Sitz der Organisation ist Brüssel.

Artikel 2

1. Die Organisation ist mit folgenden Aufgaben betraut:

a) Erarbeitung und Genehmigung detaillierter Pläne zur Harmonisierung und Integration der Flugsicherungsdienste und -systeme der Vertragsparteien, insbesondere der boden- und bordseitigen Flugnavigationssysteme, mit dem Ziel der Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems;

b) Koordinierung der Implementierungspläne der Vertragsparteien, um zu einer Konvergenz in Richtung auf ein einheitliches europäisches Flugverkehrs-Managementsystem zu gelangen;

c) Prüfung und Koordinierung von Fragen auf dem Gebiet der Flugsicherung, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) oder anderen mit der Zivilluftfahrt befassten Organisationen untersucht werden, im Namen der Vertragsparteien sowie Koordinierung und Vorlage von Änderungen oder Vorschlägen bei diesen Einrichtungen;

d) Definition, Konzeption, Entwicklung, Erprobung und Organisation der Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems;

e) Entwicklung und Betrieb eines gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems in einem gemeinsamen internationalen Zentrum im Rahmen des Buchstabens d;

f) Ausarbeitung, Annahme und Fortschreibung gemeinsamer Normen, Spezifikationen und Verfahrensweisen für Flugverkehrs-Managementsysteme und -dienste;

g) Ausarbeitung und Genehmigung von Verfahren mit dem Ziel einer Strategie zur gemeinsamen Beschaffung von Flugsicherungssystemen und -einrichtungen;

h) Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsprogramme der Vertragsparteien, die sich auf neue Techniken auf dem Gebiet der Flugsicherung beziehen, Sammlung und Verteilung der Ergebnisse sowie Förderung und gemeinsame Durchführung von Untersuchungen, Versuchen und angewandter Forschung sowie einschlägigen technischen Entwicklungen;

i) Einrichtung eines unabhängigen Systems zur Leistungsüberprüfung, das sich auf alle Aspekte des Flugverkehrsmanagements, einschließlich allgemeines Vorgehen und Planung, Sicherheitsmanagement auf Flughäfen und in deren Umgebung sowie im Luftraum, sowie auf finanzielle und wirtschaftliche Aspekte der geleisteten Dienste erstreckt, und Festlegung von Zielen, die sich auf all diese Aspekte beziehen;

(iv) le choix des grands programmes cadres de coopération selon des critères techniques et financiers;

(v) les relations extérieurs avec les Etats et organisations et les demandes d'adhésion à la présente Convention;

(b) un Conseil qui constitue l'organe chargé d'exécuter les décisions de l'Assemblée générale et, sous réserve des pouvoirs conférés à cette dernière, de prendre toutes les mesures ayant force d'obligation à l'égard des Parties contractantes, ainsi que de superviser les travaux de l'Agence;

(c) une Agence, dont les Statuts figurent à l'Annexe I à la présente Convention, qui constitue l'organe chargé d'accomplir les tâches de l'Organisation conformément aux dispositions des articles suivants de cette Convention, ainsi que les tâches qui lui sont confiées par l'Assemblée générale ou le Conseil, d'établir des propositions appropriées et de mettre en œuvre les ressources techniques et financières et les moyens en personnel pour atteindre les objectifs fixés.

3. Le siège de l'Organisation est fixé à Bruxelles.

Article 2

1. L'Organisation est chargée des tâches suivantes:

(a) élaborer et approuver des plans détaillés d'harmonisation et d'intégration des services et systèmes de circulation aérienne des Parties contractantes, en particulier les systèmes de navigation au sol et embarqués, en vue de la mise en place d'un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(b) coordonner les plans de mise en œuvre élaborés par les Parties contractantes, de manière à assurer la convergence vers un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(c) examiner et coordonner pour le compte des Parties Contractantes les questions relevant du domaine de la navigation aérienne étudiées par l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale (OACI) ou d'autres organisations internationales traitant de l'aviation civile et coordonner et soumettre à ces organes des amendements ou des propositions;

(d) définir, concevoir, mettre au point, valider et organiser la mise en œuvre d'un système uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(e) mettre au point et exploiter un système européen commun de gestion des courants de trafic aérien au sein d'un centre international commun dans le cadre de l'alinéa (d) ci-dessus;

(f) élaborer, adopter et tenir à l'étude des normes, des spécifications et des pratiques communes pour les systèmes et services de gestion de la circulation aérienne;

(g) élaborer et approuver des procédures en vue de la mise en œuvre d'une stratégie d'acquisition en commun de systèmes et d'installations de la circulation aérienne;

(h) coordonner les programmes de recherche et développement des Parties contractantes relatifs aux nouvelles techniques dans le domaine de la navigation aérienne, en rassembler et en diffuser les résultats, et promouvoir et exécuter en commun des études, des essais et des recherches appliquées, ainsi que des développements techniques dans ce domaine;

(i) établir un système indépendant d'examen des performances qui traitera de tous les aspects de la gestion du trafic aérien, notamment la politique générale et la planification, la gestion de la sécurité sur le site et aux alentours des aéroports et dans l'espace aérien, ainsi que les aspects financiers et économiques des services fournis et fixer des objectifs qui traiteront de tous ces aspects;

j) Prüfung und Förderung von Maßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit und der Kostenwirksamkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung;

k) Ausarbeitung und Genehmigung gemeinsamer Kriterien, Verfahren und Methoden zur Gewährleistung einer größtmöglichen Leistungsfähigkeit und Qualität der Flugverkehrs-Managementsysteme und der Flugsicherungsdienste;

l) Erarbeitung von Vorschlägen zur Harmonisierung der europäischen Vorschriften für Flugsicherungsdienste;

m) Unterstützung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Flexibilität bei der Nutzung des Luftraums durch zivile und militärische Benutzer;

n) Entwicklung und Genehmigung koordinierter oder gemeinsamer Vorgehensweisen zur Verbesserung des Flugverkehrsmanagements auf Flughäfen und in deren Umgebung;

o) Erarbeitung und Genehmigung gemeinsamer Auswahlkriterien und gemeinsamer Vorgehensweisen bei der Ausbildung, Zulassung und Prüfung der Befähigung von Flugsicherungspersonal;

p) Entwicklung, Einrichtung und Betrieb der Elemente der künftigen gemeinsamen europäischen Systeme, die ihr von den Vertragsparteien übertragen werden;

q) Festlegung, Fakturierung und Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren im Auftrag der am gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem beteiligten Vertragsparteien nach Maßgabe der Anlage IV;

r) Einrichtung und Anwendung eines Mechanismus zur multilateralen Entwicklung und Harmonisierung einer Sicherheitsregelung auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements;

s) Erfüllung aller sonstigen Aufgaben, die sich auf die Grundsätze und Ziele dieses Übereinkommens beziehen.

2. Die Organisation kann auf Antrag einer oder mehrerer Vertragsparteien auf der Grundlage einer oder mehrerer besonderer Vereinbarungen zwischen der Organisation und den betreffenden Vertragsparteien folgende Aufgaben wahrnehmen:

a) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Planung, der Spezifikation und dem Aufbau von Flugsicherungssystemen und -diensten;

b) Bereitstellung und Betrieb der Gesamtheit oder eines Teiles der Flugsicherungseinrichtungen und -dienste im Auftrag dieser Vertragsparteien;

c) Unterstützung dieser Vertragsparteien bei der Festlegung, Fakturierung und Einziehung der den Benutzern der Flugsicherungsdienste durch diese Vertragsparteien auferlegten Gebühren, die nicht der Anlage IV unterliegen.

3. Die Organisation kann

a) mit Nichtvertragsparteien, die daran interessiert sind, sich an der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben zu beteiligen, besondere Vereinbarungen schließen;

b) auf Antrag von Nichtvertragsparteien oder anderen internationalen Organisationen in deren Auftrag aufgrund besonderer Vereinbarungen zwischen ihr und den betreffenden Parteien alle anderen Aufgaben durchführen, die in diesem Artikel vorgesehen sind.

4. Die Organisation stellt so weit wie möglich sicher, dass ihre Aufgaben hinsichtlich der Bereitstellung von Diensten, insbesondere die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben e, g, p und q, Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b genannten, unabhängig von ihren Regelungsaufgaben wahrgenommen werden.

5. Zur Erleichterung der Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Organisation auf Beschluss der Generalversammlung Unternehmen gründen, die durch spezifische, entweder auf dem Völker-

(j) étudier et promouvoir les mesures propres à accroître l'efficacité et le rendement dans le domaine de la navigation aérienne;

(k) élaborer et approuver des critères, procédures et méthodes communs de façon à garantir une efficacité et une qualité optimales des systèmes de gestion de la circulation aérienne et des services de la circulation aérienne;

(l) mettre au point des propositions en vue d'une harmonisation de la réglementation européenne applicable aux services de la circulation aérienne;

(m) appuyer l'amélioration de l'efficacité et de la souplesse de l'utilisation de l'espace aérien par les usagers civils et militaires;

(n) élaborer et approuver des politiques coordonnées ou communes pour améliorer la gestion de la circulation aérienne sur le site et aux alentours des aéroports;

(o) élaborer et approuver des critères communs de sélection et des politiques communes pour la formation, l'octroi des licences et l'évaluation des aptitudes du personnel des services de la circulation aérienne;

(p) concevoir, mettre en place et exploiter les éléments des futurs systèmes européens communs qui lui sont confiés par les Parties contractantes;

(q) établir, facturer et percevoir les redevances de route, pour le compte des Parties contractantes participant au système commun de redevances de route, dans les conditions prévues à l'Annexe IV;

(r) établir et mettre en œuvre un mécanisme permettant de développer et d'harmoniser, au niveau multilatéral, la réglementation en matière de sécurité dans le domaine de la gestion du trafic aérien;

(s) exécuter toute autre tâche relevant des principes et objectifs de la présente Convention.

2. L'Organisation peut, à la demande d'une ou de plusieurs Parties contractantes, et sur la base d'un ou de plusieurs accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties contractantes intéressées:

(a) assister lesdites Parties contractantes dans la planification, la spécification et la création de systèmes et de services de la circulation aérienne;

(b) fournir et exploiter, en totalité ou en partie, les installations et les services de la circulation aérienne, pour le compte desdites Parties contractantes;

(c) assister lesdites Parties contractantes en ce qui concerne l'établissement, la facturation et la perception des redevances qu'elles imposent aux usagers des services de la navigation aérienne et qui ne relèvent pas de l'Annexe IV à la présente Convention.

3. L'Organisation peut:

(a) conclure des accords particuliers avec les Parties non contractantes intéressées à participer à l'exécution des tâches prévues au paragraphe 1 de l'article 2;

(b) à la demande de Parties non contractantes ou d'autres organisations internationales exécuter, en leur nom, toute autre tâche relevant du présent Article, sur la base d'accords particuliers conclus entre l'Organisation et les Parties intéressées.

4. L'Organisation veille à ce que, dans la mesure du possible, ses fonctions de prestation de services, en particulier celles prévues aux alinéas (e), (g), (p) et (q) du paragraphe 1 de l'article 2, au paragraphe 2 de l'article 2 et à l'alinéa (b) du paragraphe 3 de l'article 2, soient exercées indépendamment de ses fonctions de réglementation.

5. Pour faciliter l'exécution de ses tâches, l'Organisation peut, sur décision de l'Assemblée générale, créer des entreprises qui seront régies par des statuts spécifiques relevant soit du droit in-

recht oder auf dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei beruhende Satzungen geregelt werden, oder eine Mehrheitsbeteiligung an solchen Unternehmen erwerben.

ternational public, soit du droit national d'une Partie contractante, ou prendre une participation majoritaire dans de telles entreprises.

Artikel 3

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Flugsicherungs-Streckendienste und die damit verbundenen Dienste im Bereich der Anflug- und Platzkontrolle in den in der Anlage II aufgeführten Fluginformationsgebieten.

2.

a) Jede Änderung, die eine Vertragspartei an der Liste ihrer Fluginformationsgebiete in Anlage II vorzunehmen beabsichtigt, bedarf eines mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses der Generalversammlung, wenn sie eine Änderung der Grenzen des von diesem Übereinkommen erfassten Luftraums zur Folge hat.

b) Dessen ungeachtet wird jede Änderung, die sich nicht in dieser Weise auswirkt, der Organisation durch die betroffene Vertragspartei notifiziert.

3. Im Sinne dieses Übereinkommens bezieht sich der Ausdruck „Luftverkehr“ auf Zivil- sowie auf Militär-, Zoll- und Polizeiluftfahrzeuge, welche die Verfahren der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation beachten.

Auf der Grundlage einer besonderen Vereinbarung, wie sie in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehen ist, kann eine Vertragspartei beantragen, dass der Ausdruck „Luftverkehr“ auch auf den übrigen Luftverkehr in ihrem Hoheitsgebiet angewendet wird.

Article 3

1. La présente Convention s'applique aux services de navigation aérienne en route et aux services connexes d'approche et d'aérodrome afférents à la circulation aérienne dans les Régions d'information de vol énumérées à l'Annexe II.

2.

(a) Toute modification qu'une Partie contractante souhaite apporter à la liste de ses Régions d'information de vol figurant à l'Annexe II, fait l'objet d'une décision de l'Assemblée générale à l'unanimité des suffrages exprimés lorsqu'elle aurait pour effet de modifier les limites de l'espace aérien couvert par la présente Convention.

(b) Toute modification qui n'a pas un tel effet sera néanmoins notifiée à l'Organisation par la Partie contractante intéressée.

3. Au sens de la présente Convention, l'expression «circulation aérienne» vise celle des aéronefs civils, ainsi que des aéronefs militaires, de douane et de police qui se conforment aux procédures de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale.

Sur la base d'un accord particulier, tel que les accords visés à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, une Partie contractante peut demander que l'expression «circulation aérienne» s'applique au reste du trafic évoluant sur son territoire.

Artikel 4

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien die weitestgehende Rechtsfähigkeit, die juristischen Personen nach innerstaatlichem Recht zuerkannt wird; sie kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Eigentum erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen. Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen dieses Übereinkommens und der als Anlage I beigefügten Satzung wird sie durch die Agentur vertreten, die im Namen der Organisation handelt. Die Agentur verwaltet das Vermögen der Organisation.

Article 4

L'Organisation a la personnalité juridique. Sur le territoire des Parties contractantes, elle possède la capacité juridique la plus large reconnue aux personnes morales par les législations nationales; elle peut notamment acquérir ou aliéner des biens mobiliers ou immobiliers et ester en justice. Sauf dispositions contraires de la présente Convention ou des Statuts figurant en Annexe I, elle est représentée par l'Agence, qui agit au nom de l'Organisation. L'Agence gère le patrimoine de l'Organisation.

Artikel 5

1. Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Vertragsparteien auf Ministerebene. Jede Vertragspartei kann insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung mehrere Delegierte bestellen, hat jedoch nur ein Stimmrecht.

2. Der Rat besteht aus Vertretern der Vertragsparteien auf der Ebene der Leiter der Abteilungen für Zivilluftfahrt. Jede Vertragspartei kann insbesondere zur Wahrnehmung der Interessen der Zivilluftfahrt und der Landesverteidigung mehrere Delegierte bestellen, hat jedoch nur ein Stimmrecht.

3. Bei der Behandlung von Fragen, die das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem betreffen, bestehen die Generalversammlung und der Rat aus den Vertretern der Vertragsparteien, die nach Maßgabe der Anlage IV am gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem beteiligt sind.

4. Die Vertreter von internationalen Organisationen, die zur Arbeit der Organisation beitragen können, werden bei Bedarf von der Generalversammlung oder dem Rat eingeladen, als Beobachter in Arbeitsgremien der Organisation mitzuarbeiten.

Article 5

1. L'Assemblée générale est composée de représentants des Parties contractantes au niveau ministériel. Chaque Partie contractante peut désigner plusieurs délégués afin, en particulier, de permettre la représentation des intérêts tant de l'aviation civile que de la défense nationale, mais ne dispose que d'un seul droit de vote.

2. Le Conseil est composé de représentants des Parties contractantes au niveau des Directeurs généraux de l'Aviation civile. Chaque Partie contractante peut désigner plusieurs délégués afin, en particulier, de permettre la représentation des intérêts tant de l'aviation civile que de la défense nationale, mais ne dispose que d'un seul droit de vote.

3. Pour les questions relatives au système commun de redevances de route, l'Assemblée générale et le Conseil sont composés des représentants des Parties contractantes participant au système commun de redevances de route dans les conditions prévues à l'Annexe IV.

4. Les représentants d'organisations internationales qui peuvent contribuer au travail de l'Organisation sont, en tant que de besoin, invités par l'Assemblée générale ou par le Conseil, à participer en tant qu'observateurs aux structures de travail de l'Organisation.

Artikel 6

1. Die Generalversammlung fasst Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien, den Rat und die Agentur insbesondere in den

Article 6

1. L'Assemblée générale prend des décisions à l'égard des Parties contractantes, du Conseil et de l'Agence, en particulier

in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a genannten Fällen.

Außerdem trifft sie folgende Maßnahmen:

a) Sie ernennt auf Empfehlung des Rates den Generaldirektor der Agentur;

b) sie erteilt in den in Artikel 34 genannten Fällen die Ermächtigung, im Namen der Organisation Verfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag einzuleiten;

c) sie erarbeitet die Grundsätze für den Betrieb des in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems;

d) sie genehmigt die Änderungen der Anlage I nach Maßgabe der in Artikel 8 Absatz 1 vorgesehenen Abstimmungsregeln;

e) sie genehmigt die Änderungen der Anlagen II und IV nach Maßgabe der in Artikel 8 Absatz 3 vorgesehenen Abstimmungsregeln;

f) sie überprüft die Aufgaben der Organisation in regelmäßigen Zeitabständen.

2. Zur Festlegung des gemeinsamen Vorgehens hinsichtlich der Flugsicherungs-Streckengebühren hat die Generalversammlung insbesondere die Aufgabe,

a) die Grundsätze für die Ermittlung der Kosten zu bestimmen, die den Benutzern von den Vertragsparteien und von der Organisation für die ihnen zur Verfügung gestellten Streckennavigationseinrichtungen und -dienste aufzuerlegen sind;

b) die Formel zur Berechnung der Flugsicherungs-Streckengebühren festzulegen;

c) die Grundsätze für Befreiungen von den Flugsicherungs-Streckengebühren festzulegen, wobei sie darüber hinaus entscheiden kann, dass bei bestimmten Kategorien von Flügen, die auf diese Weise von der Zahlung der Flugsicherungs-Streckengebühren nach Anlage IV befreit werden, die angefallenen Kosten für Streckennavigationseinrichtungen und -dienste unmittelbar von den Vertragsparteien eingezogen werden können;

d) die Berichte des Rates über Flugsicherungs-Streckengebühren zu genehmigen.

3. Die Generalversammlung kann

a) jede in ihre Zuständigkeit fallende Frage zur Prüfung an den Rat verweisen;

b) in den nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a in ihre allgemeine Zuständigkeit fallenden Fragen die Befugnis zur Beschlussfassung erforderlichenfalls dem Rat übertragen;

c) andere nachgeordnete Organe einsetzen, soweit sie dies für erforderlich hält.

Artikel 7

1. Der Rat kann aufgrund der ihm durch dieses Übereinkommen übertragenen Befugnisse im Hinblick auf die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Aufgaben Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien fassen.

2. Der Rat hat aufgrund der ihm durch dieses Übereinkommen übertragenen Aufsichtsbefugnisse gegenüber der Agentur folgende Aufgaben:

a) Er genehmigt nach Konsultierung der von ihm anerkannten Organisationen, welche die Luftraumbenutzer vertreten, die Fünfjahres- und Jahres-Arbeitsprogramme der Agentur, die ihm von dieser zur Erfüllung der in Artikel 2 genannten Aufgaben vorgelegt werden, sowie den Fünfjahres-Finanzplan und den Haushaltsplan einschließlich der finanziellen Verpflichtungen, den Tätigkeitsbericht der Agentur und die nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 11 Absatz 1 der Satzung der Agentur vorgelegten Berichte;

dans les cas mentionnés à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1.

En outre, l'Assemblée générale:

(a) nomme le Directeur général de l'Agence sur recommandation du Conseil;

(b) autorise la présentation de recours au nom de l'Organisation devant la Cour permanente d'arbitrage de La Haye dans les cas mentionnés à l'article 34;

(c) établit les principes régissant l'exploitation du système européen commun de gestion des courants de trafic aérien prévu à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2;

(d) approuve les amendements à l'Annexe I dans les conditions de vote prévues au paragraphe 1 de l'article 8;

(e) approuve les amendements aux Annexes II et IV dans les conditions de vote prévues au paragraphe 3 de l'article 8;

(f) procède à une revue périodique des tâches de l'Organisation.

2. Pour formuler la politique commune relative aux redevances de route, l'Assemblée générale, notamment:

(a) établit les principes régissant la détermination des coûts imputables par les Parties contractantes et l'Organisation aux usagers pour les installations et services de navigation aérienne en route mis à leur disposition;

(b) arrête la formule de calcul des redevances de route;

(c) détermine les principes applicables en matière d'exonération de redevances de route et peut en outre décider que, pour certaines catégories de vols ainsi exonérés du paiement des redevances de route qui révèlent de l'Annexe IV, les coûts encourus au titre des installations et service de navigation aérienne en route puissent être recouvrés directement par les Parties contractantes;

(d) approuve les rapports du Conseil relatifs aux redevances de route.

3. L'Assemblée générale peut:

(a) renvoyer pour étude au Conseil toute question relevant de sa compétence;

(b) déléguer, lorsque nécessaire, au Conseil le pouvoir de prendre des décisions dans les matières relevant de sa compétence générale, visées à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1;

(c) établir tout autre organe subsidiaire qu'elle juge nécessaire.

Article 7

1. Le Conseil, en vertu des pouvoirs que lui confère la présente Convention, peut prendre des décisions à l'égard des Parties contractantes, en ce qui concerne les tâches mentionnées au paragraphe 1 de l'article 2.

2. Le Conseil, en vertu des pouvoirs de tutelle que lui confère la présente Convention à l'égard de l'Agence:

(a) approuve, après avoir consulté les organisations représentatives des usagers de l'espace aérien qu'il a reconnues, les programmes de travail quinquennaux et annuels de l'Agence que lui soumet cette dernière pour l'accomplissement des tâches visées à l'article 2, ainsi que le plan financier quinquennal et le budget, y compris les obligations financières, le rapport d'activité de l'Agence et les rapports présentés en application de l'alinéa (c) du paragraphe 2 de l'article 2, du paragraphe 3 de l'article 10 et du paragraphe 1 de l'article 11 des Statuts de l'Agence;

b) er genehmigt die für den allgemeinen Aufbau der Agentur geltenden Grundsätze;

c) er beaufsichtigt die Tätigkeit der Agentur im Bereich der Flugsicherungs-Streckengebühren;

d) er legt nach Konsultierung der von ihm anerkannten Organisationen, welche die Luftraumbenutzer und die Flughäfen vertreten, die allgemeinen Bedingungen für den Betrieb des in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen gemeinsamen europäischen Verkehrsflusssteuerungssystems unter gebührender Berücksichtigung der von den Staaten ausgeübten Befugnisse in Bezug auf ihr Luftraum-Management fest. Diese allgemeinen Bedingungen müssen insbesondere die anzuwendenden Vorschriften sowie die Verfahren zur Feststellung der Nichtbeachtung dieser Vorschriften enthalten;

e) er erteilt der Agentur Richtlinien aufgrund der von ihr regelmäßig erstatteten Berichte oder wann immer er dies zur Erfüllung der der Agentur zugewiesenen Aufgaben für erforderlich hält, und genehmigt die Modalitäten für die Zusammenarbeit zwischen der Agentur und den betreffenden innerstaatlichen Organisationen, um die Agentur in die Lage zu versetzen, die entsprechenden Vorschläge vorzubereiten;

f) er benennt auf Vorschlag des Generaldirektors das Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das den Rechnungsprüfungsausschuss bei der Prüfung der Konten der gesamten Einnahmen und Ausgaben unterstützt;

g) er kann verlangen, dass die Dienste der Agentur verwaltungsmäßigen und technischen Überprüfungen unterzogen werden;

h) er erteilt dem Generaldirektor Entlastung für seine Haushaltsführung;

i) er genehmigt die vom Generaldirektor vorgenommene Ernennung der Direktoren der Agentur;

j) er genehmigt das Statut des Generaldirektors, das Personalstatut, die Haushaltsordnung und die Verdingungsordnung;

k) er kann seine Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen durch die Agentur hinsichtlich der in Artikel 2 genannten besonderen Vereinbarungen erteilen und nimmt die ausgehandelten Vereinbarungen an, bevor er sie der Generalversammlung zur Genehmigung vorlegt oder sie schließt, falls ihm eine solche Befugnis nach Artikel 13 Absatz 3 übertragen wurde;

l) er genehmigt eine Regelung über den Datenschutz;

m) er legt bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe f vorgesehenen Aufgaben die Regelungen und Verfahren fest, die für die Normen, Spezifikationen und Verfahrensweisen in Bezug auf die Flugverkehrs-Managementsysteme und -dienste gelten.

3. Der Rat setzt eine Kommission für Leistungsüberprüfung und eine Kommission für Sicherheitsregelung ein. Diese Kommissionen ergreifen Initiativen für die entsprechenden Vorschläge an den Rat; sie erhalten verwaltungsmäßige Unterstützung von den Diensten der Agentur, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben über die nötige Unabhängigkeit verfügen.

4. Der Rat setzt einen Ständigen Ausschuss für die Schnittstelle ziviler Bereich/militärischer Bereich ein.

5. Der Rat setzt einen Rechnungsprüfungsausschuss ein, dem er Aufgaben und – im Rahmen einer spezifischen Aufgabenstellung – Befugnisse übertragen kann.

6. Der Rat kann sich in anderen Tätigkeitsbereichen der Organisation von weiteren Ausschüssen unterstützen lassen.

7. Der Rat kann dem Ständigen Ausschuss für die Schnittstelle ziviler Bereich/militärischer Bereich und anderen Ausschüssen, die nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens eingesetzt werden, Aufgaben und – im Rahmen einer spezifischen Aufgabenstellung – Befugnisse übertragen. Die Übertragung von Aufgaben oder Befugnissen schließt nicht aus, dass der Rat

(b) approuve les principes qui régissent la structure générale de l'Agence;

(c) supervise les activités de l'Agence dans le domaine des redevances de navigation aérienne;

(d) détermine, après avoir consulté les organisations représentatives des usagers de l'espace aérien et des aéroports qu'il a reconnues, les conditions générales d'exploitation du système européen commun de gestion des courants de trafic aérien prévu à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2, en tenant dûment compte des prérogatives exercées par les Etats dans la gestion de leur espace aérien. Ces conditions générales doivent notamment prévoir les règles applicables, ainsi que les procédures de constatation du non-respect de ces règles;

(e) formule des directives à l'intention de l'Agence, au vu des comptes rendus réguliers fournis par celle-ci, ou chaque fois qu'il le juge nécessaire pour l'accomplissement des tâches confiées à l'Agence, et approuve les modalités de la coopération entre l'Agence et les structures nationales concernées pour permettre à l'Agence de prépare les propositions appropriées;

(f) désigne, sur proposition du Directeur général, la société d'auditeurs-conseil qui prête son concours à la Mission d'audit pour l'examen des comptes de l'ensemble des recettes et des dépenses;

(g) peut demander que les services de l'Agence fassent l'objet d'inspections administratives et techniques;

(h) donne décharge au Directeur général de sa gestion relative au budget;

(i) approuve la nomination par le Directeur général des Directeurs de l'Agence;

(j) approuve le Statut du Directeur général, le Statut administratif du personnel, le Règlement financier et le Règlement des marchés;

(k) peut autoriser l'ouverture par l'Agence de négociations relatives aux accords particuliers visés à l'article 2, adopte les accords négociés avant de les soumettre à l'approbation de l'Assemblée générale ou les conclut s'il bénéficie d'une délégation en vertu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 13;

(l) approuve un Règlement sur la protection des données;

(m) dans l'accomplissement des tâches visées à l'alinéa (f) du paragraphe 1 de l'article 2, fixe les règles et procédures applicables aux normes, spécifications et pratiques relatives aux systèmes et services de gestion de la circulation aérienne.

3. Le Conseil établit une Commission d'examen des performances et une Commission de réglementation de la sécurité. Ces Commissions font des propositions au Conseil et bénéficient de l'assistance et de l'appui administratif des services de l'Agence, qui disposent d'une indépendance suffisante pour exercer leurs fonctions.

4. Le Conseil établit un Comité permanent d'interface civile-militaire.

5. Le Conseil établit une Mission d'audit à laquelle il peut accorder une délégation d'attribution et, dans des limites précises, une délégation de pouvoirs.

6. Le Conseil peut se faire assister par d'autres comités dans d'autres domaines d'activité de l'Organisation.

7. Le Conseil peut accorder une délégation d'attribution et dans des limites précises, une délégation de pouvoirs au Comité permanent d'interface civile-militaire et à tout comité crée après l'entrée en vigueur de la présente Convention. Ces délégations d'attributions ou de pouvoirs ne font pas obstacle à la faculté pour le Conseil d'évoquer à tout moment une affaire dans le

jederzeit eine bestimmte Frage im Rahmen seiner allgemeinen Aufsichtsaufgabe aufgreifen kann.

Artikel 8

1. Beschlüsse in Bezug auf die Vertragsparteien, die von der Generalversammlung insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe a und des Artikels 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder vom Rat insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstabe b und des Artikels 7 Absatz 1 gefasst werden, bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Mehrheit mindestens drei Viertel der abgegebenen gewogenen Stimmen nach der in Artikel 11 vorgesehenen Wägung und mindestens drei Viertel der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss.

Diese Regel gilt auch für Beschlüsse, die in den in Artikel 2 Absatz 1 Buchstaben i, p, r und s und Absatz 5, Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a, c und d, Absatz 2 und Absatz 3 Buchstabe b, Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben d, j und k und Absätze 3, 6 und 7, Artikel 12 und Artikel 13 Absätze 2 und 3 genannten Fällen gefasst werden.

Diese Regel gilt ferner für Beschlüsse, die nach Artikel 3 der Anlage IV gefasst werden. Bei der Festlegung der in Artikel 3 Buchstabe c der Anlage IV genannten Gebührensätze, Tarife und Anwendungsbedingungen für das Flugsicherungs-Streckengebührensystem gilt der Beschluss nicht für eine Vertragspartei, die dagegen gestimmt hat und beschließt, entsprechend zu verfahren. In diesem Fall muss diese Vertragspartei jedoch ihre Gründe dafür darlegen und kann das in Artikel 6 Absatz 2 festgelegte gemeinsame Vorgehen nicht in Frage stellen.

2. Beschlüsse in Bezug auf die Agentur, die von der Generalversammlung insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstaben a und c sowie des Artikels 6 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder vom Rat insbesondere aufgrund des Artikels 1 Absatz 2 Buchstaben b und c gefasst werden, bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Mehrheit mehr als die Hälfte der abgegebenen gewogenen Stimmen nach der in Artikel 11 vorgesehenen Wägung und mehr als die Hälfte der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss. In Fällen von besonderer Bedeutung muss die Mehrheit mindestens drei Viertel statt mehr als die Hälfte der abgegebenen gewogenen Stimmen umfassen, sofern mindestens ein Drittel der stimmberechtigten Vertragsparteien einen entsprechenden Antrag stellt.

Diese Regel gilt auch für Beschlüsse, die in den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe a, Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a, b, c und e bis i sowie l und m, Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 2 genannten Fällen gefasst werden.

3. Jedoch werden die Beschlüsse in Bezug auf Anträge auf Beitritt zur Organisation nach Artikel 39, auf etwaige Änderungen der Anlage II, mit Ausnahme des in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten Falles, und der Anlage IV sowie auf die in Artikel 36 Absätze 4 und 5 und Artikel 38 Absätze 3 und 4 genannten Bedingungen des Rücktritts beziehungsweise des Beitritts mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefasst.

4. Die von der Generalversammlung und vom Rat gefassten Beschlüsse sind vorbehaltlich des Artikels 9 für die Vertragsparteien und für die Agentur bindend.

Artikel 9

1. Notifiziert eine Vertragspartei der Generalversammlung oder dem Rat, dass sie aus zwingenden Gründen nationaler Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen an der Ausführung eines nach Maßgabe des Artikels 8 Absatz 1 mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefassten Beschlusses gehindert ist, so kann sie von diesem Beschluss abweichen; jedoch hat sie der

cadre de sa mission de supervision générale.

Article 8

1. Les décisions prises à l'égard des Parties contractantes par l'Assemblée générale, notamment sur la base de l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 1 et du premier alinéa du paragraphe 1 de l'article 6, ou par le Conseil, notamment sur la base de l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 1 et du paragraphe 1 de l'article 7, sont acquises à la majorité des suffrages exprimés sous réserve que cette majorité représente au moins trois-quarts des suffrages pondérés exprimés selon la pondération prévue à l'article 11, et au moins trois-quarts des Parties contractantes exprimant un suffrage.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises dans les cas mentionnés aux alinéas (i), (p), (r) et (s) du paragraphe 1 de l'article 2, au paragraphe 5 de l'article 2, aux alinéas (a), (c) et (d) du paragraphe 1 de l'article 6, au paragraphe 2 de l'article 6, à l'alinéa (b) du paragraphe 3 de l'article 6, aux alinéas (d), (j) et (k) du paragraphe 2 de l'article 7, aux paragraphes 3, 6 et 7 de l'article 7, à l'article 12 et aux paragraphes 2 et 3 de l'article 13.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises en application de l'article 3 de l'Annexe IV. Dans les cas de détermination des taux unitaires, des tarifs et des conditions d'application du système de redevances de route mentionnés à l'alinéa (c) de l'article 3 de l'Annexe IV, une décision ne s'applique pas à une Partie contractante qui, ayant voté contre, en décide ainsi. Dans ce cas, cette Partie contractante a cependant l'obligation de présenter un exposé de ses raisons et ne peut remettre en cause la politique commune telle qu'elle est définie au paragraphe 2 de l'article 6.

2. Les décisions prises à l'égard de l'Agence par l'Assemblée générale, notamment sur la base des alinéas (a) et (c) du paragraphe 2 de l'article 1 et du premier alinéa du paragraphe 1 de l'article 6, ou par le Conseil, notamment sur la base des alinéas (b) et (c) du paragraphe 2 de l'article 1, sont acquises à la majorité des suffrages exprimés sous réserve que cette majorité représente plus de la moitié des suffrages pondérés exprimés selon la pondération prévue à l'article 11 et plus de la moitié des Parties contractantes exprimant un suffrage. Dans les cas d'une importance particulière et à condition qu'au moins un tiers des Parties contractantes ayant voix délibérative en fassent la demande, la majorité doit représenter au moins trois-quarts des suffrages pondérés exprimés au lieu de plus de la moitié.

Cette règle est également applicable pour les décisions prises dans les cas mentionnés à l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'article 6, à l'alinéa (a) du paragraphe 3 de l'article 6, aux alinéas (a) à (c) et (e) à (i), (l) et (m) du paragraphe 2 de l'article 7, au paragraphe 2 de l'article 9 et au paragraphe 2 de l'article 10.

3. Toutefois, les décisions sont prises à l'unanimité des suffrages exprimés en ce qui concerne les demandes d'adhésion à l'Organisation mentionnées à l'article 39, les modifications éventuelles apportées à l'Annexe II, à l'exception du cas visé à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 3, et à l'Annexe IV, et les conditions de retrait ou d'adhésion mentionnées aux paragraphes 4 et 5 de l'article 36 et aux paragraphes 3 et 4 de l'article 38.

4. Les décisions prises par l'Assemblée générale et le Conseil ont force d'obligation à l'égard des Parties contractantes et de l'Agence sous réserve des dispositions de l'article 9.

Article 9

1. Si une Partie contractante notifie à l'Assemblée générale ou au Conseil que des raisons impératives d'intérêt national touchant la défense nationale ou la sécurité l'empêchent de donner suite à une décision prise à la majorité des suffrages exprimés dans les conditions prévues au paragraphe 1 de l'article 8 ci-dessus, elle peut déroger à ladite décision sous

Generalversammlung oder dem Rat die Gründe dafür mitzuteilen und anzugeben, ob

a) es sich um eine Frage handelt, bei der kein Einwand dagegen besteht, dass der Beschluss für die anderen Vertragsparteien wirksam wird, wobei dargelegt werden muss, dass diese Vertragspartei ihrerseits den Beschluss nicht oder nur teilweise ausführen wird;

b) es sich um eine Frage von derart großer Bedeutung für ihre nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsinteressen handelt, dass der Beschluss überhaupt nicht umgesetzt werden darf, ohne dass zuvor nach dem in Absatz 2 Buchstabe b beschriebenen Verfahren ein zweiter Beschluss gefasst wird.

2.

a) Findet das Verfahren des Absatzes 1 Buchstabe a Anwendung, so berichtet der Generaldirektor der Generalversammlung oder dem Rat mindestens einmal jährlich über den Fortschritt der Arbeiten, die darauf abzielen, dass keine Vertragspartei abweicht.

b) Findet das Verfahren des Absatzes 1 Buchstabe b Anwendung, so wird die Umsetzung des betreffenden Beschlusses ausgesetzt und dieser wird innerhalb einer zu bestimmenden Frist der Generalversammlung zu einer zweiten Beschlussfassung vorgelegt, selbst wenn es sich bei dem ersten Beschluss um einen Beschluss des Rates handelte. Wird aufgrund der erneuten Prüfung der erste Beschluss durch den zweiten bestätigt, so kann eine Vertragspartei nach Maßgabe des Absatzes 1 Buchstabe a abweichen. Die Generalversammlung überprüft den ersten Beschluss innerhalb eines Zeitraums von höchstens einem Jahr.

3. Im Fall eines Krieges oder eines Konflikts wird die Handlungsfreiheit keiner der beteiligten Vertragsparteien durch dieses Übereinkommen beeinträchtigt. Derselbe Grundsatz gilt für Krisensituationen oder im Fall des Staatsnotstands. Insbesondere kann jede Vertragspartei aus zwingenden Gründen des nationalen Interesses, besonders auf dem Gebiet der Verteidigung, die Verantwortlichkeit für die Flugsicherungsdienste in dem ihrer Zuständigkeit unterstehenden Luftraum vorübergehend wieder ganz oder teilweise übernehmen. Die Architektur des europäischen Flugverkehrs-Managementsystems muss die wirksame Wiederübernahme dieser Dienste entsprechend den Erfordernissen der Vertragsparteien gestatten.

Artikel 10

1. Der jährliche Beitrag der einzelnen Vertragsparteien zum Haushalt wird für jedes Haushaltsjahr nach folgendem Verteilungsschlüssel bestimmt:

a) ein erster Teil von 30 % des Beitrags wird im Verhältnis der Höhe des Bruttosozialprodukts der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie es in Absatz 2 definiert ist;

b) ein zweiter Teil von 70 % des Beitrags wird im Verhältnis der Erhebungsgrundlage für Flugsicherungs-Streckengebühren der einzelnen Vertragsparteien berechnet, wie sie in Absatz 3 definiert ist.

2. Das hierbei zugrunde gelegte Bruttosozialprodukt ergibt sich aus den Statistiken der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder, wenn diese nicht vorliegen, aus denjenigen einer anderen Stelle, die gleichwertige Garantien bietet und aufgrund eines Beschlusses des Rates bezeichnet wurde, indem das arithmetische Mittel der letzten drei Jahre errechnet wird, für welche diese Statistiken vorliegen. Es handelt sich um das Bruttosozialprodukt nach Faktorkosten und laufenden Preisen in der geeigneten europäischen Rechnungseinheit.

3. Die hierbei angewendete Erhebungsgrundlage für die Flugsicherungs-Streckengebühren ist diejenige, die für das vorletzte Jahr vor dem betreffenden Haushaltsjahr maßgebend war.

réserve de présenter à l’Assemblée générale ou au Conseil un exposé de ces raisons et une déclaration, précisant si:

(a) il s’agit d’une question telle qu’il n’y a pas d’objection à ce que la décision prenne effet pour les autres Parties contractantes, étant précisé que pour sa part, ladite Partie contractante n’appliquera pas la décision ou l’appliquera seulement en partie;

(b) il s’agit d’une question d’une importance telle pour ses intérêts nationaux de défense et de sécurité que la décision ne doit pas être mise en œuvre du tout sans la prise d’une seconde décision, selon les modalités énoncées à l’alinéa (b) du paragraphe 2 ci-après.

2.

(a) Dans le cas où les modalités énoncées à l’alinéa (a) du paragraphe 1 sont d’application, le Directeur général rend compte, à l’Assemblée générale ou au Conseil, au moins une fois par an, de l’avancement des travaux visant à ce qu’aucune Partie contractante ne déroge.

(b) Dans le cas où les modalités énoncées à l’alinéa (b) du paragraphe 1 sont d’application, la mise en œuvre de la décision est suspendue et celle-ci est, dans un délai à déterminer, soumise à l’Assemblée générale pour une deuxième décision, même si la première est une décision du Conseil. Si comme suite à ce nouvel examen, la deuxième décision confirme la première, une Partie contractante peut y déroger dans les conditions prévues à l’alinéa (a) du paragraphe 1 ci-dessus. L’Assemblée générale réexaminera la première décision dans un délai ne pouvant excéder un an.

3. En cas de guerre ou de conflit, les dispositions de la présente Convention ne peuvent porter atteinte à la liberté d’action d’aucune des Parties contractantes affectées. Le même principe est d’application en cas de situation de crise ou d’urgence nationale. Chaque Partie contractante peut notamment reprendre temporairement la responsabilité, en tout ou en partie, des services de la circulation aérienne dans l’espace aérien relevant de sa compétence pour des raisons impératives d’intérêt national, notamment dans le domaine de la défense. L’architecture du système européen de gestion de la circulation aérienne doit permettre la reprise effective de ces services en conformité avec les besoins des Parties contractantes.

Article 10

1. La contribution annuelle de chacune des Parties contractantes au budget est, pour chaque exercice, déterminée selon la formule de répartition ci-après:

(a) une première fraction, à concurrence de 30 % de la contribution, est calculée proportionnellement à la valeur du produit national brut de la Partie contractante tel qu’il est défini au paragraphe 2 ci-dessous;

(b) une deuxième fraction, à concurrence de 70 % de la contribution, est calculée proportionnellement à la valeur de l’assiette des redevances de route de la Partie contractante telle qu’elle est définie au paragraphe 3 ci-dessous.

2. Le produit national brut qui est pris en compte est celui qui résulte des statistiques établies par l’Organisation de coopération et de développement économiques – ou à défaut par tout organisme offrant des garanties équivalentes et désigné en vertu d’une décision du Conseil – en calculant la moyenne arithmétique des trois dernières années pour lesquelles ces statistiques sont disponibles. Il s’agit du produit national brut au coût des facteurs et aux prix courants exprimé dans l’unité de compte européenne appropriée.

3. L’assiette des redevances de route qui est prise en compte est celle établie pour la pénultième année précédant l’exercice budgétaire en question.

Artikel 11

1. Die in Artikel 8 vorgesehene Wägung richtet sich nach folgender Tabelle:

Prozentsatz des Jahresbeitrags einer Vertragspartei im Verhältnis zu den Jahresbeiträgen aller Vertragsparteien	Stimmenzahl
Weniger als 1 %	1
1 bis weniger als 2 %	2
2 bis weniger als 3 %	3
3 bis weniger als 4,5 %	4
4½ bis weniger als 6 %	5
6 bis weniger als 7,5 %	6
7½ bis weniger als 9 %	7
9 bis weniger als 11 %	8
11 bis weniger als 13 %	9
13 bis weniger als 15 %	10
15 bis weniger als 18 %	11
18 bis weniger als 21 %	12
21 bis weniger als 24 %	13
24 bis weniger als 27 %	14
27 bis weniger als 30 %	15
30 %	16

2. Die anfängliche Festsetzung der Stimmenzahl erfolgt für den Zeitraum ab dem Inkrafttreten des 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls nach der vorstehenden Tabelle entsprechend der Regel über die Festsetzung der Jahresbeiträge der Vertragsparteien zum Haushalt der Organisation in Artikel 10.

3. Beim Beitritt eines Staates wird die Stimmenzahl der Vertragsparteien in der gleichen Weise neu festgesetzt.

4. Die Stimmenzahl wird alljährlich nach den obigen Bestimmungen neu festgesetzt.

Artikel 12

Die Generalversammlung und der Rat geben sich eine Geschäftsordnung, in der auch Regeln für die Wahl eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten sowie die Anwendungsregeln für das Abstimmungsverfahren und die Beschlussfähigkeit festgelegt werden.

Artikel 13

1. Die Organisation unterhält zu den in Betracht kommenden Staaten und anderen internationalen Organisationen die Beziehungen, die zur Verwirklichung ihres Zieles erforderlich sind.

2. Unbeschadet des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe k, des Absatzes 3 des vorliegenden Artikels und des Artikels 15 ist die Generalversammlung allein dafür zuständig, im Namen der Organisation die besonderen Vereinbarungen zu schließen, die zur Erfüllung der in Artikel 2 vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind.

3. Auf Vorschlag des Rates kann die Generalversammlung diesem die Entscheidung über den Abschluss besonderer Vereinbarungen übertragen, die für die Erfüllung der in Artikel 2 vorgesehenen Aufgaben erforderlich sind.

Artikel 14

In den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 2 sind die jeweiligen Aufgaben, Rechte und Pflichten der Vertragsparteien der Vereinbarungen sowie die Finanzierungsbedingungen und die zu treffenden Maßnahmen festzulegen. Die Verhandlungen können von der Agentur nach den in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe k festgelegten Regeln geführt werden.

Article 11

1. La pondération prévue à l'article 8 est déterminée selon le tableau suivant:

Pourcentage de la contribution annuelle d'une Partie contractante par rapport aux contributions annuelles de l'ensemble des Parties contractantes	Nombre de voix
Inférieur à 1 %	1
De 1 à moins de 2 %	2
De 2 à moins de 3 %	3
De 3 à moins de 4½ %	4
De 4½ à moins de 6 %	5
De 6 à moins de 7½ %	6
De 7½ à moins de 9 %	7
De 9 à moins de 11 %	8
De 11 à moins de 13 %	9
De 13 à moins de 15 %	10
De 15 à moins de 18 %	11
De 18 à moins de 21 %	12
De 21 à moins de 24 %	13
De 24 à moins de 27 %	14
De 27 à moins de 30 %	15
30 %	16

2. La fixation initiale du nombre de voix est faite, à compter de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, par référence au tableau ci-dessus et conformément à la règle de détermination des contributions annuelles des Parties contractantes au budget de l'Organisation qui figure à l'article 10 ci-dessus.

3. En cas d'adhésion d'un Etat, il est procédé de la même manière à une nouvelle fixation du nombre de voix des Parties contractantes.

4. Il est procédé chaque année à une nouvelle fixation du nombre des voix, selon les dispositions prévues ci-dessus.

Article 12

L'Assemblée générale et le Conseil établissent leur Règlement intérieur, que fixe notamment les règles régissant l'élection d'un Président et d'un Vice-Président, ainsi que les règles d'application de la procédure de scrutin et du quorum.

Article 13

1. L'Organisation entretient avec les Etats et les autres organisations internationales intéressés les relations utiles à la réalisation de son objet.

2. L'Assemblée générale est, sans préjudice des dispositions de l'alinéa (k) du paragraphe 2 de l'article 7, du paragraphe 3 du présent article et de l'article 15, seule compétente pour conclure au nom de l'Organisation les accords particuliers nécessaires à l'exécution de tâches prévues à l'article 2.

3. L'Assemblée générale peut, sur proposition du Conseil, déléguer à ce dernier la décision du conclure les accords particuliers nécessaires à l'exécution des tâches prévues à l'article 2.

Article 14

Les accords particuliers prévus à l'article 2 doivent fixer les tâches, droits et obligations respectifs des Parties aux accords ainsi que les conditions de financement et déterminer les mesures à prendre. Ils peuvent être négociés par l'Agence dans les conditions prévues à l'alinéa (k) du paragraphe 2 de l'article 7.

Artikel 15

Die Agentur kann im Rahmen der vom Rat erteilten Richtlinien die für die Koordinierung des Luftverkehrs und für die Tätigkeit ihrer eigenen Dienste unerlässlichen Verbindungen zu den in Frage kommenden öffentlichen und privaten technischen Diensten der Vertragsparteien, von Nichtvertragsparteien und von internationalen Organen herstellen. Sie kann zu diesem Zweck vorbehaltlich einer Mitteilung an den Rat im Namen der Organisation Verträge ausschließlich verwaltungsmäßiger, technischer oder kaufmännischer Art schließen, soweit dies für ihre Tätigkeit erforderlich ist.

Article 15

Dans le cadre des directives données par le Conseil, l'Agence peut établir avec les services techniques intéressés, publics ou privés, relevant des Parties contractantes, de Parties non contractantes ou d'organismes internationaux, les relations indispensables à la coordination de la circulation aérienne et au fonctionnement de ses propres services. Elle peut conclure à cet effet, au nom de l'Organisation, sous réserve d'en informer le Conseil, des contrats de caractère purement administratif, technique ou commercial dans la mesure où ils sont nécessaires à son fonctionnement.

Artikel 16

1. Für den Erwerb von unbeweglichem Eigentum, das zur Errichtung der Anlagen der Organisation erforderlich ist, wird, soweit dies nach innerstaatlichem Recht vorgesehen ist, das Vorliegen eines öffentlichen Interesses mit den Wirkungen anerkannt, die sich aus diesem Recht für eine Enteignung aus Gründen des öffentlichen Interesses ergeben; die Zustimmung der beteiligten Regierungen bleibt vorbehalten. Das Enteignungsverfahren aus Gründen des öffentlichen Interesses kann von den zuständigen Behörden des betreffenden Staates nach innerstaatlichem Recht zur Herbeiführung des Erwerbs in Fällen betrieben werden, in denen eine gütliche Einigung nicht zustande kommt.

2. Im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, in dem das in Absatz 1 bezeichnete Verfahren nicht besteht, kann die Organisation das für die Zivilluftfahrt und das Fernmeldewesen anwendbare Zwangserwerbsverfahren in Anspruch nehmen.

3. Auf die für Rechnung der Organisation in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien geleisteten Arbeiten und Dienste wenden die Vertragsparteien zugunsten der Organisation die innerstaatlichen Vorschriften über Grundeigentumsbeschränkungen an, soweit solche im öffentlichen Interesse zugunsten innerstaatlicher Behörden mit gleicher Zielsetzung bestehen, insbesondere die Vorschriften, die sich auf Dienstbarkeiten im öffentlichen Interesse beziehen.

4. Die Organisation trägt die aus der Anwendung dieses Artikels entstehenden Kosten, einschließlich der Entschädigungen, die nach den Rechtsvorschriften des Staates gezahlt werden müssen, in dessen Hoheitsgebiet die Grundstücke gelegen sind.

Article 16

1. Le caractère d'utilité publique est reconnu, le cas échéant, conformément aux législations nationales, avec les effets qui découlent des dispositions de celles-ci relatives à l'expropriation pour cause d'utilité publique, aux acquisitions immobilières nécessaires à l'implantation des installations de l'Organisation, sous réserve de l'accord des gouvernements intéressés. La procédure d'expropriation pour cause d'utilité publique pourra être diligentée par les autorités compétentes de l'Etat en cause, conformément à sa législation nationale, en vue de réaliser ces acquisitions à défaut d'accord amiable.

2. Sur le territoire des Parties contractantes où la procédure visée au paragraphe précédent n'existe pas, l'Organisation peut bénéficier des procédures d'acquisition forcée utilisables au profit de l'aviation civile et des télécommunications.

3. Les Parties contractantes reconnaissent à l'Organisation, pour les ouvrages et services établis pour son compte sur leurs territoires respectifs, le bénéfice de l'application des réglementations nationales relatives aux limitations du droit de propriété immobilière qui existeraient dans l'intérêt public au profit des services nationaux pour le même objet et notamment de celles qui concernent les servitudes d'utilité publique.

4. L'Organisation supportera les frais découlant de l'application des dispositions du présent article, y compris le montant des indemnités dues conformément à la législation de l'Etat sur le territoire duquel les biens sont situés.

Artikel 17

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben wendet die Agentur die Bestimmungen an, die in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien und in den Lufträumen gelten, für die letzteren die Bereitstellung von Flugsicherungsdiensten durch internationale Übereinkünfte übertragen ist, deren Vertragspartei sie sind.

Article 17

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence applique les règlements en vigueur sur les territoires des Parties contractantes et dans les espaces aériens pour lesquels la fourniture des services de la circulation aérienne leur est confiée en vertu des accords internationaux auxquels elles sont parties.

Artikel 18

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben erteilt die Agentur im Rahmen der den Flugsicherungsdiensten übertragenen Befugnisse den verantwortlichen Luftfahrzeugführern alle erforderlichen Weisungen. Abgesehen von den Fällen höherer Gewalt, die in den in Artikel 17 erwähnten Bestimmungen geregelt sind, haben die verantwortlichen Luftfahrzeugführer diese Weisungen zu beachten.

Article 18

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, et dans la limite des droits conférés aux services de la circulation aérienne, l'Agence donne aux commandants de bord toutes instructions nécessaires. Ils sont tenus de s'y conformer, hormis les cas de force majeure envisagés dans les règlements mentionnés à l'article précédent.

Artikel 19

1. Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e vorgesehenen Aufgaben bestimmt die Organisation gemäß den in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d vorgesehenen allgemeinen Bedingungen die erforderlichen Regelungsmaßnahmen und teilt sie den Luftfahrzeughaltern und den entsprechenden Flugsicherungsdiensten mit. Die Vertragsparteien stellen sicher, dass die Luftfahrzeughalter, verantwortlichen Luftfahrzeugführer und entsprechenden Flugsicherungsdienste diese Maßnahmen beachten, es sei denn, dass zwingende Sicherheitsgründe sie daran hindern.

Article 19

1. Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2, l'Organisation détermine, conformément aux conditions générales prévues à l'alinéa (d) du paragraphe 2 de l'article 7, les mesures de régulation nécessaires, et les communique aux exploitants d'aéronefs et aux services appropriés de la circulation aérienne. Les Parties contractantes veillent à ce que les exploitants d'aéronefs, les commandants de bord et les services appropriés de la circulation aérienne se conforment à ces mesures, sauf raisons impérieuses de sécurité.

2. Für die Beachtung der in Absatz 1 genannten allgemeinen Bedingungen oder Regelungsmaßnahmen durch die Flugsicherungsdienste einer Vertragspartei ist ausschließlich diese Vertragspartei verantwortlich.

3. Bei Nichtbeachtung der in Absatz 1 genannten allgemeinen Bedingungen oder Regelungsmaßnahmen durch einen Luftfahrzeughalter oder verantwortlichen Luftfahrzeugführer kann auf Ersuchen der Organisation das Verfahren zur Verfolgung eines Zuwiderhandelnden eingeleitet werden

a) von der Vertragspartei, bei der die Nichtbeachtung festgestellt wurde, in ihrem Hoheitsgebiet;

b) von der Organisation entsprechend den in Artikel 35 festgelegten Zuständigkeiten, wenn die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Verfahren eingeleitet werden soll, damit einverstanden ist.

4. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, in ihr innerstaatliches Recht Bestimmungen aufzunehmen, welche die Beachtung der in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d vorgesehenen allgemeinen Bedingungen sicherstellen.

Artikel 20

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e sowie gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben werden Zuwiderhandlungen gegen die Luftverkehrsregeln in dem Luftraum, in dem die Agentur diese Aufgaben wahrnimmt, von Bediensteten, welche die Agentur hierzu besonders beauftragt hat, durch Aufnahme in ein Protokoll festgestellt; hierdurch wird das Recht auf Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art, das den Bediensteten der Vertragsparteien nach innerstaatlichem Recht zusteht, nicht berührt. Die oben genannten Protokolle haben vor den innerstaatlichen Gerichten den gleichen Wert wie die Protokolle der innerstaatlichen Bediensteten, die zur Feststellung von Zuwiderhandlungen gleicher Art befugt sind.

Artikel 21

1. Die Übermittlung von Veröffentlichungen und anderen Informationsunterlagen, die von der Organisation ausgehen oder an diese gerichtet sind und mit ihrer amtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen, unterliegt keinen Beschränkungen.

2. Bei ihrem amtlichen Nachrichtenverkehr und der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke hat die Organisation Anspruch auf eine ebenso günstige Behandlung, wie sie von den einzelnen Vertragsparteien vergleichbaren internationalen Organisationen gewährt wird.

Artikel 22

1. Die Organisation ist im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien von allen Steuern und sonstigen Abgaben anlässlich ihrer Gründung, Auflösung und Liquidation befreit.

2. Sie ist von allen Steuern und sonstigen Abgaben befreit, die anlässlich des Erwerbs von unbeweglichem Eigentum erhoben werden, das zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

3. Sie ist für sich selbst sowie für ihr Eigentum, ihre Vermögenswerte und ihre Einkünfte von allen direkten Steuern befreit.

4. Sie ist von den indirekten steuerlichen Abgaben befreit, die bei der Begebung von Anleihen entstehen können, bei denen sie persönlich Schuldnerin ist.

5. Sie ist von allen Steuern außerordentlicher oder diskriminierender Art befreit.

6. Die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen erstrecken sich nicht auf Abgaben und Gebühren, die eine Vergütung für Leistungen der öffentlichen Versorgung darstellen.

2. Le respect, par les services de la circulation aérienne d'une Partie contractante, des conditions générales ou des mesures de régulation mentionées au paragraphe 1 du présent article relève de la responsabilité exclusive de ladite Partie contractante.

3. A la requête de l'Organisation, en cas d'inobservation des conditions générales ou des mesures de régulation mentionnées au paragraphe 1 du présent article par un exploitant d'aéronef ou un commandant de bord, la procédure de poursuite d'un contrevenant peut être engagée:

(a) par la Partie contractante où l'inobservation a été constatée, sur son territoire;

(b) par l'Organisation conformément aux chefs de compétence énoncés à l'article 35, si la Partie contractante sur le territoire de laquelle la procédure doit être engagée en est d'accord.

4. Les Parties contractantes sont tenues d'incorporer dans leur législation nationale des dispositions assurant le respect des conditions générales prévues à l'alinéa (d) du paragraphe 2 de l'article 7.

Article 20

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, les infractions à la réglementation de la navigation aérienne commises dans l'espace aérien où l'Agence exerce ces tâches sont constatées dans les procès-verbaux par des agents spécialement commissionnés par elle à cet effet, sans préjudice du droit reconnu par les législations nationales aux agents des Parties contractantes de constater les infractions de même nature. Les procès-verbaux visés ci-dessus on devant les tribunaux nationaux la même valeur que ceux dressés par les agents nationaux qualifiés pour constater les infractions de même nature.

Article 21

1. La circulation des publications et des autres supports d'information expédiés par l'Organisation ou destinés à celle-ci, et correspondant à ses activités officielles n'est soumise à aucune restriction.

2. Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Organisation bénéficie d'un traitement aussi favorable que celui accordé par chaque Partie contractante aux organisations internationales similaires.

Article 22

1. L'Organisation est exonérée sur le territoire des Parties contractantes, de tous droits et taxes à l'occasion de sa constitution, de sa dissolution et de sa liquidation.

2. Elle est exonérée des droits et taxes auxquels donneraient lieu les acquisitions de biens immobiliers nécessaires à l'accomplissement de sa mission.

3. Elle est exonérée de tous impôts directs susceptibles de s'appliquer à elle-même, ainsi qu'à ses biens, avoirs et revenus.

4. Elle est exonérée des perceptions fiscales indirectes que pourraient entraîner les émissions d'emprunts et dont elle serait personnellement débitrice.

5. Elle est exonérée de tout impôt de caractère exceptionnel ou discriminatoire.

6. Les exonérations prévues au présent article ne s'étendent pas aux impôts et taxes perçus en rémunération de services d'utilité générale.

Artikel 23

1. Die Organisation ist von allen Zöllen und sonstigen Abgaben gleicher Wirkung, soweit es sich nicht um Gebühren oder Abgaben für geleistete Dienste handelt, und von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für Baustoffe, Material, Ausstattungen und andere Gegenstände befreit, die zu ihrem Dienstgebrauch eingeführt und für ihre Liegenschaften, ihre Anlagen und ihren Betrieb bestimmt sind.

2. Die so eingeführten Waren dürfen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in die sie eingeführt worden sind, weder verkauft noch ausgeliehen noch entgeltlich oder unentgeltlich veräußert werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieser Vertragspartei festsetzt.

3. Es können alle für zweckdienlich erachteten Kontrollmaßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Baustoffe, Materialien, Ausstattungen und anderen in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände, die für die Organisation eingeführt wurden, tatsächlich an diese ausgeliefert und für ihre dienstlichen Liegenschaften oder Anlagen oder ihren Betrieb verwendet werden.

4. Die Organisation ist von allen Zöllen und allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für die in Artikel 13 der beigefügten Satzung bezeichneten Veröffentlichungen befreit.

Artikel 24

1. Die Organisation kann, soweit dies zur Durchführung der ihrem Zweck entsprechenden Geschäfte erforderlich ist, Devisen jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, der Organisation die notwendigen Genehmigungen zu erteilen, um in Übereinstimmung mit den in den einschlägigen innerstaatlichen Vorschriften und internationalen Übereinkünften vorgesehenen Verfahren alle Transaktionen durchzuführen, die mit der Gründung und der Tätigkeit der Organisation zusammenhängen, einschließlich der Begebung und Bedienung von Anleihen, wenn die Regierung der beteiligten Vertragspartei deren Begebung genehmigt hat.

Artikel 25

1. Die Agentur kann Staatsangehörige der Vertragsparteien als qualifiziertes Personal zur Mitarbeit heranziehen.

2. Das Personal der Organisation genießt Befreiung von den Einwanderungsbeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer, wie sie allgemein dem Personal vergleichbarer internationaler Organisationen gewährt wird; das Gleiche gilt für die mit dem Personal im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen.

3.

a) Im Fall einer internationalen Krise gewähren die Vertragsparteien dem Personal der Organisation und den mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat, wie sie dem Personal anderer internationaler Organisationen gewährt werden.

b) Die Verpflichtungen des Personals gegenüber der Organisation werden von den Bestimmungen unter Buchstabe a nicht berührt.

4. Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 sind nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit zulässig.

5. Das Personal der Organisation

a) ist bei der Einfuhr seiner persönlichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen gebrauchten Hausratsgüter, die es bei seiner erstmaligen Niederlassung aus dem Ausland mitbringt, sowie bei der Wiederausfuhr der gleichen Gebrauchsgegenstände, Möbel und sonstigen Hausratsgüter

Article 23

1. L'Organisation est exonérée de tous droits de douane et taxes ou redevances d'effet équivalent, autres que des redevances représentatives de services rendus, et exemptée de toute prohibition et restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les matériaux, matériels, fournitures et autres objets importés pour l'usage officiel de l'Organisation et destinés aux immeubles et installations de l'Organisation ou à son fonctionnement.

2. Les marchandises ainsi importées ne peuvent être ni vendues, ni prêtées ou cédées, soit à titre gratuit soit à titre onéreux, sur le territoire de la Partie contractante dans laquelle elles auront été introduites, sauf dans les conditions fixées par le gouvernement de la Partie contractante intéressée.

3. Toutes mesures de contrôle jugées utiles pourront être prises pour s'assurer que les matériaux, matériels, fournitures et autres objets indiqués au premier paragraphe et importés à destination de l'Organisation ont bien été livrés à ladite Organisation et affectés aux immeubles et installations officiels ou à son fonctionnement.

4. L'Organisation est exonérée de tous droits de douane et exemptée de toute prohibition ou restriction d'importation ou d'exportation en ce qui concerne les publications visées à l'article 13 des Statuts ci-annexés.

Article 24

1. L'Organisation peut détenir toutes devises et avoir des comptes en toutes monnaies dans la mesure nécessaire à l'exécution des opérations répondant à son objet.

2. Les Parties contractantes s'engagent à lui accorder les autorisations nécessaires pour effectuer, suivant les modalités prévues dans les règlements nationaux et accords internationaux applicables, tous les mouvements de fonds auxquels donneront lieu la constitution et l'activité de l'Organisation y compris l'émission et le service des emprunts lorsque l'émission de ces derniers aura été autorisée par le gouvernement de la Partie contractante intéressée.

Article 25

1. L'Agence peut faire appel au concours de personnes qualifiées ressortissantes des Parties contractantes.

2. Les membres du personnel de l'Organisation ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer bénéficient des exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales similaires.

3.

(a) Les Parties contractantes accordent, en période de crise internationale, aux membres du personnel de l'Organisation et aux membres de leur famille vivant à leur foyer, les mêmes facilités de rapatriement que celles reconnues au personnel des autres organisations internationales.

(b) Les obligations du personnel de l'Organisation vis-à-vis de celle-ci ne sont pas affectées par la disposition du (a) ci-dessus.

4. Il ne peut être fait exception aux dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article que pour des motifs tirés de l'ordre, de la sécurité ou de la santé publics.

5. Les membres du personnel de l'Organisation:

(a) bénéficient de la franchise des droits et taxes de douane autres que les redevances ou impositions représentatives de services rendus, pour l'importation des effets personnels, meubles et autres objets de ménage usagés qu'ils apportent de l'étranger lors de leur premier établissement

bei Beendigung seiner Tätigkeit von Zöllen und sonstigen Abgaben befreit, soweit es sich nicht um Gebühren und Abgaben für geleistete Dienste handelt;

b) kann bei Antritt seines Dienstes im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei sein privates Kraftfahrzeug vorübergehend zollfrei einführen und spätestens bei Beendigung der Amtszeit zollfrei wieder ausführen, jedoch in beiden Fällen vorbehaltlich der Bedingungen, welche die Regierung der beteiligten Vertragspartei in jedem Einzelfall für erforderlich erachtet;

c) genießt Unverletzlichkeit aller seiner amtlichen Schriftstücke und Urkunden.

6. Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, die in Absatz 5 Buchstaben a und b genannten Erleichterungen ihren eigenen Staatsangehörigen zu gewähren.

7. Der Generaldirektor der Agentur genießt außer den für das Personal der Organisation vorgesehenen Vorrechten, Befreiungen und Erleichterungen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der in Ausübung seines Amtes vorgenommenen Handlungen einschließlich seiner mündlichen und schriftlichen Äußerungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften über den Straßenverkehr oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Fahrzeug verursacht wird.

8. Die beteiligten Regierungen ergreifen alle zweckdienlichen Maßnahmen, um den freien Transfer der Netto-Bezüge sicherzustellen.

Artikel 26

Die Vertreter der Vertragsparteien genießen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und während der Reise zum und vom Sitzungsort Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden.

Artikel 27

Aufgrund des der Organisation eigenen Systems der Sozialen Sicherheit sind die Organisation, der Generaldirektor und das Personal unbeschadet der zwischen der Organisation und einer Vertragspartei bei Inkrafttreten des 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls bestehenden Regelung von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit.

Artikel 28

1. Für die vertragliche Haftung der Organisation gilt das Recht, das auf den jeweiligen Vertrag anzuwenden ist.

2. Im Bereich der außervertraglichen Haftung ist die Organisation verpflichtet, die durch Verschulden ihrer Organe oder Bediensteten in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit verursachten Schäden in dem Maße zu ersetzen, wie sie diesen zuzurechnen sind. Andere Schadensersatzansprüche aufgrund des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien werden hierdurch nicht ausgeschlossen.

Artikel 29

1.

a) Die Anlagen der Organisation sind unverletzlich. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation dürfen weder beschlagnahmt noch enteignet noch eingezogen werden.

b) Die Archive der Organisation und alle ihr gehörenden amtlichen Schriftstücke und Urkunden sind, gleichviel wo sie sich befinden, unverletzlich.

2. Das Eigentum und die Vermögenswerte der Organisation können nur aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung beschlagnahmt werden oder Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein. Diese gerichtliche Entscheidung kann nur unter der

et pour la réexportation de ces mêmes effets, meubles et objets, lors de la cessation de leurs fonctions;

(b) peuvent, à l'occasion de leur prise de fonction sur le territoire de l'une des Parties contractantes, importer temporairement en franchise leur voiture automobile personnelle et ensuite, au plus tard à la fin de leur temps de service, réexporter ce véhicule en franchise, sous réserve, dans l'une et l'autre hypothèse, des conditions jugées nécessaires dans tous les cas particuliers, par le gouvernement de la Partie contractante intéressée;

(c) jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels.

6. Il n'est pas fait obligation aux Parties contractantes d'accorder à leurs propres ressortissants les facilités prévues aux (a) et (b) du paragraphe 5 ci-dessus.

7. Le Directeur général de l'Agence, outre les privilèges, exemptions et facilités prévus pour le personnel de l'Organisation, jouit de l'immunité de juridiction pour ses actes, y compris ses paroles et écrits, accomplis dans le cadre de son activité officielle; cette immunité n'est pas applicable en cas d'infraction à la réglementation de la circulation routière ou en cas de dommage causé par un véhicule lui appartenant ou conduit par lui.

8. Les gouvernements intéressés prennent toutes mesures utiles pour assurer la liberté de transfert des salaires nets.

Article 26

Les représentants des Parties contractantes, dans l'exercice de leurs fonctions ainsi qu'au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de réunion, jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels.

Article 27

En raison de son régime propre de prévoyance sociale, l'Organisation, le Directeur général et le personnel de l'Organisation sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, sans préjudice des arrangements existant entre l'Organisation et une Partie contractante lors de l'entrée en vigueur du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997.

Article 28

1. La responsabilité contractuelle de l'Organisation est réglée par la loi applicable au contrat en cause.

2. En ce qui concerne la responsabilité non contractuelle, l'Organisation doit réparer les dommages causés par la faute de ses organes ou de ses agents dans l'exercice de leurs fonctions dans la mesure où ces dommages leur sont imputables. La disposition qui précède n'est pas exclusive du droit à d'autres réparations fondé sur la législation nationale des Parties contractantes.

Article 29

1.

(a) Les installations de l'Organisation sont inviolables. Les biens et avoirs de l'Organisation sont exemptés de toute réquisition, expropriation et confiscation.

(b) Les archives de l'Organisation et tous les papiers et documents officiels lui appartenant sont inviolables en quelque endroit qu'ils se trouvent.

2. Les biens et avoirs de l'Organisation ne peuvent être saisis ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée, si ce n'est par décision de justice. Cette décision de justice ne pourra être prise qu'à la condition que l'Organisation ait été informée dans un

Bedingung ergehen, dass die Organisation vorab mit einer ausreichenden Frist von dem entsprechenden Verfahren unterrichtet wurde und dass ihr angemessene Mittel zu ihrer Verteidigung zur Verfügung standen. Die Anlagen der Organisation können jedoch weder beschlagnahmt werden noch Gegenstand von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen sein.

3. Jedoch haben die zuständigen Behörden des Sitzstaats und der anderen Staaten, in denen sich Anlagen und Archive der Organisation befinden, zur Durchführung gerichtlicher Untersuchungen und zur Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet nach Unterrichtung des Generaldirektors der Agentur Zugang zu diesen Anlagen und Archiven.

Artikel 30

1. Die Organisation arbeitet jederzeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammen, um die ordnungsgemäße Rechtspflege zu erleichtern, die Beachtung der Polizeivorschriften zu gewährleisten und jeden Missbrauch zu verhindern, zu dem die in diesem Übereinkommen erwähnten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen oder Erleichterungen Anlass geben können.

2. Die Organisation erleichtert nach Möglichkeit alle Arbeiten im öffentlichen Interesse, die im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien innerhalb oder in der Nähe der von ihr benutzten Grundstücke auszuführen sind.

Artikel 31

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e und gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben sind die internationalen Übereinkünfte und die innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der betreffenden Vertragsparteien für die Agentur verbindlich; diese trifft alle für die Anwendung dieser Übereinkünfte und Vorschriften notwendigen Maßnahmen.

Artikel 32

Bei der Erfüllung der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e und gegebenenfalls Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b vorgesehenen Aufgaben ist die Agentur verpflichtet, den Vertragsparteien auf Verlangen alle Auskünfte über Luftfahrzeuge zu erteilen, von denen sie in Ausübung ihrer Tätigkeit in Bezug auf den Luftraum der betreffenden Vertragspartei Kenntnis erhält, damit die betreffenden Vertragsparteien die Anwendung der internationalen Übereinkünfte und der innerstaatlichen Vorschriften überwachen können.

Artikel 33

Die Vertragsparteien erkennen an, dass die Agentur ihr finanzielles Gleichgewicht erlangen muss, und verpflichten sich, ihr in den Grenzen und zu den Bedingungen, die in diesem Übereinkommen und in der als Anlage I beigefügten Satzung der Agentur festgelegt sind, angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Artikel 34

1. Jede Streitigkeit, die zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien oder zwischen einer oder mehreren Vertragsparteien und der Organisation über die Auslegung, Anwendung oder Durchführung dieses Übereinkommens, insbesondere hinsichtlich seines Bestehens, seiner Gültigkeit oder seiner Beendigung, entsteht und die nicht innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten durch unmittelbare Verhandlungen oder auf andere Weise beigelegt werden kann, wird einem Schiedsverfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag nach dessen fakultativen Verfahrensregeln unterworfen.

2. Die Zahl der Schiedsrichter wird auf drei festgesetzt.

délai raisonnable de la procédure en question et qu'elle ait pu disposer de moyens adéquates pour développer sa défense. Toutefois, les installations de l'Organisation ne peuvent être saisies ni faire l'objet de mesures d'exécution forcée.

3. Toutefois, pour effectuer les enquêtes judiciaires et assurer l'exécution des décisions de justice sur leur territoire respectif, les autorités compétentes de l'Etat du siège et des autres pays où sont situées ces installations et archives ont accès, après en avoir avisé le Directeur général de l'Agence, aux installations et archives de l'Organisation.

Article 30

1. L'Organisation collabore en tout temps avec les autorités compétentes des Parties contractantes en vue de faciliter la bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police, et d'éviter tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges, immunités, exemptions ou facilités énumérés dans la présente Convention.

2. L'Organisation facilite dans la mesure du possible la réalisation des travaux d'intérêt public à exécuter sur le territoire des Parties contractantes à l'intérieur ou dans le voisinage des immeubles qui lui sont affectés.

Article 31

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2 les accords internationaux et les réglementations nationales relatives à l'accès, au survol et à la sécurité du territoire des Parties contractantes concernées sont obligatoires pour l'Agence qui prend toutes mesures nécessaires à leur application.

Article 32

Dans l'exercice des tâches prévues à l'alinéa (e) du paragraphe 1 de l'article 2 ainsi que, le cas échéant, des tâches prévues à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'article 2, l'Agence est tenue de donner aux Parties contractantes qui en formulent la demande toutes les informations relatives aux aéronefs dont elle a connaissance dans l'exercice de ses fonctions liées à l'espace aérien de la Partie contractante concernée, afin de permettre auxdites Parties contractantes concernées de contrôler l'application des accords internationaux et des réglementations nationales.

Article 33

Les Parties contractantes reconnaissent la nécessité pour l'Agence de réaliser son équilibre financier, et s'engagent à mettre à sa disposition les moyens financiers appropriés dans les limites et conditions définies par la présente Convention et les Statuts de l'Agence figurant en Annexe I.

Article 34

1. Tout différend survenant entre deux Parties contractantes ou davantage, ou entre une ou plusieurs Parties contractantes et l'Organisation, au sujet de l'interprétation, de l'application ou de l'exécution de la présente Convention, notamment en ce qui concerne son existence, sa validité ou sa résiliation, qui n'aura pu être réglé dans un délai de six mois par voie de négociations directes ou par tout autre mode de règlement, est soumis à l'arbitrage de la Cour permanente d'arbitrage de La Haye, conformément au Règlement facultatif d'arbitrage de ladite Cour.

2. Le nombre d'arbitres est fixé à trois.

3. Das Schiedsverfahren findet in Den Haag statt. Das Internationale Büro des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag dient als Geschäftsstelle und leistet entsprechend den Weisungen des Ständigen Schiedsgerichtshofs Verwaltungsdienste.

4. Die Entscheidungen des Ständigen Schiedsgerichtshofs sind für die Streitparteien bindend.

Artikel 35

1. Unbeschadet der Anwendung der Bestimmungen der Anlage IV über die Zwangseinziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren sind für Streitigkeiten, die sich zwischen der Organisation, vertreten durch den Generaldirektor der Agentur, und natürlichen oder juristischen Personen bezüglich der Anwendung von Rechtsakten der Organisation ergeben, ausschließlich die Gerichte der Vertragsparteien zuständig.

2. Unbeschadet der Anwendung der Bestimmungen der Anlage IV über die Zwangseinziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren wird das Verfahren in der Vertragspartei anhängig gemacht, in der

a) der Beklagte seinen Wohnsitz oder Sitz hat;

b) der Beklagte eine Geschäftsniederlassung hat, falls sich sein Wohnsitz oder Sitz nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei befindet;

c) der Beklagte Vermögenswerte besitzt, falls keine der unter den Buchstaben a und b genannten Zuständigkeiten begründet ist;

d) EUROCONTROL ihren Sitz hat, falls keine der unter den Buchstaben a bis c genannten Zuständigkeiten begründet ist.

Artikel 36

1. Änderungen, die zu den in diesem Übereinkommen vorgesehenen Bedingungen an der in Anlage I enthaltenen Satzung der Agentur und an Artikel 16 und folgenden der in Anlage IV enthaltenen Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem vorgenommen werden, sind im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien gültig und rechtswirksam.

2. Die in Anlage III enthaltenen steuerlichen Bestimmungen und die Artikel 1 bis 15 der in Anlage IV enthaltenen Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem dürfen von der Generalversammlung nicht geändert werden.

3. Jede Vertragspartei ist für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet ab dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens, durch Anlage IV gebunden. Diese Dauer verlängert sich ohne Weiteres um jeweils fünf Jahre. Eine Vertragspartei, die der Generalversammlung mindestens zwei Jahre vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums schriftlich notifiziert, dass sie keine Verlängerung wünscht, ist nach Ablauf des jeweiligen Fünfjahreszeitraums durch Anlage IV nicht mehr gebunden.

4. Die Rechte und Pflichten der zurücktretenden Vertragspartei können, falls erforderlich, in einer besonderen Vereinbarung zwischen der betreffenden Vertragspartei und der Organisation festgelegt werden.

Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen, wobei die zurücktretende Vertragspartei nicht an der Abstimmung teilnimmt.

5. Eine Vertragspartei, die durch Anlage IV nicht mehr gebunden ist, kann bei der Generalversammlung jederzeit schriftlich beantragen, wieder durch Anlage IV gebunden zu sein. Die betreffende Vertragspartei ist nach Ablauf von sechs Monaten, gerechnet ab dem Tag, an dem die Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen der am gemeinsamen System teilnehmenden Vertragsparteien diesem Antrag stattgibt, erneut durch Anlage IV gebunden. Sie ist für die Dauer von fünf Jahren durch Anlage IV gebunden, gerechnet ab dem Tag, an

3. L'arbitrage a lieu à La Haye. Le Bureau international de la Cour permanente d'arbitrage sert de greffe et fournit des services administratifs suivant les instructions données par la Cour permanente d'arbitrage.

4. Les décisions de la Cour permanente d'arbitrage sont obligatoires pour les Parties au différend.

Article 35

1. Sans préjuger de l'application des dispositions de l'Annexe IV en matière de recouvrement forcé des redevances de route, les juridictions des Parties contractantes sont seules compétentes pour connaître des différends qui pourront naître entre l'Organisation, représentée par le Directeur général de l'Agence, et toute personne physique ou morale, relatifs à l'application des actes émanant de l'Organisation.

2. Sans préjuger de l'application des dispositions de l'Annexe IV en matière de recouvrement forcé des redevances de route, la procédure est engagée dans la Partie contractante:

(a) où le défendeur a son domicile ou son siège;

(b) où le défendeur a un établissement commercial si son domicile où son siège ne sont pas situés sur le territoire d'une Partie contractante;

(c) où le défendeur possède des avoirs, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) et (b) ci-dessus;

(d) où EUROCONTROL a son siège, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) à (c) ci-dessus.

Article 36

1. Les amendements apportés dans les conditions prévues à la présente Convention, aux Statuts de l'Agence figurant en Annexe I et aux articles 16 et suivants des dispositions relatives au système commun de redevances de route figurant en Annexe IV sont valables et ont effet sur le territoire des Parties contractantes.

2. Les dispositions fiscales figurant en Annexe III et les articles 1 à 15 inclus des dispositions relatives au système commun de redevances de route figurant en Annexe IV ne sont pas susceptibles de modification par l'Assemblée générale.

3. Chaque Partie contractante est liée par l'Annexe IV pour une durée de cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention. Cette durée de cinq ans est automatiquement prorogée par périodes de cinq années. La Partie contractante qui a notifié par écrit à l'Assemblée générale, au moins deux ans avant l'expiration de la période en cours, qu'elle ne souhaite pas de prorogation n'est plus liée par l'Annexe IV à l'expiration de cette période.

4. Les droits et obligations de la Partie contractante se retirant peuvent être déterminés si nécessaire dans un accord particulier conclu entre celle-ci et l'Organisation.

Cet accord devra être approuvé à l'unanimité des suffrages exprimés par l'Assemblée générale, la Partie contractante se retirant ne participant pas au vote.

5. La Partie contractante qui n'est plus liée par l'Annexe IV peut à tout moment notifier à l'Assemblée générale, par écrit, son souhait d'être liée à nouveau par les dispositions de l'Annexe IV. La Partie contractante en question est à nouveau liée par l'Annexe IV six mois à compter du jour où l'Assemblée générale, statuant à l'unanimité des suffrages exprimés des Parties contractantes participant au système commun, aura accepté cette demande. Ladite Partie contractante est liée par l'Annexe IV pour une durée de cinq ans à compter du jour où elle est à

dem sie erneut gebunden wird. Diese Dauer verlängert sich ohne Weiteres entsprechend den in Absatz 3 genannten Bedingungen.

Artikel 37

Die Vertragsparteien verpflichten sich, zugunsten der Agentur diejenigen geltenden Rechtsvorschriften anzuwenden, durch welche die ununterbrochene Tätigkeit der öffentlichen Versorgungsdienste sichergestellt werden soll, die für das reibungslose Funktionieren der Betriebsdienste erforderlich ist.

Artikel 38

1. Die Geltungsdauer dieses Übereinkommens in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung wird auf unbestimmte Zeit verlängert.

2. Nachdem das so verlängerte Übereinkommen zwanzig Jahre in Kraft war, kann jede Vertragspartei das Übereinkommen für sich durch eine schriftliche Notifikation an die Regierung des Königreichs Belgien beenden, welche die Regierungen der anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens von dieser Notifikation in Kenntnis setzt.

Der Rücktrittsbeschluss wird zum Ende des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem der Rücktritt notifiziert wurde, sofern die in Absatz 3 genannte besondere Vereinbarung bis dahin geschlossen wurde. Andernfalls wird der Rücktrittsbeschluss zu dem in der besonderen Vereinbarung festgelegten Zeitpunkt wirksam.

3. Die Rechte und Pflichten der zurücktretenden Vertragspartei, insbesondere solche finanzieller Art, werden in einer besonderen Vereinbarung zwischen der betreffenden Vertragspartei und der Organisation festgelegt.

Diese Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen, wobei die zurücktretende Vertragspartei nicht an der Abstimmung teilnimmt.

4. Die Organisation kann auf Beschluss der Generalversammlung, der mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen gefasst wird, aufgelöst werden, wenn die Zahl der Vertragsparteien auf weniger als 50 % der Unterzeichnerparteien des genannten Protokolls von 1997 sinkt.

5. Wird die Organisation nach Absatz 4 aufgelöst, so bestehen ihre Rechtspersönlichkeit und ihre Rechtsfähigkeit im Sinne des Artikels 4 für die Zwecke ihrer Liquidation fort.

Artikel 39

1. Voraussetzung für den Beitritt zu diesem Übereinkommen in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung ist im Fall der Staaten, die das letztgenannte Protokoll nicht unterzeichnet haben, die Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen.

2. Der Beschluss, dem Beitritt zuzustimmen, wird dem Nichtunterzeichnerstaat vom Präsidenten der Generalversammlung notifiziert.

3. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die Regierungen der anderen Staaten hiervon unterrichtet, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind.

4. Der Beitritt wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt.

Artikel 40

1. Dieses Übereinkommen in der durch das Protokoll vom 12. Februar 1981 und später durch das 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll geänderten Fassung steht

nouveau liée par l'Annexe IV. Cette durée est prorogée automatiquement dans les mêmes conditions que celles énoncées au paragraphe 3 ci-dessus.

Article 37

Les Parties contractantes s'engagent à faire bénéficier l'Agence des dispositions légales en vigueur visant à sauvegarder la continuité des services d'utilité générale nécessaires pour le bon fonctionnement des services opérationnels.

Article 38

1. La présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole du 12 février 1981, puis par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, est prorogée pour une durée indéterminée.

2. Après que la Convention ainsi prorogée aura été en vigueur pendant vingt ans, toute Partie contractante pourra mettre fin en ce qui la concerne à l'application de la Convention par une notification écrite au gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les gouvernements des autres Etats contractants.

La décision de retrait prendra effet à la fin de l'année suivant celle au cours de laquelle le retrait a été notifié, à condition que l'accord particulier prévu au paragraphe 3 ci-dessous ait été conclu à cette date. A défaut, la décision de retrait prendra effet à la date fixée dans ledit accord particulier.

3. Les droits et obligations, notamment en matière financière, de la Partie contractante se retirant seront déterminés dans un accord particulier conclu entre celle-ci et l'Organisation.

Cet accord devra être approuvé à l'unanimité des suffrages exprimés par l'Assemblée générale, la Partie contractante se retirant ne participant pas au vote.

4. L'Organisation peut être dissoute si le nombre des Parties contractantes se réduit à moins de 50 % des Parties signataires du Protocole de 1997 précité, sous réserve d'une décision de l'Assemblée générale statuant à l'unanimité des suffrages exprimés.

5. Si, en application de ce qui précède, l'Organisation est dissoute, sa personnalité et sa capacité juridiques, au sens de l'article 4, subsistent pour les besoins de sa liquidation.

Article 39

1. L'adhésion à la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole du 12 février 1981 et par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, de tout Etat non signataire de ce dernier Protocole, est subordonnée à l'accord de l'Assemblée générale statuant à l'unanimité des suffrages exprimés.

2. La décision d'accepter l'adhésion est notifiée à l'Etat non signataire par le Président de l'Assemblée générale.

3. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du gouvernement du Royaume de Belgique qui en avisera les gouvernements des autres Etats signataires et adhérents.

4. L'adhésion prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l'instrument d'adhésion.

Article 40

1. L'adhésion à la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole du 12 février 1981 et par le Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997, est ouverte aux organisations ré-

Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration zum Beitritt offen; die Bedingungen für einen solchen Beitritt sind zwischen den Vertragsparteien und den betreffenden Organisationen, in denen ein oder mehrere Unterzeichnerstaaten Mitglied sind, zu vereinbaren und in ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen aufzunehmen.

2. Die Beitrittsurkunde wird bei der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt, welche die anderen Vertragsparteien hiervon unterrichtet.

3. Der Beitritt einer Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration wird am ersten Tag des zweiten Monats wirksam, der auf die Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgt, sofern das in Absatz 1 genannte Zusatzprotokoll in Kraft getreten ist.

Diese Neufassung des materiellen Teiles des Übereinkommens und seiner Anlagen ist in deutscher, englischer, bulgarischer, kroatischer, dänischer, spanischer, französischer, griechischer, ungarischer, italienischer, niederländischer, norwegischer, portugiesischer, rumänischer, slowakischer, slowenischer, schwedischer, tschechischer und türkischer Sprache abgefasst. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist nach Maßgabe der Schlussklausel des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, nach Maßgabe der Schlussklausel des Protokolls vom 12. Februar 1981 zur Änderung des genannten Übereinkommens sowie nach Maßgabe der Schlussklausel des 1997 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls zur Neufassung des genannten Übereinkommens entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

gionales d’intégration économique, aux conditions dont conviendront les Parties contractantes et ces organisations, dont un ou plusieurs Etats signataires sont membres, ces conditions devant figurer dans un Protocole additionnel à la Convention.

2. L’instrument d’adhésion est déposé auprès du gouvernement du Royaume de Belgique, qui en avisera les autres Parties.

3. L’adhésion d’une organisation régionale d’intégration économique prendra effet le premier jour du deuxième mois suivant le dépôt de l’instrument d’adhésion, pour autant que le Protocole additionnel mentionné au paragraphe 1 soit entré en vigueur.

Le présent dispositif coordonné de la Convention et ses Annexes sont établis en langues allemande, anglaise, bulgare, croate, danoise, espagnole, française, grecque, hongroise, italienne, néerlandaise, norvégienne, portugaise, roumaine, slovaque, slovène, suédoise, tchèque et turque. En vertu de la clause finale de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960, de la clause finale du Protocole du 12 février 1981 amendant ladite Convention, ainsi que de la clause finale du Protocole ouvert à la signature à Bruxelles en 1997 et coordonnant ladite Convention suite aux différentes modifications intervenues, le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Anlage I

Satzung der Agentur

Artikel 1

1. Agentur ist das Organ, das mit der Erreichung der Ziele und der Erfüllung der Aufgaben betraut ist, die im Übereinkommen vorgesehen sind oder von der Generalversammlung oder vom Rat und deren nachgeordneten Organen festgelegt werden. Sie erarbeitet und unterbreitet den zuständigen Gremien Vorschläge in Bezug auf die Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen und die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben dieser Gremien sowie andere der Organisation übertragene Aufgaben. Außerdem unterstützt sie die Generalversammlung und den Rat sowie deren nachgeordnete Organe bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktionen.

2. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Agentur bei Bedarf von zivilen und militärischen Fachleuten unterstützt werden, die von den Staaten oder den betreffenden Organisationen zur Bereitstellung von Diensten benannt werden.

3. Die Agentur dient als Brennpunkt der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Koordination auf dem Gebiet der Flugsicherung. Sie unterbreitet Vorschläge und leistet die erforderliche Unterstützung für die Konvergenz in Richtung auf ein einheitliches europäisches Flugverkehrs-Managementsystem und bei der Implementierung dieses Systems.

4. Insbesondere leistet sie den Vertragsparteien sowie – aufgrund von Vereinbarungen nach Artikel 2 des Übereinkommens – anerkannten internationalen Organisationen und Nichtvertragsstaaten Dienste beim Erlass von Vorschriften sowie Informations-, Unterstützungs- und Beratungsdienste.

5. Die Agentur nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

a) Sie koordiniert die Implementierungspläne der Vertragsparteien, um Konvergenz in Richtung auf ein einheitliches europäisches Flugverkehrs-Managementsystem sicherzustellen;

b) sie prüft Fragen auf dem Gebiet der Flugsicherung, die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) oder anderen mit der Zivilluftfahrt befassten internationalen Organisationen untersucht werden, koordiniert Änderungen von ICAO-Dokumenten und legt sie vor;

c) sie erarbeitet Vorschläge zur detaillierten Planung in Bezug auf die Harmonisierung und Integration der Flugsicherungsdienste und -systeme, insbesondere der boden- und bordseitigen Bestandteile von Flugnavigationssystemen der Vertragsparteien, mit dem Ziel der Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems;

d) sie erarbeitet Vorschläge zu dem Mechanismus für strategische Planung und Gestaltung der Strecken und der unterstützenden Luftraumstrukturen in Abstimmung mit von den Staaten benannten zivilen und militärischen Fachleuten;

e) sie erarbeitet Vorschläge zur Harmonisierung der Vorschriften für Flugsicherungsdienste, entwickelt koordinierte oder gemeinsame Vorgehensweisen zur Verbesserung des Flugverkehrsmanagements auf Flughäfen und in deren Umgebung und unterstützt die Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Flexibilität bei der Nutzung des Luftraums durch zivile und militärische Benutzer;

f) sie unterbreitet Vorschläge zu allen Aspekten des allgemeinen Vorgehens und der Planung oder übernimmt dabei eine beratende Rolle. Ihr Tätigkeitsbereich ist nicht auf das Flugverkehrsmanagement für den Streckenverkehr beschränkt, sondern wird auf einen integrierten „Gate-to-Gate“-Ansatz für das Flugverkehrsmanagement ausgedehnt. Bei der Erarbeitung dieser Vorschläge wird die Agentur von Fachleuten der einzelnen Staaten unterstützt;

g) sie prüft und fördert Maßnahmen zur Erhöhung der Kostenwirksamkeit und Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Flugsicherung;

Annexe I

Statuts de l’Agence

Article 1

1. L’Agence est l’organe chargé d’atteindre les objectifs et d’exécuter les tâches énoncés par la Convention ou fixés par l’Assemblée générale ou par le Conseil et leurs organes subsidiaires. Elle établit et soumet aux organes compétents des propositions relatives à l’exercice de leurs fonctions et à l’exécution de leurs tâches ainsi qu’aux autres tâches déléguées à l’Organisation. Elle prête également assistance à l’Assemblée générale et au Conseil ainsi qu’à leurs organes subsidiaires dans l’exécution de leurs fonctions de surveillance.

2. Dans l’exercice de ses fonctions, l’Agence peut se faire assister, lorsque cela est nécessaire, par des experts civils et militaires désignés par les Etats ou les organisations de fourniture de services concernées.

3. L’Agence sert de point de centralisation de la coopération et de la coordination intergouvernementales dans le domaine de la navigation aérienne. Elle soumet des propositions et apporte l’appui nécessaire à la convergence vers un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne et à sa mise en œuvre.

4. Elle fournit en particulier des services de réglementation, d’information, d’appui et de conseil aux Parties contractantes, et sur la base d’accords conclus en application de l’article 2 de la Convention, à des organisations internationales reconnues et à des Etats non contractants.

5. En particulier, l’Agence:

(a) coordonne les plans de réalisation des Parties contractantes pour assurer la convergence vers un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(b) examine les questions relevant du domaine de la navigation aérienne étudiées par l’Organisation de l’aviation civile internationale (OACI) ou d’autres organisations internationales traitant de l’aviation civile, et coordonne et soumet des amendements aux documents de l’OACI;

(c) élabore des propositions de plans détaillés visant à l’harmonisation et à l’intégration des services et systèmes de la circulation aérienne, en particulier les éléments au sol et de bord des systèmes de navigation aérienne des Parties contractantes, en vue d’établir un système européen uniforme de gestion de la circulation aérienne;

(d) élabore des propositions relatives au mécanisme de planification et d’organisation stratégiques des routes et des structures d’appui de l’espace aérien en coordination avec des experts civils et militaires désignés par les Etats;

(e) élabore des propositions aux fins d’harmonisation des réglementations applicables aux services de la circulation aérienne, élabore des politiques coordonnées ou communes pour améliorer la gestion de la circulation aérienne sur le site et aux alentours des aéroports et favorise l’amélioration de l’efficacité et de la souplesse d’utilisation de l’espace aérien entre usagers civils et militaires;

(f) fait des propositions ou joue un rôle consultatif dans tous les aspects de la politique générale et de la planification. Son champ d’action n’est pas limité à la gestion du trafic aérien en route, mais élargi à une approche «de porte à porte» intégrée de la gestion du trafic aérien. Elle bénéficie de l’assistance des experts nationaux pour élaborer des propositions en la matière;

(g) étudie et promeut des mesures visant à l’amélioration de l’efficacité et du rendement dans le domaine de la navigation aérienne;

h) sie entwickelt gemeinsame Kriterien, Verfahren und Methoden zur Gewährleistung einer größtmöglichen Leistungsfähigkeit und Qualität der Flugverkehrs-Managementsysteme und der Flugsicherungsdienste;

i) sie koordiniert die Programme für Forschung, Entwicklung, Versuche und Erprobungen (RDTE-Programme) der nationalen Flugverkehrsmanagement-Organisationen, einschließlich der Erfassung und Verbreitung der Ergebnisse;

j) sie führt gemeinsame Untersuchungen, Versuche und angewandte Forschung sowie andere technische Entwicklungen durch;

k) sie definiert, konzipiert, entwickelt, erprobt und organisiert die Einrichtung eines einheitlichen europäischen Flugverkehrs-Managementsystems unter der Leitung des Rates.

6. Wenn die Agentur Flugsicherungsdienste durchführt, obliegt es ihr,

a) Zusammenstöße zwischen Luftfahrzeugen zu verhüten;

b) den geordneten und zügigen Ablauf des Flugverkehrs sicherzustellen;

c) Rat und Auskunft für die sichere und zweckmäßige Durchführung von Flügen zu erteilen;

d) die zuständigen Stellen zu benachrichtigen, wenn Luftfahrzeuge Such- und Rettungsdienste benötigen, und diesen Stellen die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

7. Die Agentur arbeitet eng mit den Benutzerorganisationen zusammen, um den Anforderungen der Zivilluftfahrt in möglichst wirkungsvoller und wirtschaftlicher Weise zu genügen. Sie arbeitet eng mit den militärischen Stellen zusammen, um unter den gleichen Bedingungen den besonderen Anforderungen der Militärluftfahrt zu genügen.

8. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Agentur unter anderem die von ihr benötigten Gebäude und Anlagen erstellen und betreiben. Um jeden Doppelaufwand zu vermeiden, nimmt sie jedoch die innerstaatlichen technischen Dienste sowie die bestehenden innerstaatlichen Anlagen in Anspruch, soweit dies technisch und wirtschaftlich gerechtfertigt ist.

Artikel 2

1. Vorbehaltlich der Befugnisse der Generalversammlung und des Rates wird die Agentur von einem Generaldirektor geleitet, der hinsichtlich der Bereitstellung, der Verwendung und eines ordnungsgemäßen Betriebs der ihm zur Verfügung gestellten technischen, finanziellen und personellen Mittel weitgehende Unabhängigkeit genießt. Er trifft zu diesem Zweck alle Maßnahmen, die er zur Erfüllung seiner Verpflichtungen für erforderlich hält.

2. Folgende Maßnahmen trifft der Generaldirektor jedoch, um sie dem Rat zur Genehmigung nach Maßgabe des Übereinkommens zu unterbreiten:

a) Er arbeitet Jahres- und Fünfjahres-Arbeitsprogramme mit Angabe der Auswirkungen auf die Entwicklung der Kosten und Gebührensätze aus;

b) er stellt den Fünfjahres-Finanzplan und den Haushalt, einschließlich der finanziellen Verpflichtungen, auf und legt die Gebührensätze und die Tarife unter den in Anlage IV genannten Bedingungen fest;

c) er legt dem Rat einen Jahresbericht über die Tätigkeit und die finanzielle Lage der Organisation vor;

d) er legt die Grundsätze für den allgemeinen Aufbau der Agentur vor, für dessen Einzelheiten er allein verantwortlich ist.

3. Außerdem trifft der Generaldirektor folgende Maßnahmen:

a) Er legt in regelmäßigen Abständen Rechenschaftsberichte vor und holt Weisungen beim Rat ein, wann immer die Gefahr besteht, dass die Ziele nicht erreicht werden oder dass die

(h) élabore des critères, des procédures et des méthodes communs pour assurer une efficacité et une qualité maximales des systèmes de gestion du trafic aérien et des services de la circulation aérienne;

(i) coordonne les programmes de recherche, de développement, d'essai et d'évaluation (RDTE) des organisations nationales de gestion du trafic aérien, notamment la collecte et la diffusion des résultats;

(j) réalise des études, essais et travaux de recherche appliquée communs, ainsi que d'autres développements techniques;

(k) définit, conçoit, met au point, valide et organise la réalisation d'un système uniforme de gestion de la circulation aérienne en Europe, sous l'égide du Conseil.

6. Lorsqu'elle assure des services de navigation aérienne, l'Agence a pour mission:

(a) d'éviter les abordages entre aéronefs;

(b) d'assurer l'écoulement ordonné et rapide de la circulation aérienne;

(c) de fournir les avis et les renseignements utiles à l'exécution sûre et efficace des vols;

(d) d'alerter les organes appropriés lorsque les aéronefs ont besoin de l'aide des services de recherche et de sauvetage, et de prêter à ces organes le concours nécessaire.

7. L'Agence travaille en étroite collaboration avec les organisations d'usagers, afin de satisfaire le plus efficacement et le plus économiquement possible les besoins de l'aviation civile. Elle travaille en étroite collaboration avec les autorités militaires afin de satisfaire dans les mêmes conditions les besoins particuliers de l'aviation militaire.

8. Pour l'exercice de sa mission, l'Agence peut notamment construire et exploiter les bâtiments et installations qui lui sont nécessaires. Elle fait toutefois appel aux services techniques nationaux et utilise les installations nationales existantes chaque fois que cela se justifie d'un point de vue technique et économique, afin d'éviter tout double emploi.

Article 2

1. Sous réserve des pouvoirs reconnus à l'Assemblée générale et au Conseil, l'Agence est administrée par un Directeur général qui bénéficie d'une large autonomie de gestion pour la mise en place, l'utilisation et le bon fonctionnement des moyens techniques, financiers et en personnel mis à sa disposition. Il prend à ce titre les initiatives qu'il juge nécessaires pour remplir ses obligations.

2. Néanmoins, le Directeur général doit, en vue de les soumettre à l'approbation du Conseil, conformément aux dispositions de la Convention:

(a) élaborer des programmes de travail annuel et quinquennal faisant état des incidences sur l'évolution des coûts et des taux unitaires;

(b) établir le plan financier quinquennal et le budget y compris les obligations financières et, dans les conditions prévues à l'Annexe IV, les taux unitaires et les tarifs;

(c) présenter au Conseil un rapport annuel sur les activités et la situation financière de l'Organisation;

(d) présenter les principes qui régissent la structure générale de l'Agence, les détails de cette structure relevant de la seule responsabilité du Directeur général.

3. En outre, le Directeur général:

(a) présente des comptes rendus à échéance régulière et sollicite des instructions du Conseil chaque fois que les objectifs risquent de ne pas être atteints, que les délais ou

Fristen oder Finanzgrenzen überschritten werden, sowie im Fall wesentlicher Änderungen der Programme;

b) er handelt die in Artikel 2 des Übereinkommens vorgesehenen Vereinbarungen im Rahmen der vom Rat erteilten Richtlinien aus.

Artikel 3

Der Generaldirektor arbeitet die Verdingungsordnung aus für

a) die Vergabe von Aufträgen über die Lieferung von Waren und Dienstleistungen an die Organisation,

b) die Lieferung von Waren und Dienstleistungen durch die Organisation,

c) den Verkauf oder die Veräußerung nicht mehr benötigter Vermögensgegenstände

und unterbreitet sie dem Rat zur Genehmigung.

Artikel 4

Der Generaldirektor arbeitet die Haushaltsordnung aus, in der insbesondere die Bedingungen für die Zahlung der Beiträge der Staaten sowie für die Aufnahme von Krediten durch die Agentur festgelegt werden, und legt sie dem Rat zur Genehmigung vor; er sorgt ferner für eine wirtschaftliche Haushaltsführung einschließlich der internen Revision.

Artikel 5

1. Unbeschadet des Rechtes der Vertragsparteien auf Unterbreitung von Vorschlägen arbeitet der Generaldirektor das Personalstatut für die Agentur aus und legt es dem Rat zur Genehmigung vor.

a) Das Personalstatut hat insbesondere Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit des Personals, die Verfahren und Grundsätze der Auswahl und der Einstellung, die Gehaltsstufen, die Versorgungsleistungen, die interne Steuer, die Unvereinbarkeit von Ämtern, das Amtsgeheimnis und die Kontinuität des Dienstes vorzusehen;

b) das Personal der Agentur wird aus dem Kreis der Staatsangehörigen der Vertragsparteien eingestellt. Personal aus Nichtvertragsstaaten kann im Rahmen von Vereinbarungen nach Artikel 2 Absatz 3 des Übereinkommens oder in Ausnahmefällen aufgrund einer hinreichend begründeten Entscheidung des Generaldirektors eingestellt werden.

2. Für Streitigkeiten zwischen der Organisation und dem Personal der Agentur ist allein das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation unter Ausschluss aller anderen nationalen und internationalen Gerichte zuständig.

Artikel 6

1. Der Generaldirektor wird von der Generalversammlung mit der Mehrheit der gewogenen Stimmen für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt, wobei diese Mehrheit drei Viertel der abgegebenen gewogenen Stimmen nach der in Artikel 11 des Übereinkommens vorgesehenen Wägung und mindestens drei Viertel der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss. Seine Amtszeit kann auf dieselbe Weise einmal verlängert werden. Das Statut des Generaldirektors wird vom Rat genehmigt.

2. Der Generaldirektor vertritt die Organisation gerichtlich und außergerichtlich.

3. Ferner übt der Generaldirektor in Übereinstimmung mit den von der Generalversammlung und vom Rat festgelegten Vorgehensweisen folgende Befugnisse aus:

a) Er kann die Bediensteten nach den im Personalstatut vorgesehenen Regeln ernennen und entlassen; Ernennungen in den Laufbahngruppen A1 und A2 erfolgen in der Regel für

plafonds financiers risquent d'être dépassés, ou en cas de modifications importantes apportées aux programmes;

(b) négocie les accords prévus à l'article 2 de la Convention dans le cadre des directives émises par le Conseil.

Article 3

Le Directeur général élabore, et soumet à l'approbation du Conseil, le Règlement des marchés portant sur:

(a) la passation des marchés pour la fourniture de biens et de services à l'Organisation;

(b) la fourniture de biens et de services par l'Organisation;

(c) la vente ou la cession d'actifs excédentaires.

Article 4

Le Directeur général élabore, et soumet à l'approbation du Conseil, le Règlement financier qui fixe notamment les conditions régissant le versement des contributions nationales, ainsi que les conditions de recours à l'emprunt par l'Agence, et veille à la bonne gestion financière, y compris l'audit interne.

Article 5

1. Sans préjudice du droit pour les Parties contractantes de présenter des propositions, le Directeur général élabore et soumet à l'approbation du Conseil le Statut administratif du personnel de l'Agence:

(a) celui-ci comporte notamment des dispositions relatives à la nationalité du personnel, aux procédures et aux principes pour la sélection et le recrutement, aux barèmes de traitement, aux pensions, à l'impôt interne, aux incompatibilités, au secret professionnel et à la continuité du service;

(b) le recrutement du personnel de l'Agence s'effectue parmi les ressortissants des Parties contractantes. Du personnel d'Etats non-contractantes peut être employé dans le cadre des accords prévus au paragraphe 3 de l'article 2 de la Convention, ou dans des cas exceptionnels sur décision dûment motivée du Directeur général.

2. Le Tribunal administratif de l'Organisation internationale du Travail est seul compétent pour connaître des litiges opposant l'Organisation et le personnel de l'Agence, à l'exclusion de toute autre juridiction, nationale ou internationale.

Article 6

1. Le Directeur général est nommé pour un mandat de cinq ans, par l'Assemblée générale à la majorité pondérée, sous réserve que cette majorité atteigne les trois-quarts des suffrages pondérés exprimés, selon la pondération prévue à l'article 11 de la Convention, et au moins trois-quarts des Parties contractantes exprimant un suffrage. Son mandat est renouvelable une fois dans les mêmes conditions. Le Statut du Directeur général est approuvé par le Conseil.

2. Le Directeur général représente l'Organisation en justice et dans tous les actes de la vie civile.

3. En outre, conformément aux politiques arrêtées par l'Assemblée générale et le Conseil, le Directeur général:

(a) peut nommer les membres du personnel et mettre fin à leurs services dans les conditions prévues au Statut administratif du personnel; la nomination pour un mandat de cinq ans en

eine Amtszeit von fünf Jahren, die einmal verlängert werden kann, und unterliegen der Genehmigung durch den Rat;

b) er kann nach den in der Haushaltsordnung festgelegten Bedingungen und in dem vom Rat hierfür bestimmten Umfang Kredite aufnehmen;

c) er kann nach der in Artikel 3 genannten Verdingungsordnung in dem vom Rat hierfür bestimmten Umfang Aufträge vergeben;

d) er arbeitet die in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe l des Übereinkommens vorgesehene Regelung über den Datenschutz aus und legt sie dem Rat zur Genehmigung vor;

e) er arbeitet die Regelungen und Verfahren aus, die für Normen, Spezifikationen und Verfahrensweisen in Bezug auf die Flugverkehrs-Managementsysteme und -dienste gelten, und legt sie dem Rat zur Genehmigung vor.

4. Der Generaldirektor übt diese Aufgaben ohne vorherige Einschaltung des Rates aus, muss diesen aber über alle aufgrund der vorgenannten Befugnisse getroffenen Maßnahmen unterrichten.

5. Der Rat legt die Bedingungen fest, unter denen der Generaldirektor im Fall seiner Verhinderung vertreten werden kann.

Artikel 7

1. Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Alle Einnahmen und Ausgaben der Agentur werden für jedes Haushaltsjahr veranschlagt.

2. Das Haushaltsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

3. Der Generaldirektor legt den Entwurf des Haushaltsplans und des Fünfjahres-Finanzplans spätestens am 31. Oktober des Vorjahrs dem Rat zur Genehmigung vor.

Artikel 8

1. Die Organisation kann die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten aufnehmen.

2. Die Organisation kann auf dem Geld- und Kapitalmarkt einer Vertragspartei Anleihen entweder nach den dort für Inlandsanleihen geltenden Rechtsvorschriften oder – in Ermangelung solcher Vorschriften – mit Zustimmung der betreffenden Vertragspartei begeben.

3. Die Haushaltsordnung bestimmt das Verfahren, nach dem die Organisation Kredite aufnimmt und zurückzahlt.

4. Im Haushaltsplan und im Fünfjahres-Finanzplan wird der Höchstbetrag festgesetzt, bis zu dem die Organisation während der durch den betreffenden Haushaltsplan beziehungsweise durch den Fünfjahres-Finanzplan erfassten Jahre Kredite aufnehmen kann.

5. Auf den in diesem Artikel genannten Gebieten handelt die Organisation im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden oder der Notenbank der Vertragsparteien.

Artikel 9

Der Haushaltsplan und der Fünfjahres-Finanzplan können erforderlichenfalls im Lauf des Haushaltsjahrs nach dem gleichen Verfahren überprüft werden, das für ihre Aufstellung und Genehmigung vorgesehen ist.

Artikel 10

1. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung sowie die Finanzverwaltung der Agentur werden alljährlich durch einen Rechnungsprüfungsausschuss geprüft.

2. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird bei seiner Aufgabe durch externe Wirtschaftsprüfer unterstützt. Das externe Wirt-

règle générale, renouvelable une fois, à des fonctions de grade A1 et A2 est soumise à l'approbation du Conseil;

(b) peut contracter des emprunts aux conditions prescrites par le Règlement financier et dans les limites fixées à cet effet par le Conseil;

(c) peut passer des contrats conformément au Règlement des marchés visé à l'article 3 et dans les limites fixées à cet effet par le Conseil;

(d) élabore et soumet à l'approbation du Conseil le Règlement de protection des données prévu à l'alinéa (l) du paragraphe 2 de l'article 7 de la Convention;

(e) élabore et soumet à l'approbation du Conseil les règles et procédures applicables aux normes, spécifications et pratiques relatives aux systèmes et services de gestion de la circulation aérienne.

4. Le Directeur général s'acquitte de ces fonctions sans en référer préalablement au Conseil, mais tient ce dernier informé de toutes les mesures prises en vertu des pouvoirs précités.

5. Le Conseil détermine les conditions dans lesquelles le Directeur général peut être remplacé en cas d'empêchement.

Article 7

1. Le budget doit être équilibré en recettes et dépenses.

Toutes les recettes et dépenses de l'Agence doivent faire l'objet de prévisions pour chaque exercice budgétaire.

2. L'exercice budgétaire commence le 1er janvier et prend fin le 31 décembre.

3. Le Directeur général soumet le projet de budget et de plan financier quinquennal à l'approbation du Conseil au plus tard le 31 octobre de l'année précédente.

Article 8

1. L'Organisation peut emprunter sur les marchés financiers internationaux les ressources nécessaires à l'accomplissement de ses tâches.

2. L'Organisation peut émettre des emprunts sur les marchés financiers d'une Partie contractante dans le cadre de la réglementation nationale applicable à l'émission d'emprunts intérieurs, ou à défaut d'une telle réglementation avec l'accord de la Partie contractante.

3. Le Règlement financier fixe les procédures selon lesquelles l'Organisation contracte et rembourse les emprunts.

4. Chaque budget et chaque plan financier quinquennal fixent le montant maximum que l'Organisation peut emprunter au cours des années couvertes par le budget et par le plan financier quinquennal.

5. Dans les domaines visés par le présent article, l'Organisation agit en accord avec les autorités compétentes des Parties contractantes ou avec leur banque d'émission.

Article 9

Le budget et le plan financier quinquennal peuvent être révisés en cours d'exercice, si les circonstances l'exigent, suivant les règles prévues pour leur établissement et leur approbation.

Article 10

1. Les comptes de l'ensemble des recettes et des dépenses du budget de l'Agence, et la gestion financière de l'Agence sont vérifiés chaque année par une Mission d'audit.

2. La Mission d'audit est assistée dans sa tâche par des auditeurs-conseil externes. La société externe d'auditeurs-

schaftsprüfungsunternehmen wird vom Rat nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe f des Übereinkommens für drei Jahre ernannt.

3. Durch die Prüfung stellt der durch externe Wirtschaftsprüfer unterstützte Rechnungsprüfungsausschuss die Ordnungsmäßigkeit der Einnahmen und Ausgaben fest und überzeugt sich von der Wirtschaftlichkeit der Rechnungsführung. Nach Abschluss eines jeden Haushaltsjahrs legt der Rechnungsprüfungsausschuss dem Rat einen Bericht vor, dem die Stellungnahme der Agentur beigefügt wird. Der Rat kann nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens die Agentur auffordern, entsprechend den Empfehlungen im Prüfungsbericht geeignete Maßnahmen zu treffen.

4. Der Rechnungsprüfungsausschuss sorgt dafür, dass in der Agentur ein angemessener interner Kontrollmechanismus entsprechend der Praxis und den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung eingerichtet wird.

5. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann in Übereinstimmung mit seiner Aufgabenstellung auch andere die Agentur betreffende finanzielle Fragen prüfen.

Artikel 11

1. Die Dienste der Agentur können auf Veranlassung des Rates, der von sich aus oder aufgrund eines Ersuchens des Generaldirektors tätig wird, verwaltungsmäßig und technisch überprüft werden.

2. Diese Überprüfungen werden – wenn nötig mit externem Beistand – von Bediensteten durchgeführt, die den Verwaltungen der Vertragsparteien angehören. Jeder Prüfungsausschuss setzt sich aus mindestens zwei Personen verschiedener Staatsangehörigkeit zusammen. Jedem Prüfungsausschuss soll nach Möglichkeit eine Person angehören, die an einer vorhergehenden Prüfung teilgenommen hat.

Artikel 12

Der Rat bestimmt die Arbeitssprachen der Agentur.

Artikel 13

Die Agentur gibt die für ihre Arbeit notwendigen Veröffentlichungen heraus.

Artikel 14

Alle Entwürfe für Änderungen der Satzung werden der Generalversammlung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d des Übereinkommens zur Genehmigung vorgelegt.

conseil est nommée par le Conseil pour un mandat de trois ans, conformément à l'alinéa (f) du paragraphe 2 de l'article 7 de la Convention.

3. La vérification opérée par la Mission d'audit avec l'assistance des auditeurs-conseil externes a pour objet de constater la régularité des recettes et des dépenses et de s'assurer de la bonne gestion financière. Après la clôture de chaque exercice, la Mission d'audit soumet au Conseil un rapport auquel sont jointes les observations de l'Agence. Le Conseil peut ordonner à l'Agence de prendre les mesures appropriées recommandées par le rapport d'audit, conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'article 7 de la Convention.

4. La Mission d'audit veille à ce qu'un mécanisme de contrôle interne approprié soit mis en place au sein de l'Agence conformément aux pratiques et principes de bonne gestion.

5. La Mission d'audit peut examiner d'autres questions financières relatives à l'Agence conformément à son mandat.

Article 11

1. Les services de l'Agence peuvent, à la demande du Conseil, agissant de sa propre initiative ou sur demande du Directeur général, faire l'objet d'inspections administratives et techniques.

2. Ces inspections sont effectuées par des agents appartenant aux administrations des Parties contractantes avec une aide extérieure si besoin est. Chaque mission d'inspection est composée d'au moins deux personnes de nationalité différente. Toute mission d'inspection devrait comprendre, autant que possible, une personne ayant participé à une inspection précédente.

Article 12

Le Conseil détermine les langues de travail de l'Agence.

Article 13

L'Agence procède aux publications nécessaires à son fonctionnement.

Article 14

Tous projets d'amendements aux Statuts sont soumis à l'approbation de l'Assemblée générale conformément aux dispositions de l'alinéa (d) du paragraphe 1 de l'article 6 de la Convention.

Anlage II
Fluginformationsgebiete

Vertragsparteien	Fluginformationsgebiete
Bundesrepublik Deutschland	Oberes Fluginformationsgebiet Berlin Oberes Fluginformationsgebiet Hannover Oberes Fluginformationsgebiet Rhein Fluginformationsgebiet Bremen Fluginformationsgebiet Düsseldorf Fluginformationsgebiet Frankfurt Fluginformationsgebiet München Fluginformationsgebiet Berlin
Republik Österreich	Fluginformationsgebiet Wien
Königreich Belgien – Großherzogtum Luxemburg	Oberes Fluginformationsgebiet Bruxelles Fluginformationsgebiet Bruxelles
Republik Bulgarien	Fluginformationsgebiet Sofia Fluginformationsgebiet Varna
Republik Zypern	Fluginformationsgebiet Nicosia
Republik Kroatien	Fluginformationsgebiet Zagreb
Königreich Dänemark	Fluginformationsgebiet København
Königreich Spanien	Oberes Fluginformationsgebiet Madrid Fluginformationsgebiet Madrid Oberes Fluginformationsgebiet Barcelona Fluginformationsgebiet Barcelona Oberes Fluginformationsgebiet Islas Canarias Fluginformationsgebiet Islas Canarias

Annexe II
Régions d’information de Vol

Parties contractantes	Régions d’information de Vol
République Fédérale d’Allemagne	Région supérieure d’information de vol Berlin Région supérieure d’information de vol Hannover Région supérieure d’information de vol Rhein Région d’information de vol Bremen Région d’information de vol Düsseldorf Région d’information de vol Frankfurt Région d’information de vol München Région d’information de vol Berlin
République d’Autriche	Région d’information de vol Wien
Royaume de Belgique – Grand-Duché de Luxembourg	Région supérieure d’information de vol Bruxelles Région d’information de vol Bruxelles
République de Bulgarie	Région d’information de vol Sofia Région d’information de vol Varna
Republik de Chypre	Région d’information de vol Nicosia
République de Croatie	Région d’information de vol Zagreb
Royaume du Danemark	Région d’information de vol København
Royaume d’Espagne	Région supérieure d’information de vol Madrid Région d’information de vol Madrid Région supérieure d’information de vol Barcelona Région d’information de vol Barcelona Région supérieure d’information de vol Islas Canarias Région d’information de vol Islas Canarias

Vertragsparteien	Fluginformationsgebiete	Parties contractantes	Régions d'Information de vol
Französische Republik – Fürstentum Monaco (*)	Oberes Fluginformationsgebiet France Fluginformationsgebiet Paris Fluginformationsgebiet Brest Fluginformationsgebiet Bordeaux Fluginformationsgebiet Marseille (*) Fluginformationsgebiet Reims	République française – Principauté de Monaco (*)	Région supérieure d'information de vol France Région d'information de vol Paris Région d'information de vol Brest Région d'information de vol Bordeaux Région d'information de vol Marseille (*) Région d'information de vol Reims
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	Oberes Fluginformationsgebiet Scottish Fluginformationsgebiet Scottish Oberes Fluginformationsgebiet London Fluginformationsgebiet London	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	Région supérieure d'information de vol Scottish Région d'information de vol Scottish Région supérieure d'information de vol London Région d'information de vol London
Hellenische Republik	Oberes Fluginformationsgebiet Athinai Fluginformationsgebiet Athinai	République hellénique	Région supérieure d'information de vol Athinai Région d'information de vol Athinai
Republik Ungarn	Fluginformationsgebiet Budapest	République de Hongrie	Région d'information de vol Budapest
Irland	Oberes Fluginformationsgebiet Shannon Fluginformationsgebiet Shannon Ozeanisches Übergangsgebiet Shannon, begrenzt durch folgende Koordinaten: 51°NB 15°WL, 51°NB 8°WL, 48°30'NB 8°WL, 49°NB 15°WL, 51°NB 15°WL ab Flugfläche 55 aufwärts	Irlande	Région supérieure d'information de vol Shannon Région d'information de vol Shannon Région de transition océanique de Shannon délimitée par les coordonnées ci-après: 51° Nord 15° Ouest, 51° Nord 8° Ouest, 48°30 Nord 8° Ouest, 49° Nord 15° Ouest, 51° Nord 15° Ouest au niveau de vol 55 et au-dessus

Vertragsparteien	Fluginformationsgebiete	Parties contractantes	Régions d'Information de vol
Italienische Republik	Oberes Fluginformationsgebiet Milano Oberes Fluginformationsgebiet Roma Oberes Fluginformationsgebiet Brindisi Fluginformationsgebiet Milano Fluginformationsgebiet Roma Fluginformationsgebiet Brindisi	République italienne	Région supérieure d'information de vol de Milano Région supérieure d'information de vol de Roma Région supérieure d'information de vol de Brindisi Région d'information de vol de Milano Région d'information de vol de Roma Région d'information de vol de Brindisi
Republik Malta	Fluginformationsgebiet Malta	République de Malte	Région d'information de vol Malta
Königreich Norwegen	Oberes Fluginformationsgebiet Oslo Oberes Fluginformationsgebiet Stavanger Oberes Fluginformationsgebiet Trondheim Oberes Fluginformationsgebiet Bodø Fluginformationsgebiet Oslo Fluginformationsgebiet Stavanger Fluginformationsgebiet Trondheim Fluginformationsgebiet Bodø Ozeanisches Fluginformationsgebiet Bodø	Royaume de Norvège	Région supérieure d'information de vol Oslo Région supérieure d'information de vol Stavanger Région supérieure d'information de vol Trondheim Région supérieure d'information de vol Bodø Région d'information de vol Oslo Région d'information de vol Stavanger Région d'information de vol Trondheim Région d'information de vol Bodø Région d'information de vol océanique Bodø
Königreich der Niederlande	Fluginformationsgebiet Amsterdam	Royaume des Pays-Bas	Région d'information de vol Amsterdam
Portugiesische Republik	Oberes Fluginformationsgebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Lisboa Fluginformationsgebiet Santa Maria	République portugaise	Région supérieure d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Lisboa Région d'information de vol Santa Maria
Rumänien	Fluginformationsgebiet Bucuresti	Roumanie	Région d'information de vol Bucuresti
Slowakische Republik	Fluginformationsgebiet Bratislava	République slovaque	Région d'information de vol Bratislava
Republik Slowenien	Fluginformationsgebiet Ljubljana	République de Slovénie	Région d'information de vol Ljubljana

Vertragsparteien	Fluginformationsgebiete	Parties contractantes	Régions d’Information de vol
Königreich Schweden	Oberes Fluginformationsgebiet Malmö Oberes Fluginformationsgebiet Stockholm Oberes Fluginformationsgebiet Sundsvall Fluginformationsgebiet Malmö Fluginformationsgebiet Stockholm Fluginformationsgebiet Sundsvall	Royaume de Suédé	Région supérieure d’information de vol de Malmö Région supérieure d’information de vol de Stockholm Région supérieure d’information de vol de Sundsvall Région d’information de vol de Malmö Région d’information de vol de Stockholm Région d’information de vol de Sundsvall
Schweizerische Eidgenossenschaft	Oberes Fluginformationsgebiet Schweiz Fluginformationsgebiet Schweiz	Confédération suisse	Région supérieure d’information de vol Suisse Région d’information de vol Suisse
Tschechische Republik	Fluginformationsgebiet Praha	République tchèque	Région d’information de vol Praha
Republik Türkei	Fluginformationsgebiet Ankara Fluginformationsgebiet Istanbul	République de Turquie	Région d’information de vol Ankara Région d’information de vol Istanbul

Anlage III

Steuerliche Bestimmungen

Artikel 1

1. Unbeschadet der in den Artikeln 22 und 23 des Übereinkommens vorgesehenen Steuerbefreiungen verpflichten sich die Regierungen der Mitgliedstaaten, wenn die Organisation in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit größere Vermögenswerte erwirbt oder Dienstleistungen von größerem Wert in Anspruch nimmt und im Zusammenhang damit indirekte Steuern oder sonstige indirekte Abgaben (einschließlich der bei der Einfuhr erhobenen indirekten Steuern, soweit diese nicht bereits von Artikel 23 Absatz 1 des Übereinkommens erfasst werden) anfallen, soweit irgend möglich geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Wirkungen dieser Steuern oder Abgaben für die Organisation entweder durch Berichtigung der an die Organisation zu zahlenden Finanzbeiträge oder durch Erlass oder Erstattung der entsprechenden Steuer- oder Abgabenbeträge an die Organisation aufzuheben.

2. Bei Zahlungen, welche die Organisation an Mitgliedstaaten für die von diesen vorgenommenen Investitionen als Kostenerstattung leistet, tragen diese Staaten dafür Sorge, dass die der Organisation vorgelegten Kostenrechnungen keine Steuern oder sonstigen Abgaben enthalten, von denen die Organisation befreit wäre, oder die ihr zu erlassen oder zu erstatten wären oder derentwegen die Finanzbeiträge an die Organisation zu berichtigen wären, wenn die Organisation diese Investitionen selbst vorgenommen hätte.

3. Dieser Artikel gilt nicht für Steuern oder sonstige Abgaben, die lediglich Vergütungen für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

Artikel 2

Von der Organisation erworbene Vermögenswerte, auf die Artikel 1 Absatz 1 Anwendung findet, dürfen nur zu den von den Regierungen der betreffenden Staaten festgesetzten Bedingungen verkauft oder auf andere Weise veräußert werden.

Artikel 3

1. Der Generaldirektor der Agentur und die Mitglieder des Personals der Organisation werden einer Steuer unterworfen, die zugunsten der Organisation auf die ihnen von dieser gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge nach Maßgabe der von der Generalversammlung festgelegten Vorschriften und Bedingungen erhoben wird. Die Gehälter und sonstigen Bezüge sind von der innerstaatlichen Einkommensteuer befreit.

Die Mitgliedstaaten können jedoch die von der innerstaatlichen Einkommensteuer befreiten Gehälter und sonstigen Bezüge bei der Berechnung der Steuer auf andere Einkünfte der Empfänger dieser Gehälter und Bezüge berücksichtigen.

2. Absatz 1 findet auf die von der Organisation gezahlten Ruhegehälter und Renten keine Anwendung.

3. Name, Eigenschaft, Anschrift, Dienst- und gegebenenfalls Versorgungsbezüge der Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten, auf welche die Absätze 1 und 2 anwendbar sind, werden den Mitgliedstaaten in regelmäßigen Zeitabständen mitgeteilt.

Artikel 4

Bei der Anwendung dieser Anlage handelt die Organisation im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten.

Artikel 5

1. Diese Anlage ersetzt das am 6. Juli 1970 in Brüssel unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Übereinkommen in der Fassung

Annexe III

Dispositions fiscales

Article 1

1. Sans préjudice des exonérations prévues aux articles 22 et 23 de la Convention, lorsque l'Organisation, dans l'exercice de sa mission officielle procède à des acquisitions importantes de biens ou emploie des services de valeur importante comportant l'incidence d'impôts, droits ou taxes indirects (y compris les impôts, droits ou taxes perçus à l'importation autres que ceux mentionnés au paragraphe 1 de l'article 23 de la Convention), les gouvernements des Etats membres prennent, dans toute la mesure du possible, des dispositions appropriées pour annuler cette incidence, soit par ajustement des contributions financières versées à l'Organisation, soit par remboursement à l'Organisation du montant de ces impôts, droits ou taxes; ceux-ci peuvent également faire l'objet d'une exonération.

2. Pour ce qui est des paiements que l'Organisation doit effectuer aux Etats membres au titre d'investissements réalisés par ces Etats, et dans la mesure où les dépenses correspondantes doivent être remboursées par l'Organisation, lesdits Etats veilleront à ce que le relevé de compte qu'ils présenteront à l'Organisation ne mentionne pas d'impôts, droits ou taxes dont l'Organisation aurait été exonérée, qui lui seraient remboursés ou qui feraient l'objet d'un ajustement des contributions financières à l'Oranganisation si l'Organisation avait elle-même procédé à des investissements.

3. Les dispositions du présent article ne s'étendent pas aux impôts, droits ou taxes perçus en rémunération de services d'utilité générale.

Article 2

Les biens acquis par l'Organisation auxquels s'applique le paragraphe 1 de l'article 1 ne peuvent être vendus ou cédés que conformément aux conditions fixées par les gouvernements des Etats intéressés.

Article 3

1. Le Directeur général de l'Agence et les membres du personnel de l'Organisation sont soumis à l'impôt au profit de l'Organisation, sur les traitements et salaires qui leur seront versés par ladite Organisation, conformément aux règles et conditions définies par l'Assemblée générale. Les traitements et salaires sont exonérés de l'impôt national sur le revenu.

Les traitements et salaires exonérés de l'impôt national sur le revenu peuvent toutefois être pris en compte par les Etats membres lorsqu'ils déterminent le montant de l'impôt applicable sur les autres revenus des bénéficiaires des traitements et salaires.

2. Le paragraphe 1 ne s'applique pas aux pensions et rentes versées par l'Organisation.

3. Les nom, qualité, adresse, rémunérations et le cas échéant, les pensions des employés et anciens employés auxquels les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article sont applicables, seront communiqués périodiquement aux Etats membres.

Article 4

Pour l'application de la présente Annexe, l'Organisation agit de concert avec les autorités responsables des Etats membres intéressés.

Article 5

1. La présente Annexe remplace le Protocole additionnel à la Convention, signé à Bruxelles le 6 juillet 1970, tel que modifié par

des am 21. November 1978 in Brüssel unterzeichneten Protokolls, beides geändert durch Artikel XXXVIII des am 12. Februar 1981 in Brüssel unterzeichneten Protokolls zur Änderung des Übereinkommens.

2. Ungeachtet des Absatzes 1 bleiben die Verpflichtungen aufgrund des Artikels 3 des Zusatzprotokolls vom 6. Juli 1970 weiterhin bis zum völligen Ausgleich der Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen.

le Protocole signé à Bruxelles le 21 novembre 1978 modifiés eux-mêmes par l'article XXXVIII du Protocole signé à Bruxelles le 12 février 1981 amendant la Convention.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, les obligations résultant de l'article 3 du Protocole additionnel du 6 juillet 1970 continuent à porter leurs effets jusqu'au complet apurement des créances et obligations.

Anlage IV

Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem

Artikel 1

Die Vertragsparteien vereinbaren, weiterhin ein gemeinsames System zur Festlegung, Fakturierung und Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren in Form einer einzigen Gebühr je Flug zu betreiben und dafür die Dienste der EUROCONTROL in Anspruch zu nehmen.

Artikel 2

Die den Benutzern der Streckennavigationsdienste auferlegten Flugsicherungs-Streckengebühren werden auf Vorschlag der am gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem beteiligten Vertragsparteien von der Organisation festgelegt, fakturiert und eingezogen.

Artikel 3

Im Bereich der Flugsicherungs-Streckengebühren ist der Rat das zuständige Organ für die Festlegung der Ausführungsmodalitäten zu den Beschlüssen der Generalversammlung auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren und für die Aufsicht über die Aufgaben der Agentur auf diesem Gebiet.

Der Rat hat insbesondere folgende Aufgaben:

a) Er bereitet die Beschlüsse der Generalversammlung hinsichtlich des allgemeinen Vorgehens auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren vor;

b) er bestimmt die Rechnungseinheit, in der die Flugsicherungs-Streckengebühren ausgedrückt werden;

c) er legt nach Maßgabe der aufgrund des Artikels 6 Absatz 2 des Übereinkommens gefassten Beschlüsse die Bedingungen der Anwendung des Systems einschließlich der Zahlungsbedingungen, Gebührensätze, Tarife sowie deren Erhebungszeiträume fest;

d) er genehmigt die Berichte betreffend die Tätigkeiten der EUROCONTROL auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren;

e) er legt die Finanzordnung für das System der Flugsicherungs-Streckengebühren fest;

f) er genehmigt die Haushaltsanhänge betreffend die Tätigkeiten der EUROCONTROL auf dem Gebiet der Flugsicherungs-Streckengebühren.

Artikel 4

Die Flugsicherungs-Streckengebühren, die in einer Rechnung der Organisation erscheinen, sind eine einzige für jeden Flug fällige Gebühr, die eine einzige Forderung der EUROCONTROL darstellt und an ihrem Sitz zu erfüllen ist.

Artikel 5

1. Die Gebühr ist von der Person zu entrichten, die zum Zeitpunkt der Durchführung des Fluges der Luftfahrzeughalter war. Die Gebühr begründet eine bevorrechtigte Forderung in Bezug auf das Luftfahrzeug, für das die Gebühr zu entrichten ist, unabhängig davon, in wessen Besitz es sich befindet, sofern die Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei dies zulassen.

2. Wenn eine ICAO-Kennung oder irgendeine andere anerkannte Kennung zur Identifizierung des Fluges verwendet wird, so gilt für EUROCONTROL diejenige Betreibergesellschaft als Halter des Luftfahrzeugs, der die ICAO-Kennung zugewiesen wurde oder während des Fluges noch zugewiesen wird oder die im eingereichten Flugplan vermerkt ist oder durch Verwendung der ICAO-Kennung oder jeder anderen Kennung festzustellen ist, die in der Kommunikation mit den Flugverkehrskontrolldiensten durch jedes andere Mittel als gültig anerkannt wird.

Annexe IV

Dispositions relatives au système commun de redevances de route

Article 1

Les Parties contractantes conviennent de continuer à gérer un système commun d'établissement, de facturation et de perception de redevances de route à raison d'une redevance unique par vol et d'utiliser à cette fin les services d'EUROCONTROL.

Article 2

L'Organisation établit, facture et perçoit les redevances de route imputées aux usagers des services de la navigation aérienne en route sur proposition des Parties contractantes participant au système commun de redevances de route.

Article 3

En matière de redevances de route, le Conseil constitue l'organe chargé de déterminer les modalités d'exécution des décisions de l'Assemblée générale prises dans le domaine des redevances de route et de superviser les tâches de l'Agence dans ce domaine.

En particulier, le Conseil:

(a) prépare les décisions de l'Assemblée générale prises en matière de politique de redevances de route;

(b) détermine l'unité de compte dans laquelle les redevances de route sont exprimées;

(c) conformément aux décisions prises en vertu du paragraphe 2 de l'article 6 de la Convention, détermine les conditions d'application du système, y compris les conditions de paiement ainsi que les taux unitaires, les tarifs et leur période d'application;

(d) approuve les rapports relatifs aux activités d'EUROCONTROL en matière de redevances de route;

(e) arrête le Règlement financier applicable au système de redevances de route;

(f) approuve les annexes budgétaires relatives aux activités d'EUROCONTROL en matière de redevances de route.

Article 4

Les redevances de route figurant sur une facture émise par l'Organisation constituent une redevance unique due pour chaque vol qui est une créance unique d'EUROCONTROL et payable à son siège.

Article 5

1. La redevance est due par la personne qui exploitait l'aéronef au moment où le vol a eu lieu. La redevance est une créance privilégiée sur l'aéronef au titre duquel la redevance est due, en quelque main qu'il se trouve, si le droit de la Partie contractante concernée le permet.

2. Lorsqu'un indicatif de l'OACI ou tout autre indicatif reconnu est utilisé pour identifier le vol, EUROCONTROL peut considérer comme l'exploitant, l'organisme d'exploitation d'aéronefs auquel l'indicatif a été attribué ou est en cours d'attribution au moment du vol, ou qui est identifié dans le plan de vol déposé, ou qui est identifié par l'emploi de l'indicatif de l'OACI ou de tout autre indicatif reconnu dans les communications avec les services de contrôle de la circulation aérienne, ou par tout autre moyen.

3. Ist der Luftfahrzeughalter nicht bekannt, so gilt der Eigentümer des Luftfahrzeugs so lange als Luftfahrzeughalter, bis er den Nachweis erbracht hat, wer der Halter war.

4. Der Luftfahrzeugbetreiber und der Eigentümer sind gesamtschuldnerisch zur Zahlung der Gebühr verpflichtet, sofern die Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei dies zulassen.

3. Au cas où l'identité de l'exploitant n'est pas connue, le propriétaire de l'aéronef est réputé être l'exploitant jusqu'à ce qu'il ait établi quelle autre personne avait cette qualité.

4. L'exploitant et le propriétaire de l'aéronef sont tenus solidairement au paiement de la redevance, si le droit de la Partie contractante concernée la permet.

Artikel 6

1. Wird der geschuldete Betrag nicht entrichtet, so können Maßnahmen zur zwangsweisen Einziehung, einschließlich der Festhaltung oder des Zwangsverkaufs von Luftfahrzeugen, ergriffen werden, sofern die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Luftfahrzeug gelandet ist, dies zulassen.

2. Im Rahmen dieser Maßnahmen kann eine Vertragspartei oder jede zuständige Stelle auf Antrag von EUROCONTROL die einem Gebührenschuldner im Zusammenhang mit dem Luftverkehr oder dem Flugverkehrsmanagement erteilten behördlichen Genehmigungen überprüfen, sofern die einschlägigen Rechtsvorschriften dies zulassen.

Article 6

1. Lorsque la somme due n'a pas été acquittée, des mesures de recouvrement forcé peuvent être prises, y compris la rétention ou la vente forcée d'aéronefs, si le droit de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'aéronef a atterri le permet.

2. Les mesures peuvent également comprendre, à la requête d'EUROCONTROL, un réexamen par une Partie contractante ou tout organisme compétent, des autorisations administratives liées à l'activité de transport aérien ou à la gestion de la circulation aérienne délivrées à un usager redevable du paiement de la redevance, si la législation correspondante le permet.

Artikel 7

1. Das Verfahren zur Einziehung des geschuldeten Betrags wird entweder von EUROCONTROL selbst oder auf ihr Ersuchen von einer Vertragspartei oder von einer Stelle eingeleitet, die von einer Vertragspartei hierzu ermächtigt wurde.

2. Die Einziehung wird entweder auf dem Gerichts- oder auf dem Verwaltungsweg durchgeführt.

3. Jede Vertragspartei teilt EUROCONTROL die von ihr angewendeten Verfahren sowie die zuständigen Gerichte oder Verwaltungsbehörden mit.

Article 7

1. La procédure de recouvrement de la somme due est engagée, soit par EUROCONTROL, soit, à la requête d'EUROCONTROL, par une Partie contractante, ou par tout organe autorisé à cette fin par une Partie contractante.

2. Le recouvrement est poursuivi par voie judiciaire ou par voie administrative.

3. Chaque Partie contractante fait connaitre à EUROCONTROL les procédures qui sont appliquées dans cet Etat ainsi que les juridictions ou les autorités administratives compétentes.

Artikel 8

Das Verfahren zur Einziehung wird im Hoheitsgebiet der Vertragspartei anhängig gemacht, in dem

a) der Schuldner seinen Wohnsitz oder Sitz hat;

b) der Schuldner eine Geschäftsniederlassung hat, falls sich weder der Wohnsitz noch der Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei befindet;

c) der Schuldner Vermögenswerte besitzt, falls keine der unter den Buchstaben a und b genannten Zuständigkeiten begründet ist;

d) EUROCONTROL ihren Sitz hat, falls keine der unter den Buchstaben a bis c genannten Zuständigkeiten begründet ist.

Article 8

La procédure de recouvrement est introduite sur le territoire de la Partie contractante:

(a) où le débiteur a son domicile ou son siégé;

(b) où le débiteur possède un établissement commercial si son domicile ou son siège ne sont pas situés sur le territoire d'une Partie contractante;

(c) où le débiteur possède des avoirs, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) et (b) ci-dessus;

(d) où EUROCONTROL a son siège, en l'absence des chefs de compétence énoncés aux alinéas (a) à (c) ci-dessus.

Artikel 9

1. Die Artikel 5, 6, 7 und 8 schließen nicht aus, dass eine Vertragspartei oder eine von einer Vertragspartei ermächtigte Stelle, die auf Ersuchen von EUROCONTROL tätig ist, entsprechend dem Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren der betreffenden Vertragspartei die Einziehung des geschuldeten Betrags im Wege der Festhaltung oder des Zwangsverkaufs von Luftfahrzeugen vornehmen kann.

2. Die Befugnis zum Festhalten beziehungsweise zum Zwangsverkauf erstreckt sich auch auf Ausrüstungsgegenstände, Ersatzteile, Treibstoff, Material und Dokumente des festgehaltenen beziehungsweise verkauften Luftfahrzeugs.

3. Die Gültigkeit und Wirkung des Festhaltens und des Zwangsverkaufs werden durch die Rechtsvorschriften der Vertragspartei bestimmt, in deren Hoheitsgebiet das Luftfahrzeug festgehalten wurde.

Article 9

1. Les dispositions des articles 5, 6, 7 et 8 n'excluent pas que toute Partie contractante, ou tout organe autorisé par une Partie contractante, agissant à la requête d'EUROCONTROL, puisse procéder au recouvrement de la somme due par voie de rétention ou de vente forcée d'aéronefs, conformément à la procédure administrative ou judiciaire de la Partie contractante concernée.

2. Le pouvoir de rétention ou de vente forcée s'étend aux équipements, pièces de rechange, carburant, matériels et documents de l'aéronef retenu ou vendu.

3. La validité et l'effet de la rétention et de la vente forcée sont déterminés par la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la rétention a eu lieu.

Artikel 10

EUROCONTROL ist befugt, vor den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsbehörden von Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, ein Verfahren einzuleiten.

Article 10

EUROCONTROL a la capacité d'introduire une action devant les juridictions et les autorités administratives compétentes des Etats qui ne sont pas parties à la Convention.

Artikel 11

Folgende im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ergangenen Entscheidungen/Entscheide werden bei den anderen Vertragsparteien anerkannt und vollstreckt:

a) rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen;

b) Entscheidungen/Entscheide einer Verwaltungsbehörde, gegen die gerichtlicher Rechtsschutz möglich war, aber infolge Abweisung der Beschwerde durch ein rechtskräftig gewordenes Gerichtsurteil, Zurückziehung der Beschwerde oder Fristablauf nicht mehr möglich ist.

Article 11

Sont reconnues et exécutées dans les autres Parties contractantes, les décisions suivantes prises dans une Partie contractante:

(a) les décisions juridictionnelles définitives;

(b) les décisions administratives qui ont été susceptibles de recours juridictionnel, mais ne le sont plus, soit parce que la juridiction a rejeté le recours par une décision définitive, soit parce que le requérant s'est désisté, soit par expiration du délai de recours.

Artikel 12

Die in Artikel 11 genannten Entscheidungen/Entscheide werden nicht anerkannt oder vollstreckt, wenn

a) das Gericht oder die Verwaltungsbehörde der ursprünglichen Vertragspartei, welches/welche die Entscheidung/den Entscheid ausgesprochen hat, nach Artikel 8 nicht zuständig war;

b) die Entscheidung/der Entscheid der öffentlichen Ordnung der ersuchten Vertragspartei widerspricht;

c) dem Schuldner die Entscheidung/der Entscheid der Verwaltungsbehörde oder das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück nicht so rechtzeitig zugestellt worden ist, dass er sich verteidigen oder die ihm gegebenen Rechtsschutzmöglichkeiten ausschöpfen konnte;

d) ein zuvor angestrengtes Verfahren über dieselben Flugsicherungs-Streckengebühren bei einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde der ersuchten Vertragspartei anhängig ist;

e) die Entscheidung/der Entscheid mit einer/einem bei der ersuchten Vertragspartei bereits über dieselben Flugsicherungs-Streckengebühren ergangenen Entscheidung/Entscheid unvereinbar ist;

f) das Gericht oder die Verwaltungsbehörde der ursprünglichen Vertragspartei bei seiner/ihrer Entscheidung/ihrem Entscheid hinsichtlich einer Vorfrage, die den Personenstand oder die Rechts- und Handlungsfähigkeit einer natürlichen Person, die ehelichen Güterstände oder das Gebiet des Erbrechts einschließlich des Testamentsrechts betrifft, sich in Widerspruch zu einer Vorschrift des internationalen Privatrechts der ersuchten Vertragspartei gesetzt hat, es sei denn, dass die Entscheidung/der Entscheid nicht zu einem anderen Ergebnis geführt hätte, wenn die Vorschriften des internationalen Privatrechts dieser Vertragspartei angewendet worden wären.

Article 12

Les décisions mentionnées à l'article 11 ne sont pas reconnues ni exécutées dans les cas suivants:

(a) si la juridiction ou l'autorité administrative de la Partie contractante d'origine n'était pas compétente dans les termes énoncés par l'article 8;

(b) si la décision est contraire à l'ordre public de la Partie contractante requise;

(c) si le débiteur n'a pas été avisé de la décision administrative ou de l'introduction de l'instance en temps utile pour se défendre ou exercer les recours juridictionnels;

(d) si une instance relative aux mêmes redevances de route introduite en premier lieu, est pendante devant une juridiction ou une autorité administrative de la Partie contractante requise;

(e) si la décision est inconciliable avec une décision relative aux mêmes redevances de route et rendue dans la Partie contractante requise;

(f) si, pour rendre sa décision, la juridiction ou l'autorité administrative de la Partie contractante d'origine, a, en tranchant une question relative à l'état ou à la capacité des personnes physiques, aux régimes matrimoniaux, aux testaments et aux successions, méconnu une règle de droit international privé de la Partie contractante requise, à moins que sa décision n'aboutisse au même résultat que si elle avait fait application des règles du droit international privé de cette Partie contractante.

Artikel 13

Die in Artikel 11 genannten Entscheidungen/Entscheide, die bei der ursprünglichen Vertragspartei vollstreckbar geworden sind, werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften der ersuchten Vertragspartei vollstreckt. Ist eine Vollstreckungsklausel erforderlich, so wird diese auf einfachen Antrag von einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde der ersuchten Vertragspartei erteilt.

Article 13

Les décisions mentionnées à l'article 11 qui sont exécutoires dans la Partie contractante d'origine sont mises à exécution conformément à la législation en vigueur dans la Partie contractante requise. En tant que de besoin, la décision est revêtue de la formule exécutoire sur simple requête par une juridiction ou une autorité administrative de la Partie contractante requise.

Artikel 14

1. Dem Antrag wird Folgendes beigefügt:

a) eine Ausfertigung der Entscheidung/des Entscheids;

b) bei einer im Versäumnisverfahren ergangenen gerichtlichen Entscheidung die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunde, aus der sich ergibt, dass das den Rechtsstreit einleitende Schriftstück dem Schuldner rechtzeitig zugestellt worden ist;

c) bei einer Entscheidung/einem Entscheid einer Verwaltungsbehörde eine Urkunde, aus der sich ergibt, dass die in Artikel 11 genannten Erfordernisse erfüllt worden sind;

Article 14

1. La requête est accompagnée:

(a) d'une expédition de la décision;

(b) dans le cas d'une décision juridictionnelle rendue par défaut, de l'original ou d'une copie certifiée conforme d'un document établissant que le débiteur a reçu en temps utile signification ou notification de l'acte introductif d'instance;

(c) dans le cas d'une décision administrative, d'un document établissant que les exigences prévues à l'article 11 sont satisfaites;

d) die Urkunde, aus der sich ergibt, dass die Entscheidung/der Entscheid bei der ursprünglichen Vertragspartei vollstreckbar ist und dem Schuldner rechtzeitig zugestellt worden ist.

2. Auf Verlangen des Gerichts oder der Verwaltungsbehörde der ersuchten Vertragspartei ist eine ordnungsgemäß beglaubigte Übersetzung der Urkunden vorzulegen. Eine Legalisation oder ähnliche Förmlichkeit wird nicht verlangt.

Artikel 15

1. Der Antrag kann nur aus einem der in Artikel 12 angeführten Gründe abgelehnt werden. Die Entscheidungen/Entscheide dürfen bei der ersuchten Vertragspartei keinesfalls auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden.

2. Soweit das Übereinkommen nichts Abweichendes vorsieht, richtet sich das Anerkennungs- und Vollstreckungsverfahren nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei.

Artikel 16

Der von EUROCONTROL eingezogene Betrag ist entsprechend den Beschlüssen des Rates an die Vertragsparteien auszuzahlen.

Artikel 17

Hat eine Vertragspartei die Forderung eingezogen, so ist der tatsächlich eingezogene Betrag innerhalb kürzester Frist an EUROCONTROL auszuzahlen; EUROCONTROL verfährt in diesem Fall nach Artikel 16. Die der Vertragspartei entstandenen Einziehungskosten werden von EUROCONTROL getragen.

Artikel 18

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien arbeiten zum Zweck der Festlegung und Einziehung der Flugsicherungs-Streckengebühren mit EUROCONTROL zusammen.

Artikel 19

Wenn der Rat einstimmig beschließt, das Verfahren zur Einziehung einer Gebühr aufzugeben, können die betroffenen Vertragsparteien alle ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen treffen. In diesem Fall sind die Bestimmungen des Übereinkommens über die Einziehung sowie über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen/Entscheiden nicht mehr anwendbar.

(d) de tout document établissant que la décision est exécutoire dans la Partie contractante d'origine et que la débiteur a reçu en temps utile une signification de la décision.

2. Une traduction dûment certifiée des documents est fournie si la juridiction ou l'autorité administrative de la Partie contractante requise l'exige. Aucune légalisation ni formalité analogue n'est requise.

Article 15

1. La requête ne peut être rejetée que pour l'un des motifs prévus à l'article 12. En aucun cas, la décision ne peut faire l'objet d'une révision au fond dans la Partie contractante requise.

2. La procédure relative à la reconnaissance et à l'exécution de la décision est régie par la loi de la Partie contractante requise dans la mesure où la Convention n'en dispose pas autrement.

Article 16

Le montant perçu par EUROCONTROL sera versé aux Parties contractantes dans les conditions prévues par décision du Conseil.

Article 17

Lorsqu'une Partie contractante a recouvré la créance, le montant effectivement perçu est versé dans les meilleurs délais à EUROCONTROL, qui applique la procédure prévue à l'article 16. Les frais de recouvrement encourus par cette Partie contractante sont mis à la charge d'EUROCONTROL.

Article 18

Les autorités compétentes des Parties contractantes coopèrent avec EUROCONTROL dans l'établissement et la perception des redevances de route.

Article 19

Si le Conseil décide à l'unanimité d'abandonner le recouvrement d'une redevance, les Parties contractantes concernées peuvent prendre toutes les mesures qu'elles jugent appropriées. En pareil cas, les dispositions de la Convention relatives au recouvrement, à la reconnaissance et à l'exécution des décisions cessent d'être applicables.

Zusatzprotokoll betreffend den Übergang von der Regelung nach der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren zu der Regelung nach den einschlägigen Bestimmungen der Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ aufgrund der 1997 in Brüssel vorgenommenen Änderungen, einschließlich ihrer Anlage IV

Protocole additionnel concernant le passage du régime de l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route du 12 février 1981 au régime des dispositions pertinentes de la version coordonnée du texte de la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne EUROCONTROL amendée à Bruxelles en 1997, y compris son Annexe IV

Die Bundesrepublik Deutschland,

die Republik Österreich,

das Königreich Belgien,

die Republik Bulgarien,

die Republik Zypern,

die Republik Kroatien,

das Königreich Dänemark,

das Königreich Spanien,

die Französische Republik,

das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,

die Hellenische Republik,

die Republik Ungarn,

Irland,

die Italienische Republik,

das Großherzogtum Luxemburg,

die Republik Malta,

das Fürstentum Monaco,

das Königreich Norwegen,

das Königreich der Niederlande,

die Portugiesische Republik,

Rumänien,

die Slowakische Republik,

die Republik Slowenien,

das Königreich Schweden,

die Schweizerische Eidgenossenschaft,

die Tschechische Republik,

die Republik Türkei,

im Folgenden als „nationale Vertragsparteien“ bezeichnet,

die Europäische Organisation für Flugsicherung,

im Folgenden als „EUROCONTROL“ bezeichnet –

La République fédérale d'Allemagne,

la République d'Autriche,

le Royaume de Belgique,

la République de Bulgarie,

la République de Chypre,

la République de Croatie,

le Royaume du Danemark,

le Royaume d'Espagne,

la République française,

le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,

la République hellénique,

la République de Hongrie,

l'Irlande,

la République italienne,

le Grand-Duché de Luxembourg,

la République de Malte,

la Principauté de Monaco,

le Royaume de Norvège,

le Royaume des Pays-Bas,

la République portugaise,

la Roumanie,

la République slovaque,

la République de Slovénie,

le Royaume de Suède,

la Confédération suisse,

la République tchèque,

la République de Turquie,

Ci-après dénommées «les Parties contractantes nationales»,

l'Organisation européenne pour la sécurité de la navigation aérienne,

Ci-après dénommée «EUROCONTROL»,

gestützt auf das 1981 in Brüssel geänderte Internationale Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 3, Artikel 7 Absatz 2, Artikel 11 und Artikel 12;

gestützt auf die Maßnahme Nr. 85/43 der Ständigen Kommission EUROCONTROL betreffend den Abschluss dieses Zusatzprotokolls;

in der Erwägung, dass die nationalen Vertragsparteien am heutigen Tag ein Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen unterzeichnen (im Folgenden als „Protokoll“ bezeichnet);

in der Erwägung, dass EUROCONTROL zusammen mit den nationalen Vertragsparteien der Mehrseitigen Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (im Folgenden als „Mehrseitige Vereinbarung“ bezeichnet) als Partei angehört;

in der Erwägung, dass jedoch das Protokoll nur für die nationalen Vertragsparteien und die zu der Diplomatischen Konferenz, auf der das Protokoll angenommen wurde, eingeladenen Staaten oder für andere Staaten, welche die Ständige Kommission EUROCONTROL zur Unterzeichnung ermächtigt hat, zur Unterzeichnung aufliegt;

in der Erwägung, dass nach Artikel IV des Protokolls die Mehrseitige Vereinbarung nach Inkrafttreten des Protokolls außer Kraft gesetzt und durch die einschlägigen Bestimmungen der dem Protokoll beigefügten Neufassung des Übereinkommens einschließlich seiner Anlage IV ersetzt wird;

in der Erwägung, dass eine solche Ersetzung nur mit Zustimmung aller Vertragsparteien möglich ist –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Mit Inkrafttreten des Protokolls vom 27. Juni 1997 zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen tritt die Mehrseitige Vereinbarung vom 12. Februar 1981 außer Kraft.

Artikel 2

Die Regierung des Königreichs Belgien lässt dieses Protokoll beim Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nach Artikel 83 des am 7. Dezember 1944 in Chikago unterzeichneten Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt registrieren.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten nach Vorlage ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 27. Juni 1997 in deutscher, englischer, bulgarischer, kroatischer, dänischer, spanischer, französischer, griechischer, ungarischer, italienischer, niederländischer, norwegischer, portugiesischer, rumänischer, slowakischer, slowenischer, schwedischer, tschechischer und türkischer Sprache in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Königreichs Belgien hinterlegt wird; diese übermittelt den Unterzeichnern eine beglaubigte Abschrift. Bei Abweichungen zwischen den Texten ist der Wortlaut in französischer Sprache maßgebend.

Vu la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne EUROCONTROL amendée à Bruxelles en 1981, et notamment ses articles 6.3, 7.2., 11 et 12;

Vu la Mesure Nº 85/43 prise par la Commission permanente d'EUROCONTROL relative à la conclusion du présent Protocole additionnel;

Considérant que les Parties contractantes nationales signent ce jour un Protocole coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960 suite aux différentes modifications intervenues (ci-après dénommé «Le Protocole»);

Considérant qu'EUROCONTROL est, avec les Parties contractantes nationales, Partie à l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route du 12 février 1981 (ci-après dénommé «l'Accord multilatéral»);

Considérant toutefois que le Protocol n'est ouvert qu'à la signature des Parties contractantes nationales et de tout Etat invité à la Conférence diplomatique au cours de laquelle il a été adopté et de tout autre Etat autorisé à le signer par la Commission permanente d'EUROCONTROL;

Considérant que conformément à l'article IV du Protocole, à partir de l'entrée en vigueur de celui-ci, l'Accord multilatéral est abrogé et remplacé par les dispositions pertinentes de la version coordonnée du texte de la Convention annexé au Protocole, y compris son Annexe IV;

Considérant qu'une telle substitution n'est possible que par le consentement de toutes les Parties;

Sont convenues des dispositions qui suivent:

Article 1

A partir de l'entrée en vigueur du Protocole du 27 juin 1997 coordonnant la Convention internationale de coopération pour la sécurité de la navigation aérienne «EUROCONTROL» du 13 décembre 1960 suite aux différentes modifications intervenues, l'Accord multilatéral relatif aux redevances de route du 12 février 1981 est abrogé.

Article 2

Le gouvernement du Royaume de Belgique fera enregistrer le présent Protocole additionnel auprès du Secrétaire général des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies et auprès du Conseil de l'Organisation de l'Aviation Civile internationale, conformément à l'article 83 de la Convention relative à l'Aviation Civile Internationale signée à Chicago le 7 décembre 1944.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés, après présentation de leurs pleins pouvoirs qui ont été reconnus en bonne et due forme, ont signé le présent Protocole additionnel.

Fait à Bruxelles, le 27 juin 1997, en langues allemande, anglaise, bulgare, croate, danoise, espagnole, française, grecque, hongroise, italienne, néerlandaise, norvégienne, portugaise, roumaine, slovaque, slovène, suédoise, tchèque et turque, en un seul exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume de Belgique qui en communiquera copie certifiée conforme aux signataires. Le texte en langue française fera foi en cas de divergence entre les textes.

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Europäische Organisation für Flugsicherung EUROCONTROL ist durch das Internationale Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ (BGBl. 1962 II S. 2273, 2274) gegründet worden, das am 1. März 1963 in Kraft getreten ist. Die Bundesrepublik Deutschland zählt mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich und dem Vereinigten Königreich zu den sechs Gründungsmitgliedern.

Dieses Übereinkommen ist bereits mehrfach geändert worden, zunächst durch das Zusatzprotokoll vom 6. Juli 1970 (BGBl. 1972 II S. 814, 816), das seinerseits durch das Protokoll vom 21. November 1978 (BGBl. 1980 II S. 1446, 1447) geändert wurde, dann durch das Änderungsprotokoll vom 12. Februar 1981 (BGBl. 1984 II S. 69, 71), das nach Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten (die Gründerstaaten, Irland und Portugal) am 1. Januar 1986 in Kraft getreten ist.

Mitte der 1990er Jahre begannen Gespräche im Hinblick auf eine erneute Revision des Übereinkommens. Diesmal ging es darum, das am 1. Januar 1986 in Kraft getretene geänderte Übereinkommen in erster Linie an neue und künftige Aufgaben der Organisation anzupassen. EUROCONTROL hatte seitdem die zentrale Verkehrsflusssteuerung (Central Flow Management Unit, abgekürzt CFMU) geschaffen, die mittlerweile ihren Betrieb aufgenommen hatte. Ferner hat die Organisation das Europäische Harmonisierungs- und Integrationsprogramm für die Flugverkehrskontrolle ins Leben gerufen und vorangetrieben. Hinzugekommen sind Aufgaben wie beispielsweise das globale Satellitennavigationssystem (GNSS) und die Schaffung eines Europäischen Flugverkehrs-Managementsystems, dessen Betrieb sich über die Landesgrenzen der einzelnen Vertragsparteien hinaus auf den gesamten vom Übereinkommen erfassten Luftraum erstreckt.

Zudem hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten von acht im Jahr 1981 auf nunmehr 41 erhöht, darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die wichtigsten Gründe für die erneute Revision des EUROCONTROL-Übereinkommens können wie folgt zusammengefasst werden:

a) Anpassung des Übereinkommens an aktuelle und künftige Aktivitäten;

b) Schaffung einer neuen Struktur der Organisation, bestehend nunmehr aus drei Organen: Generalversammlung, Rat und Agentur;

c) der Übertragung weitreichender Managementverantwortung auf den Generaldirektor als Leiter der Agentur;

d) Revision der Entscheidungsverfahren der Organe der Organisation;

e) Einführung der Möglichkeit für Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration, insbesondere der Europäischen Union, EUROCONTROL beizutreten.

In einer Diplomatischen Konferenz am 27. Juni 1997 in Brüssel ist das Protokoll zur Neufassung des Internationalen Übereinkommens über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ einstimmig angenommen worden und von der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, dem Königreich Belgien, der Republik Bulgarien, der Republik Zypern, der Republik Kroatien, dem Königreich Dänemark, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, der Hellenischen Republik, der Republik Ungarn, Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Fürstentum Monaco, dem Königreich Norwegen, dem Königreich der Niederlande, der Portugiesischen Republik, Rumänien, der Slowakischen Republik, der Republik Slowenien, dem Königreich Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Tschechischen Republik und der Republik Türkei unterzeichnet worden.

Am 8. Oktober 2002 ist in einer Diplomatischen Konferenz das Beitrittsprotokoll der Europäischen Gemeinschaft zu EUROCONTROL von den vorgenannten Staaten sowie von der Republik Albanien, der Republik Finnland, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und der Republik Moldau unterzeichnet worden.

II. Besonderes

1. Protokoll zur Neufassung des Übereinkommens

Zu Artikel I

Die dem Protokoll beiliegende Neufassung des Übereinkommens, in der die weiterhin geltenden Bestimmungen des Übereinkommens und die durch die Diplomatische Konferenz vorgenommenen Änderungen vom 27. Juni 1997 zusammengefasst sind, ersetzt das Übereinkommen in der Fassung des Protokolls vom 12. Februar 1981.

Zu Artikel II

Alle Vertragsstaaten, die zu diesem Zeitpunkt Mitgliedstaaten der Organisation waren, haben das Protokoll am 27. Juni 1997 unterzeichnet.

Zu Artikel III

Die Bestimmungen des Zusatzprotokolls vom 6. Juli 1970 und des Änderungsprotokolls vom 21. November 1978, sind in der Anlage III („Steuerliche Bestimmungen“) der Neufassung des Übereinkommens zusammengefasst worden und werden mit Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls durch diese ersetzt. Der Inhalt der Bestimmungen bleibt gleich.

Zu Artikel IV

Die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 (BGBl. 1984 II S. 69, 109) wird mit Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls außer Kraft gesetzt und durch die Bestimmungen der Neufassung des Übereinkommens und der dazugehörigen Anlage IV („Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem“) ersetzt. Einige dieser Bestimmungen erfahren Änderungen.

Zu Artikel V

Das Protokoll ist von der Regierung des Königreichs Belgien beim Generalsekretär der Vereinten Nationen und beim Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zu registrieren.

2. Neufassung des materiellen Teiles des Übereinkommens

Zu Artikel 1

Zu Absatz 1

Die gemeinsamen Ziele der Organisation EUROCONTROL werden erheblich erweitert und konkretisiert. Hauptziel der künftigen Zusammenarbeit ist die Verwirklichung der zur Einrichtung eines einheitlichen Europäischen Flugverkehrs-Managementsystems erforderlichen Harmonisierung und Integration. Der Umweltschutz findet erstmals Eingang in das Übereinkommen. Die Vertragsparteien kommen ausdrücklich überein, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt möglichst gering zu halten.

Erwähnenswert sind unter anderem folgende Ziele:

– Festlegung einer europäischen Politik auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements;

– Definition von Strategien und Programmen zur sicheren und kostenwirksamen Erhöhung der an den Bedürfnissen aller zivilen und militärischen Benutzer orientierten Kapazität;

– Festlegung spezifischer Zielvorgaben hinsichtlich der Leistungsfähigkeit des paneuropäischen Flugverkehrsmanagementbetriebs;

– Einführung eines Systems zur Leistungsüberprüfung und Leistungszielsetzung für das Flugverkehrsmanagement;

– Annahme und Anwendung gemeinsamer Normen und Spezifikationen;

– Harmonisierung der Regelungen im Bereich der Flugsicherungsdienste;

– Einrichtung eines Mechanismus zur multilateralen Entwicklung und Harmonisierung einer Sicherheitsregelung auf dem Gebiet des Flugverkehrsmanagements innerhalb eines die gesamte Luftfahrt umfassenden Sicherheitssystemkonzepts;

– Beteiligung an der Planung, der Einrichtung und der Überwachung eines globalen Satelliten-Navigationssystems;

– Entwicklung, im Rahmen eines „Gate-to-Gate“-Konzepts, einer Politik zur strategischen Gestaltung und Planung der Strecken und des Luftraums.

Zu Absatz 2

Die Struktur der Organisation ändert sich. Die Organisation besteht fortan aus drei Organen: einer Generalversammlung, einem Rat und einer Agentur.

Die Generalversammlung ist zuständig für die Festlegung und Genehmigung des allgemeinen Vorgehens der Organisation.

Der Rat führt die Beschlüsse der Generalversammlung durch, entscheidet, vorbehaltlich der ihm übertragenen Befugnisse, über alle an die Vertragsparteien gerichteten und für diese verbindlichen Maßnahmen und übt die Aufsicht über die Arbeit der Agentur aus.

Die Agentur führt wie bisher die Aufgaben der Organisation sowie die ihr von der Generalversammlung oder vom Rat übertragenen Aufgaben durch. Es kommt jedoch zu einer Änderung in der Struktur der Agentur, die Gegenstand des Artikels 2 der Satzung der Agentur (Anlage I des vorliegenden Übereinkommens) ist. Danach wird die Agentur ausschließlich von einem Generaldirektor geleitet, der eine weitgehende Unabhängigkeit genießt hinsichtlich der Bereitstellung, der Verwendung und eines ordnungsgemäßen Betriebs der ihm zur Verfügung gestellten technischen, finanziellen und personellen Mittel. Die Agentur unterliegt somit im Prinzip nicht mehr dem Co-Management eines aus Staatenvertretern zusammengesetzten geschäftsführenden Ausschusses.

Zu Absatz 3

Der Sitz der Organisation verbleibt unverändert in Brüssel.

Zu Artikel 2

Zu Absatz 1

Der Aufgabenkatalog für die Organisation wird den teilweise neuen Zielen angepasst und entsprechend erheblich erweitert und konkretisiert. Er stellt den Kern der Neuregelung dar.

Zu Absatz 2

Dieser Absatz enthält keine nennenswerten Änderungen, außer der Änderung der Bezugnahme auf die Anlage IV des vorliegenden Übereinkommens, welche die „Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren“ vom 12. Februar 1981 ersetzt.

Zu Absatz 3

Die Möglichkeit für die Organisation, auf Antrag aufgrund von besonderen Vereinbarungen mit Nichtvertragsparteien oder anderen internationalen Organisationen in deren Auftrag Aufgaben durchzuführen, wird auf alle in Artikel 2 genannten Aufgaben ausgedehnt.

Zu Absatz 4

Dieser Absatz sieht die Trennung der Aufgaben der Organisation hinsichtlich der Bereitstellung von Diensten von ihren Regelungsaufgaben vor.

Zu Absatz 5

Das Recht der Organisation zur Gründung von Unternehmen oder einer Mehrheitsbeteiligung an solchen Unternehmen wird ausdrücklich geregelt.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Absatz 1 und 2 sowie Absatz 3 Satz 1 hat keine inhaltliche Änderung erfahren. Absatz 3 Satz 2 wird klarstellend hinzugefügt, um die Erweiterung des Anwendungsbereichs auf den militärischen Luftverkehr ausdrücklich vorzusehen, wenn Vertragsparteien dies wünschen.

Zu Artikel 4

Der Text wurde beibehalten.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel regelt die Zusammensetzung der Generalversammlung (Absatz 1) und des Rates (Absatz 2) sowie die Beteiligung der Vertreter von internationalen Organisationen, die zur Arbeit der Organisation beitragen können (Absatz 4).

Eine Vertragspartei, die nach Maßgabe von Artikel 36 Absatz 3 nicht mehr durch Anlage IV gebunden ist, ist zwar weiterhin an den politischen Beschlüssen beteiligt, welche die Organe der Organisation zum gemeinsamen Vorgehen im Streckengebührenbereich fassen, nicht jedoch am Beschlussfassungsverfahren bezüglich des gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystems (Absatz 4).

Zu Artikel 6

Die Zuständigkeiten und Aufgaben der Generalversammlung werden festgelegt.

Zu Artikel 7

Die Zuständigkeiten und Aufgaben des Rates werden bestimmt. Besondere Erwähnung verdienen die Absätze 3 bis 5, wonach der Rat folgende Ausschüsse einzusetzen hat:

– eine Kommission für Leistungsüberprüfung;

– eine Kommission für Sicherheitsregelung;

– einen Ständigen Ausschuss für die Schnittstelle ziviler Bereich/militärischer Bereich;

– einen Rechnungsprüfungausschuss.

Der Rat erhält die Befugnis, weitere Ausschüsse einzusetzen (Absatz 6). Er kann Aufgaben und Befugnisse auf Ausschüsse übertragen (Absatz 7).

Zu Artikel 8

Der Grundsatz von Mehrheitsentscheidungen wird eingeführt. Im Allgemeinen gilt Folgendes:

– Beschlüsse der Generalversammlung oder des Rates in Bezug auf die Vertragsparteien bedürfen einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei diese Mehrheit mindestens drei Viertel der abgegebenen, nach Artikel 11 gewogenen Stimmen und mindestens drei Viertel der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben, umfassen muss (Absatz 1);

– Beschlüsse der Generalversammlung oder des Rates in Bezug auf die Agentur bedürfen einer Mehrheit von mehr als der Hälfte der abgegebenen, nach Artikel 11 gewogenen Stimmen und von mehr als der Hälfte der Vertragsparteien, die ihre Stimme abgegeben haben (Absatz 2);

– Einstimmigkeit gilt weiterhin für Beschlüsse in Bezug auf Anträge auf Beitritt zur Organisation, sowie in einigen wenigen weiteren Fallkonstellationen (Absatz 3).

Die Beschlüsse der Generalversammlung und des Rates sind für die Vertragsparteien und für die Agentur bindend (Absatz 4).

Zu Artikel 9

Unter bestimmten Voraussetzungen kann eine Vertragspartei aus zwingenden Gründen des nationalen Verteidigungs- oder Sicherheitsinteresses eine Abweichung von einem nach Artikel 8 Absatz 1 gefassten Mehrheitsbeschluss der Generalversammlung oder dem Rat notifizieren.

Zu Artikel 10

Artikel 10 Absatz 1, 2 und 3 entspricht der bisherigen Fassung von Artikel 19 Absatz 1, 3 und 4 der Satzung der Agentur.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel erfährt in Absatz 2 kleinere textliche Anpassungen, entspricht im Übrigen Artikel 8 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel legt fest, dass sich Rat und Generalversammlung eine Geschäftsordnung geben.

Zu den Artikeln 13 bis 15

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 11 bis 13 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung und enthalten kleinere textliche Folgeänderungen, die auf der neuen Organisationsstruktur und Zuständigkeitsverteilung beruhen.

Zu den Artikeln 16 bis 18

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 14 bis 16 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung. Ihr Inhalt bleibt unangetastet.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über das Verkehrsflusssteuerungssystem.

Zu den Artikeln 20 bis 30

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 17 bis 27 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung. Ihr Wortlaut ist im Wesentlichen unverändert.

Zu Artikel 31

Die Aufgaben des von der Organisation betriebenen Verkehrsflusssteuerungssystems werden neu in diesen Artikel aufgenommen. Die Vorschrift betrifft im Übrigen die Verbindlichkeit der internationalen Übereinkünfte und der innerstaatlichen Vorschriften über Ein- und Überflug und über die Sicherheit des Hoheitsgebiets der betreffenden Vertragsparteien für EUROCONTROL.

Zu Artikel 32

Wie in Artikel 31 werden auch hier die Aufgaben des Verkehrsflusssteuerungssystems aufgenommen. Der Artikel regelt die Auskunftsverpflichtung der Agentur gegenüber den Vertragsparteien.

Zu Artikel 33

Dieser Artikel entspricht unverändert dem Artikel 30 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung.

Zu Artikel 34

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien oder zwischen einer oder mehreren Vertragsparteien und der Organisation werden fortan dem Schiedsverfahren beim Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag nach dessen fakultativen Verfahrensregeln unterworfen.

Zu Artikel 35

Diese neue Bestimmung, welche die Beziehungen der Organisation mit Personen des Privatrechts betrifft, zielt darauf ab, die Zuständigkeiten bei Streitigkeiten, die sich auf Rechtsakte der Organisation beziehen, ausschließlich auf die Gerichte der Mitgliedstaaten zu übertragen. Die Bestimmungen des Absatzes 2 entsprechen denjenigen, die im Zusammenhang mit der Einziehung von Flugsicherungs-Streckengebühren angenommen wurden.

Zu Artikel 36

Zu den Absätzen 1 und 2

Die in Absatz 1 in Bezug genommenen Bestimmungen, das sind die in Anlage I enthaltene Satzung der Agentur sowie die Artikel 16 und folgende der Anlage IV über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem, können durch die Entscheidungsgremien der Organisation geändert werden. Solche Änderungen sind im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien gültig und rechtswirksam.

Demgegenüber können die in Absatz 2 in Bezug genommenen Bestimmungen, das sind die in Anlage III enthaltenen Steuerlichen Bestimmungen und die in den Artikeln 1 bis 15 der Anlage IV enthaltenen Bestimmungen, nicht von der Generalversammlung geändert werden.

Zu den Absätzen 3 bis 5

Die Vertragsparteien sind für einen Zeitraum von fünf Jahren durch Anlage IV gebunden. Nach Absatz 3 wird den Vertragsparteien die Möglichkeit eingeräumt, zwei Jahre vor Ablauf des jeweiligen Fünfjahreszeitraums der Generalversammlung zu notifizieren, dass sie nach Ablauf dieses Zeitraums keine Verlängerung mehr wünschen. Nach Absatz 4 bedarf es in einem solchen Falle einer besonderen Vereinbarung zwischen der zurücktretenden Vertragspartei und der Organisation, die von der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen genehmigt werden muss. Die zurücktretende Vertragspartei nimmt an der Abstimmung nicht teil. Absatz 5 behandelt den Fall, dass eine von der Anwendung der Anlage IV zurückgetretene Vertragspartei an dem gemeinsamen System erneut teilnehmen will. Für diese Wiederaufnahme durch die Generalversammlung ist Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen der am gemeinsamen System teilnehmenden Vertragsparteien erforderlich.

Zu Artikel 37

Dieser Artikel ist mit Artikel 34 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung wortgleich.

Zu Artikel 38

Gemäß Absatz 1 wird die Geltungsdauer der Neufassung des Übereinkommens nicht wie bislang auf 20 Jahre, sondern auf unbestimmte Zeit verlängert.

Neu ist ebenfalls, dass der Austritt einer Vertragspartei nicht mehr die Auflösung der Organisation nach sich zieht.

Gemäß Absatz 2 kann jede Vertragspartei, nachdem das so verlängerte Übereinkommen 20 Jahre in Kraft war, das Übereinkommen für sich beenden.

In einer besonderen Vereinbarung werden die Rechte und Pflichten der zurücktretenden Partei, insbesondere solche finanzieller Art, festgelegt. Die Vereinbarung bedarf gemäß Absatz 3 der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen, wobei die zurücktretende Vertragspartei nicht an der Abstimmung teilnimmt. Die Möglichkeit, die Organisation auf Beschluss der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen aufzulösen, sieht Absatz 4 vor, für den Fall, dass die Zahl der Vertragsparteien auf weniger als 50 Prozent der Unterzeichnerstaaten des Protokolls zur Neufassung sinkt.

Im Falle der Auflösung nach Absatz 4 gilt die Organisation für die Zwecke der Liquidation als fortbestehend.

Zu Artikel 39

Dieser Artikel entspricht Artikel 36 des Übereinkommens in seiner bisherigen Fassung. Der Beitritt zum Übereinkommen im Falle der Staaten, die das Protokoll zur Neufassung nicht unterzeichnet haben, unterliegt der Genehmigung der Generalversammlung mit Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen.

Zu Artikel 40

Die Bestimmungen dieses Artikels eröffnen Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration den Beitritt zu dem vorliegenden Übereinkommen. Mit dem Begriff „Organisationen der regionalen Wirtschaftsintegration“ war in erster Linie an die Europäische Gemeinschaft gedacht. Ein entsprechendes Zusatzprotokoll über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zum Internationalen Übereinkommen vom 13. Dezember 1960 über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt „EUROCONTROL“ entsprechend den verschiedenen vorgenommenen Änderungen in der Neufassung des Protokolls vom 27. Juni 1997 ist am 8. Oktober 2002 in Brüssel unterzeichnet worden.

3. Satzung der Agentur (Anlage I)

Die Satzung der Agentur musste der neuen Organisationsstruktur und den geänderten Aufgaben der Organisation angepasst werden.

Zu Artikel 1

Die Agentur ist das Exekutivorgan der Organisation. Sie ist mit der Erreichung der Ziele und der Erfüllung der Aufgaben der Organisation betraut. Absatz 5 enthält einen umfangreichen Aufgabenkatalog.

Zu Artikel 2

Die Agentur wird nunmehr ausschließlich von einem Generaldirektor geleitet. Das gemeinsame Management eines aus Staatenvertretern zusammengesetzten Geschäftsführenden Ausschusses entfällt. Der Generaldirektor genießt gemäß Absatz 1 eine weitgehende Unabhängigkeit hinsichtlich der Bereitstellung und der Verwendung der ihm zur Verfügung gestellten technischen, finanziellen und personellen Mittel.

Bestimmte Maßnahmen muss der Generaldirektor jedoch dem Rat zur Genehmigung unterbreiten. Diese betreffen die Jahres- und Fünfjahres-Arbeitsprogramme, den Fünfjahres-Finanzplan und den Haushalt, den Jahresbericht über die Tätigkeit und die finanzielle Lage der Organisation, sowie die Grundsätze für den allgemeinen Aufbau der Agentur.

Zu den Artikeln 3 bis 5

Diese Artikel enthalten Folgeänderungen. Die Ausarbeitung der Verdingungsordnung, der Haushaltsordnung und des Personalstatuts, die bisher dem Geschäftsführenden Ausschuss oblag, fällt nunmehr in den Aufgabenbereich des Generaldirektors, der sie dem Rat zur Genehmigung vorlegen muss.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel entspricht im Wesentlichen Artikel 15 der Anlage 1 zum Übereinkommen in seiner bisherigen Fassung. Die für die Ernennung des Generaldirektors erforderliche Mehrheit beträgt gemäß Absatz 1 drei Viertel der abgegebenen, nach Artikel 11 des Übereinkommens gewogenen Stimmen.

Auf Vorschlag der Bundesrepublik Deutschland ist in Artikel 6 Absatz 3 unter Buchstabe d vorgesehen, dass der Generaldirektor die in Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe l des Übereinkommens vorgesehene Regelung über den Datenschutz ausarbeitet und dem Rat zur Genehmigung vorlegt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel enthält Folgeänderungen. Er enthält die dem Generaldirektor verbliebenen Verpflichtungen betreffend den Haushaltsplan.

Zu den Artikeln 8 und 9

Diese Bestimmungen entsprechen den Artikeln 20 und 21 der Anlage 1 zum Übereinkommen in seiner bisherigen Fassung. Sie bleiben im Wesentlichen unverändert.

Zu Artikel 10

Die Funktionen des Kontrollausschusses, der in Artikel 22 der Anlage 1 zum Übereinkommen in seiner bisherigen Fassung vorgesehen war, werden künftig von einem Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus nationalen Experten, wahrgenommen, der von externen Wirtschaftsprüfern unterstützt wird.

Zu den Artikeln 11 bis 14

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 23 bis 26 der bisherigen Fassung der Satzung der Agentur. Sie bleiben im Wesentlichen unverändert.

4. Fluginformationsgebiete (Anlage II)

Damit wird der Geltungsbereich des Übereinkommens gemäß seinem Artikel 3 Absatz 1 beschrieben.

5. Steuerliche Bestimmungen (Anlage III)

Die Bestimmungen des Zusatzprotokolls vom 6. Juli 1970 und des Änderungsprotokolls vom 21. November 1978, sind hier zusammengefasst und werden mit Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls zur Neufassung durch diese Anlage ersetzt. Der Inhalt der Bestimmungen bleibt gleich.

6. Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem (Anlage IV)

Die Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 wird mit Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls zur Neufassung außer Kraft gesetzt und im Wesentlichen durch die Anlage IV („Bestimmungen über das gemeinsame Flugsicherungs-Streckengebührensystem“) ersetzt. Einzelne Bestimmungen finden sich im Text des Übereinkommens, wie beispielsweise in Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe c, wieder.

Zu Artikel 1

Die Vertragsparteien vereinbaren, EUROCONTROL für ihr gemeinsames Gebührensystem weiterhin in Anspruch zu nehmen.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel enthält die allgemeine Beschreibung der Aufgaben der Organisation im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Flugsicherungs-Streckengebührensystem.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel benennt die dem Rat obliegenden Aufgaben.

Zu Artikel 4

Diese Vorschrift übernimmt mit kleinen redaktionellen Änderungen den Wortlaut des Artikels 8 Satz 2 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981

Zu Artikel 5

Zu Absatz 1

Satz 1 dieses Artikels entspricht Artikel 9 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981. Gebührenschuldner ist weiterhin der Luftfahrzeughalter zum Zeitpunkt der Durchführung des Fluges.

Satz 2 sieht vor, dass die Gebühr eine bevorrechtigte Forderung in Bezug auf das Luftfahrzeug begründet, unabhängig davon, in wessen Besitz es sich befindet, sofern dies die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zulassen. Dies eröffnet ausdrücklich die Möglichkeit, die zwangsweise Einziehung der Gebühr auch im Rahmen eines eventuellen Zugriffsrechts auf die Sache („*in rem*“) durchzuführen, insbesondere Maßnahmen zur Festhal-

tung des Luftfahrzeugs, soweit sie nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei vorgesehen sind, zu ergreifen.

Zu Absatz 2

Diese Bestimmung enthält die widerlegbare Vermutung, dass derjenige als Luftfahrzeughalter gilt, dessen ICAO- oder andere anerkannte Kennung zur Identifizierung des Fluges verwendet wird, beziehungsweise dessen Identität im eingereichten Flugplan vermerkt ist oder gegenüber den Verkehrskontrolldiensten verwendet worden ist.

Zu Absatz 3

Dieser Absatz entspricht dem Wortlaut des Artikels 10 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981. Der Eigentümer des Luftfahrzeugs gilt als Luftfahrzeughalter, wenn der Luftfahrzeughalter unbekannt ist und der Eigentümer nicht den Nachweis erbringt, wer Halter war.

Zu Absatz 4

Sofern das Recht einer Vertragspartei dies zulässt, haften Luftfahrzeughalter und Eigentümer gesamtschuldnerisch.

Zu Artikel 6

Zu Absatz 1

Die Festhaltung und der Zwangsverkauf von Luftfahrzeugen, sofern nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei zugelassen, werden ausdrücklich als Maßnahmen zur zwangsweisen Einziehung des geschuldeten Gebührenbetrags erwähnt.

Zu Absatz 2

Diese Bestimmung eröffnet die Möglichkeit für EUROCONTROL, die einem Gebührenschuldner im Zusammenhang mit dem Luftverkehr erteilte behördliche Genehmigung durch eine Vertragspartei oder jede zuständige Stelle überprüfen zu lassen. Derartige Maßnahmen zählen nicht zu den Maßnahmen der zwangsweisen Einziehung.

Zu den Artikeln 7 und 8

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 12 und 13 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 und sind im Wesentlichen unverändert geblieben. Lediglich Artikel 7 Absatz 1 hat eine Textänderung erfahren, um EUROCONTROL ausdrücklich zu ermöglichen, eine von der Vertragspartei ermächtigte Stelle um zwangsweise Einziehung des geschuldeten Betrages direkt zu ersuchen.

Zu Artikel 9

Der neue Wortlaut stellt klar, dass die Vertragsparteien bzw. die zu diesem Zweck ermächtigten Stellen, unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 5, 6, 7 und 8, ein Luftfahrzeug auf der Grundlage ihrer nationalen Rechtsvorschriften festhalten können (Absatz 1).

Das Festhalten bzw. der Zwangsverkauf erstrecken sich auf die zum Luftfahrzeug gehörenden Gegenstände (Absatz 2).

Zu den Artikeln 10 bis 19

Diese Artikel entsprechen den Artikeln 14 bis 23 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 und sind mit diesen, abgesehen von kleineren Folgeänderungen, wortgleich.

Die Artikel 24 bis 30 der Mehrseitigen Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren vom 12. Februar 1981 sind gegenstandslos geworden, da sie allgemeine Vertragsbestimmungen enthielten, die teilweise Gegenstand der Bestimmungen der Neufassung des Übereinkommens sind.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333